

ENTWURF

EINES

WAHLPROGRAMMES DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN
ZUR LANDTAGSWAHL 2012

STAND: 24. NOVEMBER 2011

IMPRESSUM

**CDU LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN
LANDESGESCHÄFTSFÜHRER DANIEL GÜNTHER, MDL
SOPHIENBLATT 44-46
24114 KIEL**

**TEL.: 0431/66099-0
FAX: 0431/66099-99
info@cdu-sh.de
www.cdu-sh.de**

INHALT

PRÄAMBEL	8
1. SCHLESWIG-HOLSTEIN MIT DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN	11
1.1 INITIATIVE FÜR DAS EHRENAMT	11
1.2 ATTRAKTIVER BUNDESFREIWILLIGENDIENST	12
1.3 DIALOG MIT DEN MENSCHEN BEI VERKEHRS- UND ENERGIEPROJEKTEN	12
2. ALLIANZ FÜR DEN NORDEN	14
3. SOLIDE FINANZPOLITIK IST DAS MARKENZEICHEN DER CDU	16
3.1 Mit der Schuldenbremse raus aus den Schulden	16
3.2 KONSOLIDIERUNG DES LANDESHAUSHALTS KONSEQUENT FORTSETZEN	18
3.3 SCHULDENBREMSE AUCH FÜR DIE KOMMUNEN	19
3.4 LÄNDERFINANZAUSGLEICH GERECHTER REGELN	19
3.5 FÜR EIN LEISTUNGSGERECHTES, EINFACHES UND TRANSPARENTES STEUERSYSTEM	20
3.6 ÖFFENTLICHE BANKEN NUR FÜR ÖFFENTLICHE AUFGABEN	20
4. EINE MODERNE WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR GANZ SCHLESWIG-HOLSTEIN	22
4.1 WIRKSAME WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG FÜR DEN MITTELSTAND	22
4.2 SCHLESWIG-HOLSTEIN – IM TOURISMUS GANZ OBEN!	24
4.3 MARITIME WIRTSCHAFT – UNSER ALLEINSTELLUNGSMERKMAL	26
4.4 KONSEQUENTE MASSNAHMEN GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL	27
4.5 ARBEIT UND AUSBILDUNG: CHANCEN FÜR DIE MENSCHEN	28
4.6 INNOVATIONSSTANDORT SCHLESWIG-HOLSTEIN STÄRKEN	30
4.7 SCHNELLE KOMMUNIKATION DURCH BREITBAND-AUSBAU	31

5. MOBILITÄT DURCH MODERNE INFRASTRUKTUR	32
5.1 GUTE STANDORTBEDINGUNGEN DURCH LEISTUNGSFÄHIGE VERKEHRSWEGE	32
5.2 SCHIENEN-INFRASTRUKTUR MODERNISIEREN	33
5.3 ÖPNV STETIG OPTIMIEREN	34
5.4 VERKEHRSHÄFEN UND –WEGE SIND ZENTRALE WIRTSCHAFTSFAKTOREN	34
5.5 LEISTUNGSFÄHIGER LUFTVERKEHR IM NORDEN	35
6. SAUBERE ENERGIE AUS SCHLESWIG-HOLSTEIN	36
6.1 UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN BESCHLEUNIGEN	36
6.2 WINDENERGIE AUS DEM LAND ZWISCHEN DEN MEEREN	37
6.3 STROMEXPORTLAND BLEIBEN – WIRTSCHAFTSKRAFT UND ARBEITSPLÄTZE SICHERN	38
6.4 NETZAUSBAU VORANTREIBEN	38
6.5 KONSEQUENTE BÜRGERBETEILIGUNG	39
6.6 ENERGIEMIX DER ZUKUNFT	40
6.7 OFFSHORE-HÄFEN SICHERN POTENTIALE	41
7. BILDUNG	42
7.1 Aufstieg durch Bildung	42
7.1.1 FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND GRUNDSCHULE ALS EINHEIT SEHEN	43
7.1.2 KONTINUITÄT DER SCHULSTRUKTUREN	45
7.1.3 SELBSTSTÄNDIGE SCHULE	46
7.1.4 GYMNASIUM UND RREGIONAL- UND GEMEINSCHAFTSSCHULE –	47
FESTE BESTANDTEILE IN UNSERER BILDUNGLANDSCHAFT	47
7.1.5 BERUFLICHE SCHULEN LAUFEND MODERNISIEREN UND NOCH FLEXIBLER	
MACHEN	49

7.1.6 BERUFLICHE GYMNASIEN ALS OBERSTUFE DER SCHULEN DES SEKUNDABEREICHS I	49
7.1.7 SCHULAUF SICHT NEU STRUKTURIEREN	50
7.1.8 BILDUNG UND WIRTSCHAFT – EIN MODELL FÜR DIE ZUKUNFT	50
7.1.9 SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT BEREICHERN UNSER BILDUNGSSYSTEM	51
7.1.10 GANZTAGSSCHULE: VERLÄSSLICHER RAMEN FÜR KINDER UND ELTERN	51
7.1.11 SCHULSOZIALARBEIT – EINE ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN IN UNSEREN SCHULEN	52
7.1.12 TEILHABE DURCH BILDUNG UND INKLUSION	52
7.1.13 HOCHBEGABTEN EINE CHANCE GEBEN	53
7.1.14 LEBENSLANGES LERNEN IST WICHTIGER DENN JE	53
7.1.15 KONFESSIONELLEN RELIGIONSUNTERRICHT STÄRKEN	54
7.1.16 LEHRKRÄFTE STÄRKER DUAL AUSBILDEN UND LAUFEND FORTBILDEN	54
7.1.17 JUNGE MENSCHEN FÜR FORSCHUNG BEGEISTERN	55
7.1.18 WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULSTANDORTE STÄRKEN	55
7.1.19 BILDUNGSABSCHLÜSSE VERGLEICHBAR MACHEN – KOOPERATIONSVERBOT AUFHEBEN	59
7.1.20 ERWACHSENEN-UND WEITERBILDUNG FÜR LEBENSLANGES LERNEN	59
8. KULTUR, MINDERHEITEN, MEDIEN UND SPORT: VIELFALT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN⁶¹	
8.1 KULTURELLE VIELFALT	61
8.2 MINDERHEITEN FÖRDERN	63
8.3 KULTURTRADITION DER VERTRIEBENENVERBÄNDE	63
8.4 VIELFÄLTIGE MEDIENLANDSCHAFT ERHALTEN	63
8.5 SPORT: UNVERZICHTBARER BEITRAG FÜR DIE GESELLSCHAFT	64
9. UNSERE LEITLINIE: DER AKTIVIERENDE SOZIALSTAAT	66

9.1 KINDER SIND UNSERE ZUKUNFT - FAMILIE DAS FUNDAMENT DER GESELLSCHAFT	66
9.2 JUNGE MENSCHEN: FÖRDERUNG UND EIGENVERANTWORTUNG	68
9.3 VERANTWORTUNGSVOLLE POLITIK FÜR SENIOREN	69
9.4 POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: TEILHABE, SELBSTBESTIMMUNG, GLEICHBERECHTIGUNG	71
9.5 ZUWANDERUNG UND INTEGRATION – FÖRDERN UND FORDERN	72
9.6 CHANCENGLEICHHEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN	74
9.7 NEUE GRUNDLAGEN FÜR SOLIDE GESUNDHEITSPOLITIK	75
10. RELIGION UND CHRISTLICHER GLAUBE IN UNSERER GESELLSCHAFT	80
11. UNSERE KOMMUNEN SICHERN IDENTIFIKATION	81
12. ZUKUNFT DER STÄDTE	83
13. LÄNDLICHE RÄUME	84
14. INNERE SICHERHEIT ZUM SCHUTZ UNSERER BÜRGERINNEN UND BÜRGER	86
14.1 VERLÄSSLICHKEIT FÜR UNSERE POLIZEI	86
14.2 JUGENDKRIMINALITÄT NOCH STÄRKER BEKÄMPFEN	87
14.3 KEINE RECHTSFREIEN RÄUME FÜR TERRORISMUS, EXTREMISMUS UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	88
14.4 INTERNETKRIMINALITÄT	89
14.5 DEN WANDEL BEI FEUERWEHR UND KATASTROPHENSCHUTZ GEMEINSAM MEISTERN	90
14.6 MODERNES GLÜCKSSPIELGESETZ UND BEKÄMPFUNG DER SPIELSUCHT	91
15. LANDWIRTSCHAFT, FISCHEREI UND FORSTWIRTSCHAFT – PRÄGEND FÜR UNSER LAND	92
15.1 LEISTUNGSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT MIT MITTELSTÄNDISCHEN BETRIEBEN	92
15.2 FISCHEREI: TRADITIONSREICHES MARKENZEICHEN UNSERES LANDES	94

15.3 FORSTWIRTSCHAFT/JAGD	95
16. UMWELT- UND NATURSCHUTZ: LEBENSGRUNDLAGEN ERHALTEN	97
17. KLIMASCHUTZ-STRATEGIE	100
18. VERBRAUCHERSCHUTZ WIRKSAM VERBESSERN	102
19. RECHT SICHERT FREIHEIT	103
19.1 FÜR EINEN STARKEN RECHTSSTAAT	103
19.2 DAS RECHT IST STANDORTFAKTOR	103
19.3 LEISTUNGSFÄHIGE MODERNE GERICHTE UND STAATSANWALTSCHAFTEN	104
19.4 MODERNER STRAFVOLLZUG SCHÜTZT AUCH UNSERE GESELLSCHAFT	106
19.5 SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG VOR GEWALT- UND SEXUALVERBRECHERN	107
19.6 OPFERSCHUTZ HAT HOHE PRIORITÄT	108
20. UNSERE BUNDESWEHR ALS PARTNER SCHLESWIG-HOLSTEINS (<i>KAPITEL BEDARF EINER AKTUALISIERUNG NACH ENTSCHEIDUNG ÜBER BUNDESWEHRREFORM</i>)	110
NACHWORT	112

1 **Präambel**

2 Die Welt ist im Wandel, Europa steht vor einer Bewährungsprobe, neue Herausforderungen ver-
3 langen nach Antworten. Umso mehr gehört es zu den herausragenden Aufgaben der Landespolitik,
4 Stabilität und Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Heimatland Schleswig-
5 Holstein weiterhin zu gewährleisten.

6 Heimat ist das „gemeinsame Wir“ unserer hier lebenden Bürgerinnen und Bürger, Heimat ist der
7 Auftrag, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen, Heimat bedeutet Nähe und zugleich
8 Weltoffenheit. Die CDU Schleswig-Holstein hat sich seit Übernahme der Regierungsverantwortung
9 2005 aktiv für eine positive Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein einge-
10 setzt. Die CDU steht für Verlässlichkeit, Stabilität und Wachstum. Wir wollen, dass die Schleswig-
11 Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in unserer Heimat Chancen haben und sich einbringen
12 in die Gestaltung unseres Landes.

13

14 Unsere Bilanz kann sich sehen lassen:

- 15 • Neue Arbeitsplätze im Mittelstand: Die Zahl der Arbeitslosen wurde von 180.000 in 2005
16 auf rund 100.000 gesenkt, etwa 70.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze
17 sind seitdem entstanden.
- 18 • Handlungsspielraum morgen durch Finanzkonsolidierung heute: Bei den Landesfinanzen
19 haben wir einen konsequenten Konsolidierungskurs eingeschlagen und die Nettoneuver-
20 schuldung deutlich gesenkt. Unser Ziel ist klar: ab 2020 keine neuen Schulden.
- 21 • Chancen durch gute Bildung: Entscheidend sind für uns nicht Schulstrukturen, sondern die
22 Verlässlichkeit und Qualität des Unterrichts, die wir weiter verbessern wollen.
- 23 • Gute Ideen müssen überall im Land eine Chance haben: Wir haben den Landesentwick-
24 lungsplan reformiert, um wirtschaftliche Entwicklung und zusätzliche Wohnbebauung zu
25 ermöglichen.
- 26 • Schleswig-Holstein mit den Bürgern: Wir wollen, dass sich die Menschen in Schleswig-
27 Holstein in die Gestaltung ihres Landes einbringen. Dafür haben wir eine Initiative zur

- 28 Stärkung des Ehrenamtes auf den Weg gebracht und setzen bei Infrastrukturprojekten et-
29 wa im Verkehrs- oder Energiebereich auf den Dialog mit den Bürgern.
- 30 • Schleswig-Holstein zeichnet sich durch eine besondere Vielfalt bei seinen Kommunen aus:
31 Wir haben mehr Verantwortung auf die regionale Ebene übertragen, damit die Menschen
32 vor Ort ihre Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit regeln können.
- 33 • Kinder sind unsere Zukunft – Familie das Fundament der Gesellschaft: Wir haben nicht nur
34 in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert und ein neues Kinderschutzgesetz geschaf-
35 fen, sondern auch die Jugendarbeitslosigkeit deutlich abgebaut.
- 36 • Im Mittelpunkt unserer Naturschutzpolitik steht die Kooperation: Zur Bewahrung der
37 Schöpfung setzen wir auf die Einbindung der Menschen.
- 38 • Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung für die Menschen: Maßnahmen für die ärztliche
39 Versorgung im ländlichen Raum und Sicherung der Krankenhausfinanzierung als wichtiger
40 Beitrag zur Gesundheitsversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger.
- 41 • Der Mittelstand als Wirtschaftsmotor: Mit neuen Rahmenbedingungen haben wir die Situ-
42 ation der mittelständischen Betriebe verbessert und ihnen mehr Freiraum für die Schaf-
43 fung von Arbeitsplätzen gegeben.
- 44 • Moderne Infrastruktur sichert Wirtschaftswachstum: Wir haben nicht nur die bedeutsamen
45 Verkehrsprojekte, wie Feste Fehmarnbeltquerung oder A20 vorangebracht, sondern auch
46 den Ausbau des Landes mit einem modernen Breitband-Netz.
- 47 • Land voller Energie: Schleswig-Holstein soll auch in Zukunft ein starkes Energie-Land blei-
48 ben. Deswegen setzen wir auf den Ausbau Erneuerbarer Energien und haben den Ausbau
49 der Windeignungsflächen verdoppelt.
- 50 • Innere Sicherheit hat hohen Stellenwert: Die Aufklärungsquote bei Straftaten erreichte den
51 besten Wert seit 30 Jahren.
- 52 Dies sind nur einige Beispiele dafür, wo sich die CDU in Regierungsverantwortung erfolgreich für
53 die Menschen in Schleswig-Holstein eingesetzt hat. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Deshalb
54 stehen die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung der Bildungschancen, eine consequen-
55 te Finanzpolitik, die Stärkung des Mittelstandes und ein aktives Mitwirken der Menschen auch in

56 der Wahlperiode 2012 bis 2017 in der Priorität ganz oben. Wir nehmen die Herausforderung an,
57 gemeinsam mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein, eine gute Zukunft für
58 unser Land und die hier lebenden Menschen zu gestalten. Dies ist unsere Verantwortung für eine
59 Politik, die auch der nächsten Generation Handlungsspielräume und Chancen gibt. Lassen Sie uns
60 gemeinsam anpacken!

61

62 **1. Schleswig-Holstein mit den Bürgerinnen und Bürgern**

63 Das bürgerschaftliche Engagement dient der Förderung des Zusammenhaltes der Gesellschaft und
64 schafft Identifikation, Lebenssinn und Selbstbestätigung. Für uns als CDU steuert nicht der Staat
65 allein das gesellschaftliche Zusammenleben. Der freiwillige Einsatz des Einzelnen ist unentbehrlich
66 für das Gemeinwohl. Schleswig-Holstein lebt vom Engagement und von den Ideen der hier woh-
67 nenden Menschen. Sie wollen sich in die Gestaltung ihrer unmittelbaren gesellschaftlichen Umge-
68 bung einbringen und Verantwortung übernehmen.

69 Die CDU steht dafür, dass möglichst viele Entscheidungen „vor Ort“ getroffen werden und sich die
70 Bürgerinnen und Bürger einbringen können. Deswegen haben wir nicht nur den Landesentwick-
71 lungsplan novelliert und in vielen Bereichen zusätzliche Entscheidungskompetenzen auf die örtli-
72 che oder regionale Ebene übertragen. Wir haben auch die Regionalplanung auf die Kommunen
73 übertragen, weil die Verantwortlichen vor Ort am besten wissen, was gut für ihre Region ist. Es
74 muss nicht alles zentral in Kiel entschieden werden.

75 Dies gilt auch für die Schulen: Gemeinsam mit den Schulträgern können Eltern und Schüler sie vor
76 Ort mitgestalten, etwa bei der Form der Differenzierung in den Gemeinschafts- und Regionalschu-
77 len. Deshalb haben wir die Selbstverantwortung der Schulen gestärkt.

78 Auch bei den Aktiv-Regionen haben wir die dort lebenden Menschen, die Verbände, Vereine und
79 Gemeinden in die Gestaltung ihrer Heimat-Region einbezogen.

80

81 **1.1 INITIATIVE FÜR DAS EHRENAMT**

82 Um das freiwillige Engagement der Menschen in Schleswig-Holstein zu stärken, haben wir eine
83 „Initiative für das Ehrenamt“ auf den Weg gebracht. Die Attraktivität des Ehrenamtes muss durch
84 das Zutrauen von Verantwortung und den Abbau von Hemmnissen gestärkt werden. Angemessene
85 finanzielle Entschädigungen müssen dem übernommenen Verantwortungsbereich gerecht werden.
86 Dies gilt insbesondere für die steuerliche Behandlung von Entschädigungszahlungen. Wir haben
87 uns deshalb für eine Überarbeitung der Entschädigungsverordnung und entsprechende steuerliche
88 Regelungen eingesetzt. Die von uns initiierte Anhörung der Betroffenen im Landtag hat eine Viel-
89 zahl von Vorschlägen erbracht, mit denen das Ehrenamt in Schleswig-Holstein gestärkt werden
90 kann. Diese Vorschläge werden wir aufgreifen.

91 Wir wollen weiterhin den Ausbau der Ehrenamtsmessen und der Ehrenamtsbüros unterstützen und
92 uns für das politische Ehrenamt stark machen.

93

94 **1.2 ATTRAKTIVER BUNDESFREIWILLIGENDIENST**

95 Gerade nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist es wichtig und notwendig, den Bundesfreiwilligendienst zu einer wichtigen Säule des zivilgesellschaftlichen Engagements auszubauen. Freiwillige sollen bestärkt werden, unterstützende Tätigkeiten zu unternehmen, um die Fachkräfte vor Ort zu entlasten. Gemeinsam mit den Anbietern des Bundesfreiwilligendienstes wollen wir Konzepte entwickeln, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und mehr Menschen zu bewegen, sich für die Allgemeinheit zu engagieren.

101

102 **1.3 DIALOG MIT DEN MENSCHEN BEI VERKEHRS- UND ENERGIEPROJEKTEN**

103 Der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der beschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien werden nur dann funktionieren, wenn sie auf ein Höchstmaß von Akzeptanz in der Bevölkerung treffen. Deswegen setzen wir auch in diesen Bereichen auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auf unsere Initiative hin wurde für den Bau der festen Fehmarnbeltquerung ein Dialogforum mit einem neutralen Moderator eingerichtet, der die unterschiedlichen Interessen der Betroffenen aufnimmt und Vorschläge für die Berücksichtigung dieser Interessen macht. Die feste Fehmarnbeltquerung ist für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein von elementarer Bedeutung. Sie ist in einem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark fest vereinbart. Bei der Umsetzung dieser wichtigen Baumaßnahme wollen wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

113 Auch der mit dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung verbundene notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien wird erhebliche Anstrengungen für die Energieinfrastruktur erforderlich machen. Es ist erkennbar, dass sowohl die Umsetzung von Großprojekten wie auch von Kleinvorhaben Konflikte verursachen können, die sich negativ auf die Akzeptanz der Erneuerbaren Energien auswirken könnten. Dem müssen transparente Planungsverfahren und eine vorausschauende Informationspolitik für die Betroffenen Rechnung tragen.

119 Deswegen hat sich die CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag dafür ausgesprochen, beim be-
120 schleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien durch eine frühzeitige und transparente Bürgerbe-
121 teiligung Streitfragen soweit wie möglich zu vermeiden. Hierfür sind rechtzeitige, offene und
122 transparente Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern ein geeignetes Mittel. Für große Leitungs-
123 bauprojekte haben wir Dialogforen eingerichtet, die entsprechend dem Dialogforum zur Fehmarn-
124 beltquerung unter Leitung eines unabhängigen Mediators einen Dialog zwischen den Bürgerinnen
125 und Bürgern mit den Projektbeteiligten auf Augenhöhe gewährleisten. Erste Regionalkonferenzen
126 haben bereits unter großer Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden. Vorgeschlagen haben wir
127 auch die Prüfung, inwieweit eine ehrenamtliche Ombudsstelle für Streitfragen im Bereich der Er-
128 neuerbaren Energien eingesetzt werden kann.

129

130 **2. Allianz für den Norden**

131 Im internationalen Wettbewerb der Regionen hat Schleswig-Holstein gemeinsam mit Hamburg
132 und in guter Partnerschaft mit Dänemark das Potential als „Wachstumsregion Nord“ für nachhalti-
133 ge Beschäftigung, Entwicklung und Wohlstand zu sorgen. Die CDU Schleswig-Holstein will ein
134 starkes Schleswig-Holstein im norddeutschen Verbund und als Brücke zu Nordeuropa und zum
135 Ostseeraum. Dazu werden wir noch enger mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten. Durch echte
136 Arbeitsteilung und weitergehende Kooperationen sowohl in der Wirtschaft als auch auf Verwal-
137 tungsebene wird dieses Ziel erreicht.

138 Schleswig-Holstein und Dänemark sind über eine vieljährige gute Nachbarschaft und gemeinsame
139 Interessen eng miteinander verbunden. Die Wirtschaftsstruktur Dänemarks zeichnet sich durch
140 eine Vielzahl mittelständischer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus, die innovativ und
141 exportstark sind – passend zum Wirtschaftsumfeld im Land der Horizonte.

142 Hamburg ist Tor zur Welt und bildet gemeinsam mit Teilen Schleswig-Holsteins und Niedersach-
143 sens eine Metropolregion internationaler Geltung und hoher Zukunftsfähigkeit. Geographisch ist
144 Hamburg weitgehend eingebettet in das Flächenland Schleswig-Holstein und strahlt bedeutende
145 Wirtschaftskraft aus. Nennenswerte Pendlerzahlen zwischen den beiden Ländern belegen eine
146 wichtige Verbindung mit untrennbarer wirtschaftlicher Verflechtung. Das dokumentieren auch die
147 zahlreichen Beispiele intensiver Kooperation. Sie erfolgt in Form von gemeinsamen Gremien auf
148 Regierungsebene, gemeinsamen Einrichtungen zum Teil mit weiteren norddeutschen Ländern (z.B.
149 NDR, Medienanstalt HSH, Eichdirektion Nord, Statistikamt Nord, Dataport) oder in Form von Ko-
150 operationen im Bereich der Aus- und Fortbildung (z.B. im der Ausbildung für Juristen, Rechtspfle-
151 ger, im Justizvollzug, Landesfeuerweherschulen oder Steuerverwaltung). Diese Kooperation mit
152 Hamburg wollen wir weiter ausbauen, um den Verflechtungen zwischen beiden Bundesländern
153 nicht nur im Wirtschaftsbereich gerecht zu werden.

154 Für die weitere Zusammenarbeit mit unseren norddeutschen Nachbarländern wollen wir eine ein-
155 heitliche Grundlage schaffen. Dieses soll in Form eines Grundlagen-Staatsvertrages erfolgen, da-
156 mit nicht bei jeder weiteren Kooperation über Grundlagen neu diskutiert wird. Bei allen Gesetzes-
157 vorhaben Schleswig-Holsteins soll es standardmäßig eine Übersicht aus den norddeutschen Nach-
158 barländern geben, wie eine dortige Regelung erfolgt.

159 Bestehende Verbindungen zu Dänemark werden durch die Umsetzung der „Dänemark-Strategie“
160 der Landesregierung weiter ausgebaut. Gleiches gilt für die südöstliche Ostseekooperation
161 („STRING“) und die Zusammenarbeit mit Russland. Inhaltlich wird der Schwerpunkt auf der Um-
162 setzung der Integrierten Meerespolitik liegen, um maritimes Wachstum mit nachhaltigem Meeres-
163 schutz zu verbinden. Die vorhandenen Strukturen müssen verstärkt für die Umsetzung konkreter
164 Projekte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ostseeprogramm INTERREG, genutzt werden.
165 Ein besonders wichtiges Mittel zur notwendigen Abstimmung zwischen den Partnerländern ist die
166 Maritime Raumplanung. Ihre Weiterentwicklung wird ein besonderer landespolitischer Schwer-
167 punkt der neuen CDU-geführten Landesregierung sein.

168 Wir arbeiten mit dem Projekt „Allianz für den Norden“ für einen intensiveren Schulterschluss mit
169 Hamburg und Dänemark. Insbesondere im Bereich der Verkehrs- und Landesplanung, sowie einer
170 gemeinsamen Wirtschaftsförderung sehen wir mit Hamburg wichtige Kooperationsansätze. Mit
171 den geplanten Maßnahmen im Verkehrs- und Logistikbereich wie dem Bau der „Festen Fehmarn-
172 Belt-Querung“, der A 20 mit westlicher Elbquerung als „Ost-West-Achse“, der Fahrrinnenanpas-
173 sung der Elbe und einer Weiterentwicklung der „Jütland-Route“ wächst unsere zentrale Funktion
174 als Drehscheibe für den internationalen Handel. Die CDU Schleswig-Holstein will mit der „Allianz
175 für den Norden“ ein wichtiges Zeichen für Wachstum und Beschäftigung in der Region und darüber
176 hinaus setzen.

177

178 **3. Solide Finanzpolitik ist das Markenzeichen der CDU**

179 Solide Finanzen sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und schaffen politische Gestaltungs-
180 spielräume. Unser Ziel ist es, aus der Schuldenfalle herauszukommen, um durch die dann zurück-
181 gehenden Zinslasten finanzielle Spielräume für die Zukunft zu gewinnen.
182 Wir wollen lieber Geld für Bildung, Familien, Infrastruktur und Sicherheit zur Verfügung haben,
183 statt Zins und Tilgung für Schulden zahlen zu müssen.

184 Als Christdemokraten fühlen wir uns der Grundregel des vernünftigen Haushaltens verpflichtet:
185 Jede Generation muss ihre Aufgaben prinzipiell aus eigener Kraft bewältigen. Nur so können auch
186 künftige Generationen frei über ihre eigene Zukunft und die unseres Landes entscheiden. Nie-
187 mand, keine Regierung und kein Parlament, hat das Recht, noch nicht geborene Generationen mit
188 Schulden zu belasten, um heute selbst ein angenehmeres Leben führen zu können. Eine weitere
189 Verschuldungspolitik zulasten künftiger Generationen wird es deshalb mit der CDU nicht geben.

190 Für uns als CDU gehört es zum kleinen Einmaleins, dauerhaft nicht mehr Geld auszugeben, als ein-
191 zunehmen. Welche Gefahren das in sich birgt, zeigt die Entwicklung in Ländern wie zum Beispiel
192 Griechenland, Irland und Portugal. Die Folgen sind für die gesamte Bevölkerung gravierend und
193 treffen vor allem die sozial Schwachen. Die CDU ist deshalb der Garant dafür, dass auf Dauer nur
194 das Geld ausgegeben wird, das auch wirklich vorhanden ist. Wer glaubt, Steuermehreinnahmen für
195 Wahlgeschenke einsetzen zu können, belügt nicht nur sich, sondern auch die Bürger Schleswig-
196 Holsteins.

197

198 **3.1 Mit der Schuldenbremse raus aus den Schulden**

199 Als erstes Bundesland überhaupt hat Schleswig-Holstein im Mai 2010 auf unsere Initiative hin eine
200 Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen. Das bedeutet, dass Schleswig-Holstein ab
201 2020 grundsätzlich nur noch so viel Geld ausgeben darf, wie es einnimmt. Damit dieses Ziel er-
202 reicht wird, bestimmen die Vorgaben der Schuldenbremse, dass das strukturelle Haushaltsdefizit
203 von rund 1,1 Mrd. Euro jedes Jahr um 10 Prozent reduziert werden muss. An diese Verfassungsre-
204 gel, die darüber hinaus auch im Grundgesetz verankert ist, sind auch alle zukünftigen Landesregie-
205 rungen gebunden, da eine Änderung nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament möglich ist.

206 Der Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 zeigt, dass diese Vorgaben eingehalten werden
207 und wir auf dem richtigen Weg zur Sanierung der Landesfinanzen sind. Die CDU hat damit ge-
208 schafft, was vor ihr keiner anderen Regierung gelang: Zum allerersten Mal konnten die Ausgaben
209 gegenüber dem Vorjahr tatsächlich reduziert werden. Lagen die Ausgaben im Jahr 2010 noch bei
210 9,31 Mrd. Euro, so sanken diese im Haushaltsplan 2011 auf 9,12 Mrd. Euro und bleiben auch im
211 Jahr 2012 unter dem Ansatz des Jahres 2010. Diese nüchternen Zahlen geben nur unzureichend
212 wieder, welche schmerzlichen Kürzungen hierfür an zahlreichen Stellen des Landeshaushaltes er-
213 forderlich waren. Neben Ausgabenkürzungen wird auch die Einnahmeseite durch die Anhebung
214 der Grunderwerbsteuer verbessert. Im Ergebnis führen diese Maßnahmen dazu, dass das struktu-
215 relle Haushaltsdefizit von 1,12 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf rund 780 Mio. Euro im Jahr 2012
216 sinkt. Trotz Haushaltskonsolidierung konnten jedoch mit dem Einstieg in die Landesförderung bei
217 der Schulsozialarbeit, dem Ausbau der Hochbegabtenförderung und zusätzlichen Mitteln für die
218 Lehreraus- und fortbildung auch politische Schwerpunkte gesetzt werden.

219 Zusammen mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 hat die CDU-geführte Landesregierung – wiede-
220 rum erstmalig in der Geschichte unseres Landes – eine langfristige Finanzplanung vorgelegt, die
221 nicht nur die nächsten Haushaltsjahre, sondern den Zeitraum bis zum Jahr 2020 beleuchtet. Die
222 dargestellten Entwicklungen von Steuereinnahmen einerseits und Ausgaben für Zinsen, Personal,
223 Zuschüssen und Investitionen bilden das Grundgerüst für den Abbau des Haushaltsdefizits und die
224 Einhaltung der Schuldenbremse.

225 Im März 2011 konnte die Vereinbarung zur Gewährung von Konsolidierungshilfe mit dem Bund
226 unterzeichnet werden. Nur unter der Bedingung, dass der Konsolidierungspfad eingehalten wird,
227 unterstützen der Bund und die anderen Länder Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2020 mit insge-
228 samt 720 Mio. Euro. Durch die zielstrebige Haushaltspolitik der Regierungskoalition ist es gelun-
229 gen, diese Unterstützung für Schleswig-Holstein zu sichern. Landesrechnungshof und Stabilitätsrat
230 haben das Konsolidierungsprogramm Schleswig-Holsteins ausdrücklich gewürdigt und eine konse-
231 quente Umsetzung angemahnt. So weit wie Schleswig-Holstein ist bisher kein anderes Bundesland
232 – ein Umstand, auf den wir zu Recht stolz sein können.

233 Auch beim Vollzug der Haushaltspläne hat die CDU-geführte Landesregierung ihre seriöse und
234 solide Finanzpolitik unter Beweis gestellt: Unerwartete Steuermehreinnahmen wurden nicht für
235 zusätzliche Ausgaben sondern für eine Senkung des Defizits verwendet. Haushaltsansätze wurden
236 als Ausgabenobergrenzen verstanden, die dank strikter Ausgabendisziplin häufig unterschritten
237 werden konnten. Trotz der schweren Wirtschaftskrise 2009 und 2010 – mit dem stärksten Rück-

238 gang in der wirtschaftlichen Entwicklung seit Bestehen der Bundesrepublik – fielen Fehlbetrag und
239 Neuverschuldung in beiden Jahren niedriger aus als 2005, dem letzten Jahr rot-grüner Regierungs-
240 verantwortung.

241

242 **3.2 KONSOLIDIERUNG DES LANDESHAUSHALTS KONSEQUENT FORTSETZEN**

243 Unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen sowie die Vorgaben der Schulden-
244bremse erfordern in den kommenden Jahren eine konsequente Fortsetzung der unter Führung der
245 CDU eingeleiteten Konsolidierungsanstrengungen. Bei guter wirtschaftlicher Dynamik und da-
246 durch bedingten zusätzlichen Steuereinnahmen wollen wir das Ziel einer Netto-Neuverschuldung
247 von Null bereits früher als 2020 erreichen. Spätestens ab dem Jahr 2020 wollen wir damit begin-
248 nen, den bis dahin auf voraussichtlich 33 Mrd. Euro angewachsenen Schuldenberg endlich abzutra-
249 gen.

250 • Wir werden unsere Einnahmen verbessern, indem wir weiter ein investitionsfreundliches
251 Klima schaffen. Durch Vermeidung von unnötiger Bürokratie, Beschleunigung von Pla-
252 nungsprozessen, Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur und Stärkung von Bildung und Wis-
253 senschaft werden wir ständig daran arbeiten, die Attraktivität Schleswig-Holsteins für die
254 Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern.

255 • Wir werden unsere Ausgaben den zur Verfügung stehenden Einnahmen anpassen. Dabei
256 machen wir Schluss mit dem kurzfristigen Auf und Ab der Ausgaben je nach wirtschaftli-
257 cher Entwicklung und orientieren uns stattdessen am durchschnittlichen Einnahmeniveau.
258 Unser Ziel ist eine verlässliche Planungsbasis.

259 • Unsere Förderprogramme werden wir noch weiter konzentrieren und konsequent an ihrer
260 Wirkung für Wachstum und Beschäftigung in allen Landesteilen orientieren. Finanzielle
261 Mittel für neue Aufgaben können nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn dafür an
262 anderer Stelle die finanziellen Ressourcen freigesetzt werden.

263 • Die Personalausgaben bleiben ein Schlüsselbereich für die Konsolidierung. Wir werden
264 durch das Nichtbesetzen von Stellen ausscheidender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im
265 Rahmen der natürlichen Fluktuation Einsparpotentiale umsetzen. An dem beschlossenen
266 Abbau von 5.300 Stellen im Landesdienst bis 2020 halten wir unverändert fest. Gleichzeitig

267 wollen wir für die verbleibenden Landesbediensteten ein verlässlicher Partner sein, der ei-
268 ne angemessene Bezahlung und regelmäßige Tarif- und Besoldungsanpassungen gewähr-
269 leistet.

270 • Wir wollen unser Handeln auf die staatlichen Kernaufgaben beschränken. Wir werden des-
271 halb länderübergreifende Kooperationen weiter ausbauen, vorhandene Privatisierungspo-
272 tentiale nutzen und den Aufgabenverzicht sowie die Bündelung von Zuständigkeiten in der
273 Landesverwaltung vorantreiben.

274

275 **3.3 SCHULDENBREMSE AUCH FÜR DIE KOMMUNEN**

276 Auch eine Reihe Kreise, Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein haben in den vergangenen
277 Jahren erhebliche Defizite aufgebaut. Wir werden deshalb mit dem Konsolidierungsgesetz den
278 Ansatz der Schuldenbremse auch auf die Kommunen übertragen. Ebenso wie Bund und Länder
279 dem verschuldeten Schleswig-Holstein Konsolidierungshilfe gewähren, lassen das Land und die
280 Gesamtheit der Kommunen auch den betroffenen Gebietskörperschaften Hilfen zur Konsolidie-
281 rung zukommen. Entsprechend der Schuldenbremse sind diese an klare Bedingungen zur Beseiti-
282 gung aufgelaufener Defizite zu knüpfen.

283 Hiervon unabhängig wollen wir den kommunalen Finanzausgleich einer grundlegenden Überprü-
284 fung unterziehen. Dabei spielt die Frage einer aufgaben-adäquaten Finanzausstattung ebenso eine
285 Rolle wie die Wahrung der Finanzkraftrangfolge. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Mo-
286 delle zur Verstetigung der Einnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwickeln.
287 Mit der Umstellung der Schulkostenbeiträge auf die Vollkostendeckung wurde bereits für eine
288 gerechte Lastenteilung zwischen den Kommunen gesorgt.

289

290 **3.4 LÄNDERFINANZAUSGLEICH GERECHTER REGELN**

291 Für den Ende 2019 auslaufenden Länderfinanzausgleich muss rechtzeitig eine Nachfolgeregelung
292 vereinbart werden. Auch zukünftig bedarf es eines Ausgleichsmechanismus, der die Länder trotz
293 bestehender Finanzkraftunterschiede in die Lage versetzt, die zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen
294 und für gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu sorgen.

- 295 • Änderungen im Länderfinanzausgleich dürfen die Einhaltung des Konsolidierungspfades
296 bis 2019 und den strukturellen Haushaltsausgleich ab dem Jahr 2020 nicht gefährden.
- 297 • Wir werden uns dafür einsetzen, stärkere Anreizelemente im Länderfinanzausgleich zu
298 verankern und die Eigenverantwortung der Länder zu erhöhen, z.B. durch die Einräumung
299 von steuerlichen Zuschlagsrechten.
- 300 • Der Länderfinanzausgleich darf zukünftig die Neuordnung von Bundesländern nicht behin-
301 dern.
- 302 • Um gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für die Länder zu schaffen, ist eine Lösung der
303 Altschuldenproblematik erforderlich. Wir können uns vorstellen, den 2020 auslaufenden
304 Solidaritätszuschlag hierfür umzuwidmen.
- 305 • Wir treten zudem dafür ein, dass Schleswig-Holstein von bundesgesetzlich vorgeschriebe-
306 nen Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben entlastet wird oder Freiräume bei der
307 Ausfüllung gesetzlicher Standards erhält.

308

309 **3.5 FÜR EIN LEISTUNGSGERECHTES, EINFACHES UND TRANSPARENTES STEUER-** 310 **SYSTEM**

311 Deutschland braucht ein neues Steuerkonzept, das mit einfachen Tarifen, weniger Ausnahmerege-
312 lungen und weniger Steuerarten auskommt, dabei aber gleichzeitig die Einnahmehasis des Staates
313 sichert. Das erfordert ein mehrdimensionales Denken über alle staatlichen Ebenen und Steuerarten
314 hinweg. Im Rahmen eines mittelfristig angelegten Plans wollen wir das Steuersystem anhand der
315 beschriebenen Grundsätze weiterentwickeln und uns dafür im Bundesrat einsetzen.

316

317 **3.6 ÖFFENTLICHE BANKEN NUR FÜR ÖFFENTLICHE AUFGABEN**

318 Mit Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft verfügt
319 Schleswig-Holstein im öffentlichen Bankensektor über ein gut ausgebautes und funktionierendes
320 Förderinstrumentarium, um Finanzierungs- und Eigenkapitallücken bei kleinen und mittleren
321 Unternehmen sowie bei Existenzgründungen zu vermeiden. Diese Förderinstitute werden wir des-

322 halb auch zukünftig bei ihrer Arbeit unterstützten. Zur weiteren Effizienzsteigerung streben wir
323 eine stärkere Kooperation und Zusammenarbeit mit den vergleichbaren Hamburger Einrichtungen
324 an.

325 Die schleswig-holsteinischen Sparkassen sind ein unverzichtbarer Eckpfeiler für die Geld- und Kre-
326 ditversorgung von Wirtschaft und Bevölkerung. In der Finanzmarktkrise haben sie sich als stabili-
327 sierender Faktor im gesamten Bankenwesen erwiesen. Gleichwohl mussten wir mit Sorge zur
328 Kenntnis nehmen, dass die beiden größten Sparkassen unseres Landes aufgrund hausgemachter
329 Probleme zu Stützungsfällen wurden. Neue Finanzmarktregularien und Eigenkapitalanforderungen
330 als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise stellen zudem auch die Sparkassen vor neue Herausfor-
331 derungen. Mit der Überarbeitung des Sparkassengesetzes haben wir deshalb den öffentlich-
332 rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein erweiterte Möglichkeiten zur Stärkung ihres Eigen-
333 kapitals eröffnet. Das neu eingeführte Instrument der Minderheitsbeteiligung eröffnet kapital-
334 schwachen Sparkassen eine weitere Form der Eigenkapitalbeschaffung aus der Sparkassenfamilie
335 heraus. Auf diesem Wege wollen wir die Sparkassen als regionale Institute erhalten und in ihrer
336 Aufgabenwahrnehmung stärken. Eine Privatisierung öffentlich-rechtlicher Sparkassen lehnen wir
337 weiterhin ab.

338 Die Rettung der HSH Nordbank hat sich als richtige Entscheidung der CDU-geführten Landesregie-
339 rung erwiesen, ohne dass die Steuerzahler dafür zur Kasse gebeten werden. Die Bilanzsumme der
340 Bank und damit die Risiken wurden zwischenzeitlich drastisch reduziert. Seit dem Jahr 2010
341 schreibt die HSH Nordbank wieder schwarze Zahlen. Die von den Ländern Hamburg und Schles-
342 wig-Holstein gewährten Garantien über 10 Mrd. Euro werden schrittweise durch die Bank zurück-
343 geführt. Mit Hilfe der von der Bank selbst gezahlten Garantieprovisionen konnten die für die Kapi-
344 talerhöhung aufgenommenen Kredite über 3 Mrd. Euro bereits teilweise getilgt werden. Bis zum
345 Garantieablauf im Jahr 2014 wird sich das Kreditvolumen auf rund 2 Mrd. Euro reduziert haben.
346 Wir wollen die Anteile des Landes an der HSH Nordbank so werthaltig und zügig wie möglich ver-
347 äußern. Der damit erzielte Erlös soll zum Abbau des Schuldenberges des Landes verwendet wer-
348 den. Bei der Veräußerung sind neben dem reinen Verkaufserlös auch die Belange der Belegschaft
349 sowie des Standortes Kiel zu berücksichtigen.

349

350 **4. Eine moderne Wirtschaftspolitik für ganz Schleswig-Holstein**

351 Die mittelständischen Unternehmen stehen im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik. In Schleswig-
352 Holstein arbeiten 85 Prozent der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen. Der Mittel-
353 stand ist der größte Arbeitgeber im Land. Ziel unserer Mittelstandspolitik ist und bleibt, die Wett-
354 bewerbsfähigkeit des Handwerks, der mittelständischen Industrie, der Gastronomie, des Handels,
355 der Freien Berufe und der sonstigen Dienstleistungen zu stärken. Dazu werden wir die Offensive
356 für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk fortschreiben. Unser Ziel ist es,
357 den Mittelstand zu stärken und Schleswig-Holstein eine Spitzenposition unter den unternehmens-
358 freundlichsten Wirtschaftsstandorten in Deutschland zu verschaffen.

359 Unsere Schwerpunkte sind:

- 360 • eine wirtschaftsnahe Infrastruktur
- 361 • die Zusammenarbeit mit Hamburg
- 362 • die kontinuierliche Optimierung der Finanzierungs-, Förder- und Beratungsangebote
- 363 • Verbesserung der Innovationsfähigkeit
- 364 • Zukunftsorientierte Maßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs

365

366 **4.1 WIRKSAME WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG FÜR DEN MITTELSTAND**

367 ***Fördermittel richtig einsetzen***

368 Nationale und internationale Fördermittel bilden zunehmend die zentralen Elemente der Wirt-
369 schaftsförderung. Unter dem Titel „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ bündelt das Land Schleswig-
370 Holstein seine wirtschafts- und regionalpolitischen Fördermittel, die wir auch in Zukunft für die
371 wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen des Landes einsetzen wollen.

372

- 373 • Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, die vorhandenen Fördermittel schwer-
374 punktmäßig in Infrastrukturmaßnahmen zu investieren, die der positiven Entwicklung des

375 Landes besonders dienlich sind. Hafenausbau und touristische Verbindungen können hier
376 Beispiele sein. Zugleich wird der Blick bei den zu treffenden Förderzusagen klar auf Innova-
377 tion und Zukunftsrelevanz gerichtet sein.

378 • Die herkömmliche „Einzelbetriebliche Förderung“ ist unter Führung der CDU Schleswig-
379 Holstein mit dem Haushalt 2011/2012 bereits stark begrenzt worden. Nur in struktur-
380 schwachen Regionen ist eine spezifische Förderung einzelner Betriebe bei deren Investiti-
381 onsvorhaben noch möglich.

382 • Die Förderlandschaft der Bundesrepublik Deutschland weist erhebliche Diskrepanzen beim
383 Einsatz von Zuschüssen, Bürgschaften, zinsgünstigen Krediten oder steuerlichen Freibe-
384 trägen im Zusammenhang mit einer möglichen Förderung einzelner Betriebe auf. Wir wol-
385 len eine Harmonisierung der bundesweiten Förderpolitik durchsetzen, um einem Subven-
386 tionswettbewerb der Bundesländer entgegenzuwirken.

387

388 ***Kompetenzbereiche, Wachstums- und Entwicklungsfelder stärken – Beratung ausbauen***

389 Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich zum Ziel, unser Land für den weltweiten Standortwettbe-
390 werb zu ertüchtigen.

391 • Wir werden Wachstums- und Entwicklungsfelder wie Logistik, Life Science, Gesundheits-
392 wirtschaft, Ernährungswirtschaft und Medizintechnik weiter stärken. Das Clustermanage-
393 ment „Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur“ oder auch food-Regio, das Kompe-
394 tenznetzwerk Ernährungswirtschaft Schleswig-Holstein“ und das „Maritime Cluster Nord-
395 deutschland“ sind positive Beispiele.

396 • Wir begreifen Wirtschaftsförderung als nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Schleswig-
397 Holstein ist wichtiger Brückenkopf Mitteleuropas. Diese Situation ergibt reichlich Wert-
398 schöpfungspotential. Kompetenzbereiche, zum Beispiel eine sich positiv entwickelnde Inf-
399 rastruktur, müssen kraftvoll und entschlossen vorangetrieben werden.

400 • Angesichts schrumpfender Förderetats wird es zukünftig wichtiger, die vorhandenen Mit-
401 tel effizient und gewinnbringend einzusetzen. Mit der WTSH, der Investitionsbank Schles-
402 wig-Holstein, der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein, der mittelständischen Beteili-
403 gungsgesellschaft Schleswig-Holstein sowie den Industrie- und Handelskammern und den
404 Handwerkskammern des Landes, sind wir bereits gut aufgestellt. Wir wollen hier für ergän-

405 zende Vernetzung und weiter zunehmende Kompetenz sorgen, um die Beratung von Fir-
406 men, öffentlichen Institutionen oder Einzelpersonen rund um die Themen Wirtschaftsför-
407 derung, Innovation und Entwicklung zu verbessern.

408

409 **4.2 SCHLESWIG-HOLSTEIN – IM TOURISMUS GANZ OBEN!**

410 Dem Standortfaktor Tourismus kommt eine enorme wirtschaftliche Bedeutung zu. Die CDU-
411 geführte Landesregierung hat ihre Verantwortung für die Tourismuswirtschaft in den letzten Jah-
412 ren wahrgenommen und viel in die Rahmenbedingungen investiert. Dadurch wurde Schleswig-
413 Holstein im Vergleich zu seinen Mitbewerbern gestärkt. Es entbindet uns aber nicht, die Kraftan-
414 strengung für diesen wichtigen Wirtschaftszweig weiter fortzuführen!

415 Um diese Ziele umsetzen zu können, bedarf es hoher Professionalität und einem profunden Fach-
416 wissen. Dazu gehört auch, eine bereichsübergreifende Koordinierung innerhalb der Landesministe-
417 rien sicher zu stellen.

418

419 ***Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken***

420 Die touristischen Betriebe wettbewerbsfähig zu machen oder ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhal-
421 ten ist für uns eine vorrangige Aufgabe. Hierbei spielen Investitionen eine wichtige Rolle. Das Ei-
422 genkapital der kleinen und mittleren Betriebe, der Stütze des heimischen Tourismus, ist gering.
423 Kapital investieren zu können ist ein Aspekt, ein anderer ist es, die begrenzten Mittel richtig und
424 effektiv einzusetzen.

425

426 ***Tourismusstrategie überlegt fortführen***

427 Die Neuausrichtung war und ist richtig. An ihrer grundsätzlichen Ausrichtung soll weiter festgehal-
428 ten werden. Ergänzend sollen bei einer Bestandsaufnahme Strategien für Städte und Binnenland
429 gefunden werden.

430 Seit 2005 sind durch die Landesregierung über 200 Mio. Euro in die Entwicklung der touristischen
431 Infrastruktur investiert worden. Bezüglich der Optimierung der touristischen Infrastruktur muss

432 weiter die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des gleichnamigen Leitprojekts vorangebracht
433 werden. Ein weiteres Ziel muss die Ansiedlung touristischer Betriebe durch ein systematisches
434 Ansiedlungsmanagement sein. Auch die Bundesagentur für Arbeit muss bei (co-)finanzierten
435 Weiterbildungsmaßnahmen eingebunden werden.

436

437 ***Verkehrs- und touristische Infrastruktur zukunftsfähig machen***

438 Verkehrsinfrastruktur ist notwendig, um den Urlaubsort gut zu erreichen. Eine sinnvolle Straßen-
439 bauplanung ist hierbei unumgänglich: Engpässe auf Autobahnen und Bundesstraßen sind zügig
440 durch die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel des Bundes zu beseitigen.

441

442 ***Die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein stärken***

443 Eine gemeinsame Stimme in Marketing und Vertrieb ist im nationalen und internationalen Wett-
444 bewerb unumgänglich. Die durch das Berger-Gutachten herausgearbeiteten Zielgruppen, Basis-
445 themen und Themenschwerpunkte müssen unisono vertreten werden. Die vorhandene Struktur
446 lokaler Tourismusorganisationen (LTOs), Tourismusmarketingorganisationen (TMOs) und der Tou-
447 rismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) soll hierbei im Grundsatz erhalten bleiben. Angesichts
448 knapper öffentlicher Kassen muss insbesondere zwischen der regionalen und der Landesebene
449 eine klare, eng abgestimmte Aufgabenverteilung und vor allem auf Landesebene eine Konzentra-
450 tion auf wesentliche Aufgaben herbeigeführt werden.

451 Während LTOs und TMOs vor Ort agieren, ist die TASH ein richtiger Schritt in Richtung Koordina-
452 tion der Angebote, der Ideen und der Vermarktung.

453 Wir begrüßen die Initiative der Gesellschafter und weiterer Partner, zur Finanzierung der TASH
454 stärker beizutragen. Unter dieser Voraussetzung sieht die CDU eine Möglichkeit, die TASH weiter
455 mit einem angemessenen Sockelbeitrag für die von ihr erledigten Landesaufgaben zu unterstützen.

456

457 ***Potenziale freisetzen***

458 • Ausländische Zielmärkte mit Gästepotenzial sind Skandinavien, Österreich, Schweiz und
459 die Niederlande. Wir werden darauf hinwirken, dass das Auslandsmarketing insgesamt und

460 die Aktivitäten der norddeutschen Bundesländer in den für Norddeutschland relevanten
461 ausländischen Quellmärkten stärker als bisher unterstützt werden.

462 • Unsere Kultur und unser Brauchtum sind die wichtigsten Träger unserer Identität. Sie sind
463 auch eines der Entscheidungskriterien für einen Urlaub. Die CDU wird sich weiterhin für
464 die Entwicklung des Kulturtourismus stark machen. Dabei werden auch ausdrücklich priva-
465 te und Initiativen aus der Wirtschaft zur Unterstützung gefordert.

466 • Gesundheitstourismus ist die Weiterentwicklung von Aktiv- und Wellness-Urlauben. Hier-
467 für wurden bereits Pilotprojekte erfolgreich umgesetzt. Wir unterstützen diese Arbeit im
468 Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Tourismus- und Gesundheitsstandortes
469 Schleswig-Holstein.

470

471 **4.3 MARITIME WIRTSCHAFT – UNSER ALLEINSTELLUNGSMERKMAL**

472 Schleswig-Holsteins geographische Lage ist ein wegweisendes Alleinstellungsmerkmal für die
473 Wirtschaft. Über die Nordsee und Ostsee hinweg hat Schleswig-Holstein mit vielen Ländern eine
474 direkte internationale Anbindung wie kein anderes Bundesland. Daraus entstehen wirtschaftliche
475 und kulturelle Verbindungen, die es für das Wohl des Landes und seiner Bürger zu nutzen gilt.

476

477 • Die Entwicklung der Seefracht und des Kreuzfahrttourismus bilden für Städte und Hinter-
478 land ein enormes Wertschöpfungspotential. Dieses haben wir noch nicht vollständig aus-
479 geschöpft. Daher ist es unser Ziel, Schleswig-Holstein noch lohnender als Kreuzfahrtdesti-
480 nation zu vermarkten und in diesem Zusammenhang insbesondere attraktive Angebote für
481 eine verlängerte Aufenthaltsdauer zu erstellen.

482 • In Verbindung mit der neuen Offshore-Technik, bildet dieses Umfeld einen idealen Rah-
483 men für ein gezieltes Standortmarketing, für die Weiterentwicklung der Wirtschaft durch
484 Neuansiedlung von Unternehmen. Dazu gehören auch unsere Werften und die damit un-
485 trennbar verbundene Zulieferindustrie für den Schiffbau. Wir setzen uns ein, uns darum,
486 den Schiffbau und unsere Werften als wesentliches Element der maritimen Wirtschaft in
487 Schleswig-Holstein zu erhalten und zu fördern. Dabei gilt es, insbesondere unsere Erfolge
488 im Bereich Yacht- und RoRo-Schiffbau weiter zu stärken und neue Chancen im Bereich

489 Offshoretechnik zu nutzen. So machen wir unser Land weiter wettbewerbsfähig für die
490 Zukunft.

491 • Die CDU wird den Standort Schleswig-Holstein durch gezielte Politik für Innovationen und
492 Technologietransfer weiterentwickeln. Schleswig-Holstein hat im März 2007 einen mit
493 Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft entwickelten Masterplan Maritime Technolo-
494 gien vorgelegt. Forschung und Entwicklung sollen auf Basis methodischer Erhebungen und
495 Dialoge vorangetrieben werden. Neue Konzepte sollen besser am Bedarf des Marktes aus-
496 gerichtet und neue, systemorientierte Projekte generiert werden.

497 • Wir müssen die Zulieferindustrie stärken. Schleswig-Holstein als Energieerzeugungs- und
498 Durchleitungsland muss bestrebt sein, die Wertschöpfungskette von der Produktion der
499 Anlagen bis zum Service und der Ausbildung der Mitarbeiter im Land zu halten. Dazu ist
500 neben einer hervorragenden Infrastruktur ein mittelstandsfreundliches Klima erforderlich.

501

502 **4.4 KONSEQUENTE MASSNAHMEN GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL**

503 Besonders in den MINT-Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
504 steigt der Bedarf an Akademikern und Fachkräften. Der Fachkräftemangel hemmt Produktion und
505 Entwicklung und kostet jährlich Milliardensummen. Alleine kann die Wirtschaft den Mangel nicht
506 beheben.

507 Die CDU Schleswig-Holstein plädiert daher für ein zwischen Politik und Wirtschaft eng abge-
508 stimmtes Maßnahmenpaket, um dem Fachkräftemangel nachhaltig entgegenzuwirken.

509 Bessere Bildung und Ausbildung haben oberste Priorität. Eine erfolgreiche Karriere fängt bei früh-
510 kindlicher Bildung an. Kinder sollten bereits in Kindertageseinrichtungen an vielfältige Bildungs-
511 inhalte herangeführt werden. In der Grundschule und an weiterführenden Schulen sollte den natur-
512 wissenschaftlichen und technischen Fächern eine größere Bedeutung zukommen. Mehr Fachkräfte
513 im MINT-Bereich steigern die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, fördern Wachstum und Be-
514 schäftigung und generieren Einnahmen. Für die Wirtschaft unseres Landes ist es elementar, dass
515 die Schulabgänger den Anforderungen der Ausbildungsbetriebe gerecht werden.

516 Dass heute ein Drittel der Arbeitslosen qualifizierte Frauen sind, ist für uns ein Alarmsignal und
517 zeigt, dass wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie beim Wiedereinstieg in den Beruf

518 weiter intensiv an einer verbesserten Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitszeitmodellen für er-
519 ziehende Mütter und Väter arbeiten müssen.

520

521 **4.5 ARBEIT UND AUSBILDUNG: CHANCEN FÜR DIE MENSCHEN**

522 Die CDU Schleswig-Holstein hat seit ihrer Regierungsübernahme 2005 wesentliche Akzente zur
523 Schaffung neuer Arbeitsplätze gesetzt: Vom historischen Höchststand mit 180.000 Arbeitslosen
524 unter Rot-Grün konnte die Zahl der Arbeitslosen auf unter 100.000 gesenkt werden. Rund 70.000
525 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wurden in diesem Zeitraum geschaffen. Die Zahl der
526 Ausbildungsplätze ist gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken. Auch Ältere haben
527 in Schleswig-Holstein wieder bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt: So ist der Anteil über 50-
528 jähriger von allen Arbeitslosen seit 2006 von 54,4 Prozent auf 36,5 Prozent zurückgegangen.

529 • Wir treten auch in Zukunft nachdrücklich für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplät-
530 zen ein. Dazu werden wir nicht nur die Rahmenbedingungen für die mittelständischen Be-
531 triebe verbessern.

532 • Wir werden die Instrumente der Arbeitsmarktförderung gezielt für neue Arbeitsplätze ein-
533 setzen, insbesondere für Jugendliche und ältere Arbeitnehmer.

534 • Das Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein hat unter Beteiligung der Landesregierung,
535 der Sozialpartner und der Kammern einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Ausbil-
536 dungsplätze geleistet. Eine fundierte Ausbildung sichert den Jugendlichen einen erfolgrei-
537 chen Start in das Berufsleben und ist Grundlage auch für den notwendigen Fachkräfte-
538 nachwuchs in den Betrieben. In diesem Sinne werden wir das Bündnis für Ausbildung wei-
539 terentwickeln.

540 • Wir bekennen uns zum dualen Ausbildungssystem und zur überbetrieblichen Ausbildung,
541 wir setzen uns ein für neue Berufe und die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der
542 Schulabgänger.

543 • Die erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, für die sich die CDU erfolg-
544 reich auf Bundesebene eingesetzt hat, ist eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung

545 qualifizierter Facharbeitskräfte in den Betrieben. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den
546 deutsch-dänischen Wirtschaftsraum.

547 • Das im Frühjahr 2011 gestartete "Bündnis für Fachkräfte Schleswig-Holstein" ist zusammen
548 mit den beteiligten Akteuren eine wichtige Grundlage für die Sicherung des Fachkräftebe-
549 darfs als arbeitsmarktpolitische Herausforderung der Zukunft. Wir werden dieses Bündnis
550 fortsetzen. Dabei stehen besonders im Mittelpunkt die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung
551 von Frauen und die Verbesserung der Beschäftigungssituation Älterer, die Verbesserung
552 der Arbeitsmarktintegration und die Optimierung des Übergangs von der Schule in den Be-
553 ruf.

554 • Arbeit muss sich lohnen: Diesem Grundsatz hat die CDU auf Bundesebene Rechnung ge-
555 tragen. Das sogenannte Lohnabstandsgebot muss dauerhaft Bestand haben, um sowohl
556 Existenzsicherung wie Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu gewährleisten.

557 • Wir bekennen uns dazu, dass Menschen von ihrem Einkommen leben können sollen. Auch
558 deshalb haben wir in das neue Mittelstandsförderungsgesetz eine EU-konforme Tariftreue-
559 regelung bei öffentlichen Auftragsvergaben aufgenommen. Grundlage sind dabei von den
560 Tarifpartnern vereinbarte Mindestlöhne. Wir achten und stärken die Tarifautonomie, flä-
561 chendeckende gesetzliche Mindestlöhne lehnen wir ab.

562 • Einen hohen Stellenwert hat für uns die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Wir wollen
563 Schwarzarbeit durch mehr Kontrollen gemeinsam mit den zuständigen Behörden und
564 Kammern weiter eindämmen.

565 Gezielte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte kann einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräf-
566 temangel leisten. Grundsätzlich soll eine Zuwanderung nur in jene Wirtschaftsbereiche forciert
567 und zugelassen werden, in denen ein Fachkräftemangel besteht.

568 • Ausländische Studienabsolventen unserer Hochschulen integrieren: Die juristischen Hür-
569 den müssen beseitigt und eine deutliche Verbesserung der Bleibeoption nach dem Studium
570 geregelt werden.

571 • Mindesteinkommensgrenze für Niederlassungserlaubnis senken: Die für den Erhalt einer
572 dauerhaften Niederlassungserlaubnis notwendige Mindesteinkommensgrenze sollte von
573 66.000 Euro auf 40.000 Euro gesenkt werden.

574 • Vorrangprüfung beschleunigen: Die für Zuwanderung aus Drittstaaten verpflichtende Vor-
575 rangprüfung muss beschleunigt werden. In Bereichen, in denen der Fachkräftemangel be-
576 sonders groß ist, soll auf die Vorrangprüfung verzichtet werden.

577 • Anerkennung ausländischer Abschlüsse: Wir begrüßen, dass die Bundesregierung ein Ge-
578 setz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse auf den Weg gebracht hat. Wir wol-
579 len hier lebenden und auch zukünftigen Zuwanderern mit qualifizierten Abschlüssen die
580 Einstellung erleichtern und machen uns für eine schnellere Prüfung von ausländischen Be-
581 rufsabschlüssen stark. Dabei sollen die deutschen Berufsstandards maßgeblich bleiben.

582

583 **4.6 INNOVATIONSSTANDORT SCHLESWIG-HOLSTEIN STÄRKEN**

584 Eine moderne, zukunftsfähige Wirtschaft lebt von Innovationen und Forschung. Nur wenn wir in
585 Schleswig-Holstein auch technologisch spitze sind, können unsere Unternehmen im internationa-
586 len Wettbewerb bestehen und Arbeitsplätze schaffen.

587 Die CDU Schleswig-Holstein wird daher weiterhin die Innovationsfähigkeit des Mittelstandes ge-
588 zielt fördern. Dazu hat die CDU-geführte Landesregierung im Rahmen der Neuausrichtung des
589 ZPW auf eine verstärkte Fortsetzung der Innovationsförderung mit EFRE-Mitteln gesetzt und den
590 EFRE-Korridor um 8 Mio. Euro aufgestockt.

591 Schleswig-Holsteins mittelständische Unternehmen verfügen selten über eigene Forschungs- und
592 Entwicklungskapazitäten. Sie sind auf eine hochmoderne und effiziente öffentliche Forschungsinf-
593 rastruktur angewiesen. Der wechselseitige Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss
594 daher weiter voran getrieben werden. Mit einem aktiven Innovationsmanagement als Bindeglied
595 zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden wir den Technologietransfer stärken. Weiterhin soll
596 durch die Förderung von Innovationsassistenten die technologische Entwicklung in den Unter-
597 nehmen direkt gestärkt werden, während gleichzeitig junge Hochschulabsolventen Beschäfti-
598 gungsmöglichkeiten erhalten. Durch die Förderung von Kompetenzzentren und durch die Fortset-
599 zung der positiven Entwicklung der schleswig-holsteinischen Cluster setzen wir weiterhin auf die
600 technologieorientierten Branchen im Land.

601 So ist unter der CDU-geführten Landesregierung das Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie in
602 Itzehoe vom Land gefördert worden, um den Hochtechnologiestandort weiter aufzuwerten.

603 In Lübeck ist der Aufbau des Fraunhofer-Instituts für Marine Biotechnologie bereits in der Umset-
604 zung. In der zweiten Förderphase 2011 bis 2012 steht die stärkere internationale Vernetzung und
605 die Geschäfts- und Organisationsentwicklung bis hin zum Bezug eines eigenen Institutsgebäudes
606 im Fokus der Projekt-Aktivitäten.

607 Daneben unterstützen wir die Einrichtung einer Fraunhofer-Projektgruppe „Medizinische Bildver-
608 arbeitung“ an der Universität Lübeck durch das Fraunhofer-Institut für Bildgestützte Medizin
609 (MeVis). Innerhalb der Medizintechnik ist der gesamte Bereich der Bildgebung und -verarbeitung
610 einer der dynamischsten Wachstumsbereiche.

611 Die neu gegründete Energie und Klimaschutzgesellschaft Schleswig-Holstein wird zukünftig in
612 Zusammenarbeit mit einem von den Hochschulen getragenen Verein Projekte im Bereich Energie
613 und Klimaschutz betreiben und somit die Energiebranche technologisch unterstützen.

614

615 **4.7 SCHNELLE KOMMUNIKATION DURCH BREITBAND-AUSBAU**

616 Der Ausbau des Breitbandnetzes in Schleswig-Holstein gehört zu den zentralen Infrastrukturauf-
617 gaben bis 2020. Deshalb haben wir als erstes Bundesland ein Förderprogramm für den Breitband-
618 Ausbau aufgelegt. Um die Schaffung eines flächendeckenden Glasfasernetzes voranzutreiben, hat
619 die CDU-geführte Landesregierung im Rahmen der Breitbandstrategie die hierfür vorgesehenen
620 Mittel im laufenden Doppelhaushalt nochmals deutlich aufgestockt. Die Schaffung eines Breit-
621 band-Kompetenzzentrums sowie die Einrichtung umfassender Informations- und Beratungsange-
622 bote leisten einen wesentlichen Beitrag, um Schleswig-Holstein an die Hochgeschwindigkeits-
623 Datenautobahn anzubinden. Wir verbessern damit die schnelle Datenübertragung für Unterneh-
624 men wie auch für die Bürgerinnen und Bürger.

625

626 **5. Mobilität durch moderne Infrastruktur**

627

628 Seit der Landtagswahl 2005 hat die Schleswig-Holsteinische Landesregierung unter Führung der
629 CDU Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung auf die Stärkung unserer heimischen Verkehrsinfra-
630 struktur konzentriert. Um den Anforderungen einer modernen, auf Flexibilität und Schnelligkeit
631 angewiesenen Gesellschaft gerecht zu werden, setzt die CDU auf Kontinuität.

632

633 **5.1 GUTE STANDORTBEDINGUNGEN DURCH LEISTUNGSFÄHIGE VERKEHRSWEGE**

634 Ein gut ausgebautes, leistungsfähiges und verkehrssicheres Straßennetz ist für Schleswig-Holstein
635 Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen für Industrie und Handel. Wir
636 setzen uns für eine thematische Ausrichtung des Ausbaus des Landesstraßennetzes ein und unter-
637 stützen wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen sowie Bauvorhaben, die weitere Investitionen
638 anstoßen werden. Der von der Landesregierung vorgelegte Landesverkehrswegeplan legt den
639 Grundstein für ein leistungsfähiges Straßennetz.

640

641 • Das wichtigste Straßenbauprojekt ist der Neubau der A20 inklusive der westlichen Elbque-
642 rung, um eine leistungsfähige Autobahn als West-Ost-Achse zu schaffen und die Nordsee-
643 küste infrastrukturell besser an die Wirtschaftszentren anzubinden. In Verbindung mit der
644 Realisierung einer Elbquerung bei Glückstadt wird zudem die Verkehrsführung entlang des
645 Knotenpunktes Hamburg maßgeblich verbessert.

646 • Mit dem Bau der festen Fehmarnbeltquerung werden wir die Möglichkeiten der Ausgestal-
647 tung der Infrastruktur nutzen, Schleswig-Holstein zur Logistikkreuzung des nördlichen
648 Europas zu entwickeln. Die Entwicklung der Hinterlandanbindung von Straße und Schiene
649 an die zentralen Verkehrswege ist für uns von elementarer Bedeutung. Diesen Weg werden
650 wir in einem intensiven Dialog in Informations- und Diskussionsforen gemeinsam mit den
651 Menschen vor Ort gehen.

652

- 653 • Die A7 wird ihre Funktion als zentrale Nord-Süd-Verbindung in Zukunft optimal erfüllen
654 können, weil wir zwischen dem Autobahndreieck Bordesholm und dem Elbtunnel zusätzli-
655 che Fahrstreifen schaffen. Diesen Ausbau werden wir intensiv begleiten, damit Engpässen
656 durch wachsende Verkehrsmengen entgegengewirkt wird. Bei den notwendigen Infra-
657 strukturmaßnahmen werden wir Modelle öffentlich-privater Partnerschaft konstruktiv
658 prüfen und darauf zurückgreifen, um zusätzliches Kapital für den Ausbau nutzbar zu ma-
659 chen.
- 660 • Wir bringen einen weiteren Ausbau der A21 auf den Weg, zunächst im Sinne einer Verbes-
661 serung der Anbindung zwischen Kiel und der Anschlussstelle Wankendorf.
- 662 • Besonders betrachten wir auch weiterhin den Ausbau der Bundesstraße 5: Dreispurigkeit
663 zwischen Tönning und Husum und Ortsumgehungen nördlich von Husum. Hierfür liegen
664 2012 die baurechtlichen Genehmigungen vor; Ziel ist es, dies für den 3spurigen Ausbau bis
665 2014 zu erreichen. Weiterhin ist der Lückenschluss der B5 vorerst bis Wilster auf unserer
666 Agenda, um dem zunehmenden Verkehrsaufkommen in den Industrieraum Brunsbüttel ge-
667 recht zu werden.

668

669 **5.2 SCHIENEN-INFRASTRUKTUR MODERNISIEREN**

670 Die Schieneninfrastruktur Schleswig-Holsteins kann nur durch die Entlastung und Modernisierung
671 des Knotenpunktes Hamburg sinnvoll vorangebracht werden. Insofern werden wir uns vorrangig
672 auf einige Projekte konzentrieren, ohne das Gesamtbild aus den Augen zu verlieren.

- 673 • Beim Schienenverkehr haben wir einen Ausbau der Strecke Kiel – Lübeck im Fokus.
- 674 • Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau der S4-Strecke zwischen Hamburg und Ahrens-
675 burg ein.
- 676 • Die Schleswig-Holstein und Hamburg verbindenden Achsen weisen auch auf der Schiene
677 das höchste Verkehrsaufkommen im Land auf. Wir streben eine engere Vernetzung des
678 Schienennahverkehrs mit durchgehenden Verbindungen an.
- 679 • Schieneninfrastruktur verstehen wir auch als Entlastung der Straßenkapazitäten und als ei-
680 nen wichtigen Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele.

681 **5.3 ÖPNV STETIG OPTIMIEREN**

682 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist nicht nur für städtische Verdichtungsräume, son-
683 dern auch für die verkehrliche Erschließung und wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Rau-
684 mes von großer Bedeutung. Er wird in Schleswig-Holstein zu einem beachtlichen Teil von mittel-
685 ständisch geprägten Privatunternehmen abgewickelt.

686 Unser Ziel ist es:

- 687 • Das ÖPNV-Angebot, insbesondere im ländlichen Raum, zu optimieren.
- 688 • In städtischen Bereichen klimafreundliche Antriebsarten im Busverkehr einzusetzen.
- 689 • Den Regionalbahnverkehr besser mit dem Busverkehr zu vernetzen („Bahn und Bus aus ei-
690 nem Guss“).

691

692 **5.4 VERKEHRSHÄFEN UND –WEGE SIND ZENTRALE WIRTSCHAFTSFAKTOREN**

693 Die Ostseehäfen Lübeck, Kiel und Puttgarden sind zentrale Wirtschaftsfaktoren für Schleswig-
694 Holsteins Ostseeraum. In Kiel hat sich neben dem traditionellen Fährverkehr ein attraktiver Kreuz-
695 fahrtmarkt etabliert, der Wachstumsimpulse mit sich bringt. Brunsbüttel ist der Vorzeigehafen der
696 Westküste. Wir werden den Kooperationsprozess der Häfen der Unterelberegion und der schles-
697 wig-holsteinischen Nordseehäfen intensiv begleiten. Auf diese Weise wird die Anbindung und
698 Wertschöpfung aus dem Hamburger Hafen gestützt und genutzt und die Verfügbarkeit zum
699 Offshore-Bereich wird entwickelt. Für uns gilt es, diesen Markt zu stabilisieren.

- 700 • Den Ausbau des Lübecker Hafens zum größten deutschen Ostseehafen hat das Land mit
701 Fördermitteln von über 20 Mio. Euro unterstützt.
- 702 • Wir sehen in der Elbvertiefung und dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals mit der 5. Schlei-
703 senkammer in Brunsbüttel und der Verbreiterung im Ostteil elementar wichtige Infrastruk-
704 turmaßnahmen.

705

706 **5.5 LEISTUNGSFÄHIGER LUFTVERKEHR IM NORDEN**

707 Schleswig-Holstein verfügt über eine zukunftsfähige und ausbaufähige Luftverkehrsinfrastruktur,
708 die es gilt weiterzuentwickeln. Private Investitionen in regionale Flughäfen können Impulse für die
709 Wirtschaftsentwicklung im Land bringen.

710 • Wir werden weiterhin Investitionen in unsere Flughäfen Lübeck und Sylt unterstützen, um
711 diese bedarfsgerecht den Erfordernissen anzupassen.

712 • Wir wollen die Kooperation mit Hamburg auch im Flughafenbereich fortsetzen.

713 • Die Entwicklung des Norddeutschen Luftverkehrskonzeptes wird weitere Erkenntnisse zur
714 Option Kaltenkirchen geben. Dieses wird die CDU intensiv begleiten und im Ergebnis ana-
715 lysieren.

716

717

718 **6. Saubere Energie aus Schleswig-Holstein**

719 Mit der Energiewende wurde eine entscheidende energiepolitische Weichenstellung für Deutsch-
720 land vorgenommen. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist unabänderlich beschlossen. Die CDU
721 Schleswig-Holstein begrüßt den schrittweisen Ausstieg bis 2022 ausdrücklich.

722 Für alle am Netz verbleibenden Kernkraftwerke sind endgültige Ausstiegsjahre festgelegt. Bereits
723 die 2010 beschlossenen Energiekonzepte von Land und Bund bezeichnen die Kernenergie nur noch
724 als Brückentechnologie.

725 Bereits heute sind zwei von drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken seit fast vier Jahren
726 abgeschaltet und werden nicht wieder ans Netz gehen. Das Kernkraftwerk Brokdorf wird bis spä-
727 testens Ende 2021 vom Netz genommen.

728 Energiepolitik macht nicht an nationalen Grenzen halt. Für uns ist es keine Option, Kernenergie
729 aus anderen Ländern zu importieren. Wir werden uns zudem im Bund dafür einsetzen, dass einheit-
730 liche Stresstests mit gleichen Szenarien, gleicher Bewertung und Auswirkung in allen europäischen
731 Staaten durchgeführt werden.

732

733 **6.1 UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN BESCHLEUNIGEN**

734 Wir sind überzeugt, dass Schleswig-Holstein von dem Ausbau der Erneuerbaren Energien profitie-
735 ren wird. Die Energiewende ist die Jahrhundertchance der deutschen Küste. Schon heute nehmen
736 wir eine Vorreiterrolle beim Umstieg auf Erneuerbare Energien ein. Bereits seit dem 2010 be-
737 schlossenen Energiekonzept der CDU-geführten Landesregierung ist unser Land auf dem Weg,
738 eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Regionen der Welt zu werden.

739 Die Potentiale unserer Region müssen wir für eine nachhaltige Investition in den Wirtschafts-
740 standort Schleswig-Holstein nutzen. Schleswig-Holstein ist schon heute Energie-Exportland. Für
741 uns wird der Ausbau dieser Stellung weiterhin das Ziel sein.

742 Deshalb fordern wir: Schleswig-Holsteins soll als Energiestandort für Erneuerbare Energien eine
743 Spitzenposition in Deutschland einnehmen. Bis spätestens 2020 soll unser Land mehr Strom aus
744 Erneuerbaren Energien produzieren, als in Schleswig-Holstein verbraucht wird.

745 Dafür wollen wir:

- 746 • eine unverzügliche Fortsetzung des Ausbaus der Infrastruktur Schleswig-Holsteins für den
747 Umstieg auf Erneuerbare Energien
- 748 • die Windenergie an Land und auf dem Meer ausbauen
- 749 • eine konsequente Bürgerbeteiligung beim Netzausbau
- 750 • einen verlässlichen, sicheren, bezahlbaren und umweltfreundlichen Energiemix der Zukunft,
751 bestehend aus Windenergie, Biomasse, Geo- und Solarthermie, Wasserkraft, Photovoltaik so-
752 wie den fossilen Energieträgern Kohle und Gas.

753

754 **6.2 WINDENERGIE AUS DEM LAND ZWISCHEN DEN MEEREN**

755 Schleswig-Holstein verfügt über ausgezeichnete Bedingungen für Erneuerbare Energien. Wir wol-
756 len insbesondere das enorme Windenergiepotential nutzen und die Spitzenposition des Landes bei
757 der Windenergie erhalten.

- 758 • Mit der Verbesserung des Abstandserlasses durch die Landesregierung haben wir bereits
759 ein angestrebtes Ziel erreicht. Die mit dem Landesentwicklungsplan und den aktualisierten
760 Regionalplänen beschlossene Steigerung des Anteils an Windeignungsflächen auf 1,5 Pro-
761 zent ist eine wichtige Weichenstellung, um die Erzeugung von Windenergie deutlich stei-
762 gern zu können. Parallel zur Errichtung weiterer Windkraftanlagen an Land werden bis
763 2020 alle Windkraftanlagen mindestens einmal einem Repowering unterzogen worden
764 sein.
- 765 • Wir möchten für die Zukunft der Onshore-Windenergie bis 2015 eine Verdreifachung der
766 bislang erreichten Kapazität auf rund 9.000 Megawatt erreichen.
- 767 • Damit Windstrom zukünftig grundlast- und regelfähig gemacht werden kann, werden wir
768 die Entwicklung von notwendigen Speichertechnologien fördern. Hierzu gehören u.a.
769 Pumpspeicherkraftwerke und Druckluftspeicherwerke aber auch Technologien, wie bspw.
770 Redox-Flow-Batterien oder die Elektromobilität.

771

772 **6.3 STROMEXPORTLAND BLEIBEN –**

773 **WIRTSCHAFTSKRAFT UND ARBEITSPLÄTZE SICHERN**

774 Schleswig-Holstein ist durch unsere energiefreundliche Politik zu einem Stromexportland gewor-
775 den. Mit dem Ausbau der Offshore Parks werden weitere hohe Energiemengen über Schleswig-
776 Holstein in das europäische Netz eingespeist.

777 Die nicht regelbare und somit nicht verbrauchsgerechte Steuerung der Schwankungsbreite der
778 Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien macht Stromspeicherung erforderlich.

779 • Wir unterstützen die weitere Erforschung, Erprobung und Anwendung der Energiespei-
780 cherverfahren.

781 • Wir unterstützen die weitere Entwicklung der Wasserstoffspeicher, die die höchste Effekti-
782 vität haben.

783 • Druckluftspeicher- und Pumpspeicherverfahren werden erprobt, um mit der Anwendung
784 der neuen Technologie weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

785 • Die Fachhochschulen im Land erforschen in der Kooperation Cewind den optimierten Ein-
786 satz von Energieressourcen unter den Stichworten Smart Grids und Super Grids. Damit
787 wird das erforderliche Know-how im Land entwickelt und soll von den Unternehmen auch
788 hier eingesetzt werden.

789

790 **6.4 NETZAUSBAU VORANTREIBEN**

791 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien setzt den Ausbau der notwendigen Stromleitungen voraus.
792 Der Netzausbau hält mit der Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren Energien bereits seit vielen
793 Jahren nicht Schritt. Der beschleunigte Umstieg wird nur gelingen, wenn es bei der Netzstruktur
794 nicht mehr zu Engpässen kommt.

795 Im Herbst 2010 rief die Landesregierung gemeinsam mit Netzbetreibern, Windverbänden, Ener-
796 giewirtschaft und Kommunen die Netzentwicklungsinitiative ins Leben. Bereits zu diesem Zeit-
797 punkt wurde ein deutlicher Ausbaubedarf der Netze konkretisiert. Sie prognostizierten, dass in den
798 nächsten Jahren Höchstspannungsleitungen auf 380 Kilovolt-Ebene von über 500 km allein in

799 Schleswig-Holstein erforderlich sein werden, um den Windstrom über Nord-Süd-Trassen abzulei-
800 ten.

801 • Wir fordern deshalb einen beschleunigten Ausbau der Netze.

802 • Für den Energietransport in den Süden Deutschlands ist zudem der Ausbau von HGÜ-
803 Leitungen notwendig. Dafür brauchen wir Korridore mit einem beschleunigten Plan-
804 feststellungsverfahren.

805 • Für die Umsetzung ist es wichtig, dass der Netzausbau nicht an den Landesgrenzen endet.
806 Wir setzen uns für bundeseinheitliche Standards ein.

807 • Wir unterstützen den Einsatz der Landesregierung beim Bund für ein beschleunigtes län-
808 derübergreifendes Raumordnungsverfahren.

809 • Wir unterstützen das Projekt NORD.LINK. Das Seekabel schafft die Grundlage für einen
810 Netzverbund der Windenergie Norddeutschlands mit den Wasserkraftwerken Norwegens.

811

812 **6.5 KONSEQUENTE BÜRGERBETEILIGUNG**

813 Die CDU Schleswig-Holstein macht sich dafür stark, dass der Prozess des Netzausbaus von einer
814 konsequenten Bürgerbeteiligung begleitet wird.

815 • Im Rahmen der Netzentwicklungsinitiative hat die Landesregierung einen konkreten Fahr-
816 plan mit Netzbetreibern und Kommunen vereinbart. Dieser sieht einen Dialog über mögli-
817 che Standorte für Umspannwerke und neue Leitungen vor. Im Herbst 2011 werden die Er-
818 gebnisse landesweit im Rahmen von öffentlichen Regionalkonferenzen vorgestellt und er-
819 gebnisoffenen diskutiert.

820 • Wir unterstützen die Einrichtung von regionalen Dialogforen, in denen die Bürgerinnen
821 und Bürger unter Leitung eines unabhängigen Moderators mit den Projektbeteiligten ei-
822 nen offenen und transparenten Dialog auf Augenhöhe führen.

823

824 **6.6 ENERGIEMIX DER ZUKUNFT**

825 Die CDU Schleswig-Holstein macht sich für eine verantwortungsvolle Energiepolitik stark. Für uns
826 sind die Faktoren Verfügbarkeit, Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit im Hinblick
827 auf die Zukunft der schleswig-holsteinischen Energieversorgung von fundamentaler Bedeutung für
828 ein energiepolitisches Gesamtkonzept.

829 • Um die Volatilität vor allem der Windenergieerzeugung auszugleichen, ist es auch in Zu-
830 kunft erforderlich, die bislang schon bestehenden Flexibilitäten im Kraftwerkspark auszu-
831 schöpfen und weiter zu optimieren. Wir setzen weiterhin auf einen Energiemix, der zukünf-
832 tig auf Kernenergie verzichtet und im Schwerpunkt auf die Erneuerbaren Energieträger
833 Windenergie, Biomasse, Geo- und Solarthermie, Wasserkraft und Photovoltaik setzt.

834 • Wir setzen uns für diese Arten der Energiegewinnung ein, da dadurch eine enorme Wert-
835 schöpfung für die heimische Industrie und das Handwerk möglich ist. Der Energiemix der
836 Zukunft stärkt die Kommunen sowie die Stadtwerke und schafft neue Arbeitsplätze in der
837 Region.

838 • Wir setzen neben der Windkraft auf gebäudeintegrierte Energieerzeugung. Die vorhande-
839 nen Systeme wie Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie, Mini KWL und Kleinblockheiz-
840 kraftwerke sind eine weitere Säule in Bezug auf regenerative Energien. Eine dezentrale
841 Energieerzeugung durch Sanierung und Neubau von Gebäuden im Wohn- und Industriebe-
842 reich sind weitere Eckpfeiler zur Energiegewinnung.

843 • Um den Kernausstieg zu beschleunigen, wird es zunächst erforderlich sein, mehr fossile
844 Energieträger zu verstromen. Deshalb werden wir in einer längeren Übergangszeit auf Koh-
845 le und Gas nicht verzichten können. In diesem Fall soll die Kraftwerkstechnologie verwen-
846 det werden, die den höchsten Wirkungsgrad erreicht und Umwelt und Klima am besten
847 schützt. Wir unterstützen die Ansiedelung eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel und prü-
848 fen Optionen auf Integration von Gaskraftwerkssystemen am Standort.

849 • Die CDU Schleswig-Holstein lehnt die Erprobung der CCS-Technik gegen den Willen der
850 Bevölkerung auch zukünftig strikt ab. Die Landesregierung hatte sich beim Bund erfolg-
851 reich für eine Länderklausel mit Veto-Recht im CO₂-Speicher-Gesetz eingesetzt, das von
852 den SPD-geführten Ländern gestoppt wurde. Wir werden auch zukünftig alles tun, um CCS
853 in Schleswig-Holstein zu verhindern.

854 **6.7 OFFSHORE-HÄFEN SICHERN POTENTIALE**

855 Schleswig Holstein ist das Energieland in Deutschland, das bereits früh auf erneuerbare Energie,
856 vor allem aus Windkraft, gesetzt hat. Es gilt, dieses Potential weiter auszubauen und die Chancen
857 der Offshore Standorte in der Nordsee für die Wirtschaft des Landes sinnvoll zu nutzen. Die CDU
858 Schleswig-Holstein hat im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung die Rahmenbedingungen für
859 das Entstehen von ca. 8.000 Arbeitsplätze in den Firmen des Windenergiesektors geschaffen.

860 Schleswig-Holstein ist prädestiniert, die Offshore Standorte in Nord- und Ostsee von den Häfen
861 aus zu versorgen. Von 2012 bis 2014 sollen 7 Offshore Windparks mit einem Investitionsvolumen
862 von ca. 7 Mrd. Euro in der Nordsee errichtet werden. Damit ergeben sich große wirtschaftliche
863 Chancen für unsere küstennahen Wirtschaftsstandorte.

864 • Wir begrüßen die Bereitschaft der CDU-geführten Landesregierung, Investitionen in den
865 Bauhafen und den Produktionsstandort Brunsbüttel zu unterstützen, der durch seine ex-
866 ponierte Lage am Schnittpunkt der Elbmündung und dem Nord Ostsee Kanal geeignet ist,
867 Großkomponenten zu verladen.

868 • Wir werden den Servicestandort Helgoland ausbauen und damit im Zentrum der Wind-
869 parks ein Angebot für die Betreiberfirmen schaffen.

870 • Wir unterstützen die Häfen an der Westküste bei den Verhandlungen mit den Offshore
871 Windparkbetreibern. Dabei haben der Ausbau der Häfen Helgoland und Büsum als Service-
872 und Reaktionshafen für offshore und des Hafens Brunsbüttels als Produktionsstätte für
873 Großkomponenten für uns Priorität

874

875

876 7. Bildung

10001 7.1 Aufstieg durch Bildung

10002 Jungen Menschen soll im Rahmen ihrer Fähigkeiten ermöglicht werden, ein selbstständiges und
10003 chancenreiches Leben zu führen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.

10004 Gute Bildung legt das Fundament für unsere Zukunft. Wir gehen dabei von einem ganzheitlichen
10005 Menschenbild aus, bei dem jeder Einzelne mit seinen Fähigkeiten im Mittelpunkt steht. Die Teilha-
10006 be Aller an Bildung und Ausbildung ist für die CDU ein Gebot der Chancengerechtigkeit. Deshalb
10007 ist es unser Ziel, beruflichen und persönlichen Erfolg und Aufstieg durch qualifizierte Bildung zu
10008 ermöglichen. Neben einer breiten Allgemeinbildung soll Schule auch Werte vermitteln und zur
10009 Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler beitragen. Wir wollen, dass den Schüle-
10010 rinnen und Schülern möglichst vielfältige Anschlussmöglichkeiten für eine fundierte Bildung und
10011 Weiterbildung eröffnet werden. Sie sollen zu gesellschaftsprägenden, an Kultur, Ethik und Religion
10012 interessierten Menschen werden. Sie entwickeln Lebensfreude und Motivation ihren europäischen
10013 und globalen Lebensraum im Sinne der Nachhaltigkeit verantwortlich mitzugestalten.

10014 Unsere Kernziele für gute Bildung:

10015 • Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stehen die Schülerinnen und Schüler. Sie sollen
10016 Freude am Unterricht haben, Begeisterung fürs Lernen entwickeln und möglichst früh ent-
10017 sprechend ihrer Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Bei der Förderung behinder-
10018 ter Kinder steht die Individualität eines jeden Kindes im Mittelpunkt. Kinder mit Migrati-
10019 onshintergrund müssen sich besser integrieren können. Am Ende der Grundschulzeit müs-
10020 sen Kinder lesen können. Sprachbildung muss durchgängiges Unterrichtsprinzip sein. Wir
10021 wollen, dass die Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erreichen und einen Ausbil-
10022 dungsplatz, einen Studienplatz oder einen weiterführenden Schulplatz finden.

10023

10024 • Wir setzen uns für vorschulische Bildung, gute Unterrichtsversorgung und eine hohe Quali-
10025 tät des Unterrichts ein. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, Eltern und Kinder in Kinder-
10026 tagesstätten und Schulen sollen eng zusammenarbeiten. Wir setzen uns für eine fundierte
10027 fachliche und praxisorientierte Erzieher- und Lehreraus- und -fortbildung ein. Die Schulso-
10028 zialarbeit wollen wir weiter ausbauen, insbesondere an sozialen Brennpunkten.

10029

10030 • Qualität hat Vorrang: Deswegen setzen wir uns ein für eine Kontinuität der von Gymnasien
10031 und Regional- und Gemeinschaftsschulen geprägten Schulstrukturen. Wir wollen Ganztags-
10032 angebote weiter ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulabschlüsse und Leis-
10033 tungsnachweise bundesweit vergleichbar werden.

10034 Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft insgesamt vor große Aufgaben. Das gilt ganz
10035 besonders für die Bildungspolitik. Die Schülerzahlen werden regional unterschiedlich sinken. Für
10036 unsere Schulen heißt das ganz konkret: Im Jahr 2020 gibt es in Schleswig-Holstein 56.000 Schul-
10037 kinder weniger. Das bedeutet, dass es in zehn Jahren bei durchschnittlich 25 Kindern pro Klasse
10038 rechnerisch 2.500 Schulklassen weniger geben wird.

10039 Unsere Bildungspolitik muss sich deshalb neuen Entwicklungen und Herausforderungen stellen,
10040 um unser Schulsystem für die kommenden Jahrzehnte leistungsfähig zu erhalten:

10041 Wir wollen in erreichbarer Nähe alle Bildungsabschlüsse vorhalten.

10042 Wir wollen, dass unsere Schulabsolventen in allen Regionen, sowohl im nationalen als auch im
10043 internationalen Vergleich, bestehen.

10044 Die CDU stellt sich diesen Herausforderungen offensiv. Dafür gilt es, pragmatische Lösungen zu
10045 finden. Die Landespolitik wird Rahmenbedingungen schaffen, um auf diese Herausforderungen
10046 passende Lösungen vor Ort zu finden.

10047

10048 **7.1.1 FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND GRUNDSCHULE ALS EINHEIT SEHEN**

10049 Geburtenrückgang und Überalterung der Gesellschaft sind eine fortschreitende Entwicklung und
10050 verändern das Geschlechter- und Generationenverhältnis. Sie fordern auch die Bildungssysteme
10051 heraus. Gesellschaftliche und familiäre Strukturveränderungen und daraus resultierende Heraus-
10052 forderungen veranlassen die CDU Schleswig-Holstein, neue Bildungskonzepte in der frühkindli-
10053 chen Bildung zu entwickeln. Nach unserer Auffassung stellt Bildung einen sozialen Prozess dar, der
10054 von Eltern und Familien sowie Fach- und Lehrkräften gestaltet wird. Ein solches Verständnis von
10055 Bildung stellt das Kind in seiner individuellen Entwicklung in den Mittelpunkt, nicht mehr die je-
10056 weilige Institution. Folglich ist zu hinterfragen, ob die Organisation des derzeitigen Bildungsver-
10057 laufs mit den klassisch gewachsenen Einrichtungen Kita und Grundschule den Anforderungen mo-
10058 derner Bildung gerecht wird. Kindertagesstätten und Grundschulen sollen zukünftig als eine Ein-

10059 heit betrachtet werden. Die CDU führt hierfür die Bezeichnung Primarbereich ein und wird einen
10060 Bildungsleitfaden erstellen, an dem sich sowohl Erzieherinnen und Erzieher, Tagespflegepersonal,
10061 Lehrkräfte und auch Eltern orientieren können. Er soll eine Hilfe für die Erziehung und Bildung von
10062 Kindern sein.

10063 Der Primarbereich legt das Fundament für den Bildungserfolg unserer Kinder.

10064

10065 Ziele hierbei sind:

10066 • Jedes Kind soll in seiner Persönlichkeit, seiner Entwicklung und seinen individuellen Lern-
10067 voraussetzungen begleitet werden. Elternhaus, Krippe, Kita und Grundschule arbeiten ko-
10068 operierend. Hierdurch erhalten die Kleinsten bis zur Beendigung der Grundschule eine
10069 kontinuierliche Bildungsbiografie.

10070 • Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte arbeiten Hand in Hand, verzahnen ihre Bil-
10071 dungsangebote und verfolgen gemeinsam Bildungsziele. Zu einer verbesserten Teament-
10072 wicklung tragen auch gemeinsame Fortbildungen von Erzieherinnen und Erziehern sowie
10073 Lehrkräften bei.

10074 • Qualifizierte Fachkräfte leisten eine wichtige Arbeit in unserer Gesellschaft. Die sich ver-
10075 ändernden Anforderungen an das Bildungssystem müssen Eingang finden in die Ausbil-
10076 dung der Fachkräfte. Der Primarbereich muss auch für männliche Pädagogen attraktiver
10077 gestaltet werden.

10078 • Es ist zunehmend erforderlich, auf den kulturellen und sozialen Hintergrund der Kinder
10079 einzugehen. Hierbei ist die Sprachentwicklung ein zentrales Thema. Deshalb muss Sprach-
10080 bildung ein durchgängiges Prinzip sein. Eine intensive Bildungs- und Erziehungspartner-
10081 schaft mit dem Elternhaus schafft Voraussetzungen für gegenseitiges Verständnis und gibt
10082 Hilfestellung. Davon sollen die Kinder profitieren.

10083 • Ein gesundes System braucht eine solide Finanzierung. Das Geflecht der Vielzahl der
10084 Finanzierer und Zuschussgeber verhindert eine Transparenz der Finanzierungsströme und
10085 -anteile. Eine durchgängige Finanzierung würde Klarheit schaffen und insbesondere den
10086 Verwaltungsaufwand auf mehreren Ebenen enorm reduzieren. Wir benötigen eine landes-

10087 weit einheitliche Sozialstaffel, mit dem Ziel möglichst vielen Kindern unabhängig vom Ein-
10088 kommen ihrer Eltern den Besuch einer KiTa zu ermöglichen.

10089

10090 **Grundschule**

10091 • Die CDU hat durchgesetzt, dass in der Schuleingangsuntersuchung eine Bewertung des
10092 Sprachstandes aller Kinder erfolgt. Bei festgestellten Defiziten erhalten die Kinder eine
10093 Sprachintensivförderung. Durch die landesweite Erteilung des Fachunterrichts in Englisch
10094 in der 3. und 4. Klasse erleichtern wir den Spracherwerb und verbessern die Unterrichts-
10095 qualität. Wir stellen erstmalig Mittel für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen zur
10096 Verfügung, um bereits in den ersten Jahren Erziehungsproblemen entgegenwirken zu kön-
10097 nen. Die CDU will in erreichbarer Nähe ein Angebot an Grundschulen gewährleisten, daher
10098 haben wir den Schulträgern die Möglichkeit gegeben, auch wieder Grundschulverbände
10099 bilden zu können. Sowohl mit dem Kindertagesstättengesetz als auch mit dem Schulgesetz
10100 haben wir die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, durch einen reibungslosen Über-
10101 gang von den Kindertagesstätten auf die Schulen von Beginn an individuelle Fördermög-
10102 lichkeiten zu nutzen.

10103 • Die Grundschule schafft die Lernvoraussetzungen für die weiterführenden Schulen. Dazu
10104 brauchen die Kinder eine Einschätzung ihrer Leistungen und ihres Wissens. Sie wollen wis-
10105 sen, wo sie stehen. Deshalb halten wir unsere Forderung nach Leistungszeugnissen auf-
10106 recht.

10107 • Einhergehend mit der Einführung von Standards für sonderpädagogischen Förderbedarf
10108 sollen Förderzentren für alle Förderbereiche ab der 1. Klasse für eine bestmögliche Förde-
10109 rung sorgen. Dies setzt eine Professionalisierung zur Feststellung von sonderpädagogi-
10110 schem Förderbedarf voraus.

10111

10112 **7.1.2 KONTINUITÄT DER SCHULSTRUKTUREN**

10113 Die Schulen in Schleswig-Holstein müssen die Möglichkeit haben, ihre jetzt erarbeiteten Konzepte
10114 auch zu leben. Das heißt für uns: Wir stehen für die Kontinuität der jetzt erreichten Schulstrukt-
10115 ren mit den beiden Säulen Gymnasium und Regional- und Gemeinschaftsschulen. Wir wollen uns

10116 auf die Inhalte von Unterricht und Lehrplänen konzentrieren und die Lehrerausbildung an den Be-
10117 dürfnissen der Schularten ausrichten.

10118

10119 **7.1.3 SELBSTSTÄNDIGE SCHULE**

10120 Die CDU Schleswig-Holstein ist davon überzeugt, dass unsere Schulen am besten einschätzen kön-
10121 nen, wie ihre Schülerinnen und Schüler eine optimale Förderung erhalten und wie diese an ihrer
10122 Schule erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Einführung der Selbstständigen Schule ist deshalb
10123 ein richtiger Schritt. Wir wollen, dass Schulen Unterricht, Erziehung und Schulleben eigenverant-
10124 wortlich weiterentwickeln. Insbesondere in den Handlungsfeldern Unterrichts- und Schulentwick-
10125 lung sowie Organisation werden wir den Schulen mehr Gestaltungsräume geben. Dazu gehört ein
10126 System der Qualitätssicherung, das eine interne und externe Evaluation umfasst.

10127 • Wir haben die ersten Schritte zum Bürokratieabbau gemacht, indem z.B. das Ineffiziente
10128 Evaluierungsinstrument EVIT und die prophylaktischen Prüfungen an den Schulen einge-
10129 stellt wurden.

10130 • Mit dem neuen Schulgesetz entscheiden die Schulen selbstverantwortlich über den Einsatz
10131 von Lernplänen, die Gestaltung von Zeugnissen und die Unterrichtsorganisation oder die
10132 Durchführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichtes.

10133 • Zukünftig legen die Schulen in ihren Schulprogrammen verbindlich die pädagogische und
10134 organisatorische Ausrichtung ihrer Schule fest.

10135 • Die Möglichkeit der Wiederholung von Klassenstufen soll erweitert werden und in der
10136 Kompetenz der Klassenkonferenzen liegen.

10137 • Mittel für Weiterbildung und Ermäßigungsstunden sollen von den Schulen selbst verwaltet
10138 werden.

10139 • Schulleitungen sollen bei der Personalplanung und –zuweisung besser eingebunden wer-
10140 den.

10141 • Unter Einbindung der Schulaufsicht wird ein System zur Qualitätssicherung erarbeitet.

- 10142 • Um gute Beispiele zu unterstützen, wollen wir einen Schulpreis „Selbstständige Schule“
10143 ausschreiben.

10144

10145

10146 **7.1.4 GYMNASIUM UND REGIONAL- UND GEMEINSCHAFTSSCHULE –**

10147 **FESTE BESTANDTEILE IN UNSERER BILDUNGSLANDSCHAFT**

10148

10149 ***Gymnasium***

10150 Die Gymnasien sind eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Unsere Abiturientinnen und
10151 Abiturienten sollen im nationalen und internationalen Vergleich bestehen können.

10152 Deshalb sorgt die CDU auch weiterhin dafür, dass das Gymnasium als fester Bestandteil in unserer
10153 Bildungslandschaft erhalten bleibt.

10154 Wir treten ein für den G8-Bildungsgang an den Gymnasien. Neben der Tatsache, dass Schülerinnen
10155 und Schüler durch eine verkürzte Schulzeit eher ins Berufsleben starten können, ist in allen deut-
10156 schen Bundesländern und auch in den europäischen Staaten das Abitur nach acht Jahren Standard.
10157

10158 Durch die Korrekturen an der verfehlten Umsetzung des G8-Bildungsgangs durch die SPD haben
10159 wir jetzt die Weichen zu dessen Erfolg gestellt. Die Unterrichtsbelastung in der Orientierungsstufe
10160 wurde so verringert, dass die Ganztagsbeschulung auf einen Tag in der Woche reduziert werden
10161 kann. Die G8-Gymnasien sind in die Förderung durch das Ganztagsschulprogramm aufgenommen
10162 worden. Darüber hinaus haben wir für das Schuljahr 2010/11 180 zusätzliche Planstellen für Gym-
10163 nasien bereitgestellt. So werden Doppelbesetzungen für eine intensive Förderung im Unterricht
10164 ermöglicht.

10165

10166 Die genannten Maßnahmen führen insgesamt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler im Durch-
10167 schnitt 32 Wochenstunden Unterricht haben werden. Für die Oberstufe wurde die Unterrichtsbe-
10168 lastung gesenkt. Neben den verpflichtenden Profil gebenden Fächern gibt es eine größere Wahl-
10169 freiheit. Deren Ausgestaltung ist Aufgabe der Schule.

10170 Die Anzahl der Prüfungsfächer im Abitur wurde auf vier verpflichtende Prüfungsfächer reduziert.
10171 Ein fünftes Prüfungsfach ist wahlweise möglich.

10172 Die CDU wird:

10173 • das Gymnasium weiter stärken. Das Gymnasium bleibt der Ort, an dem Schülerinnen und
10174 Schüler in einem durchgängigen Bildungsgang durch eine vertiefte allgemeine Bildung auf
10175 den Besuch einer Hochschule vorbereitet werden,

10176 • die Studierfähigkeit unserer Gymnasiastinnen und Gymnasiasten generell erhöhen und
10177 Studienabbrüchen erfolgreich entgegenwirken,

10178 • sich dafür einsetzen, dass auch in G8 Auslandsschuljahre anerkannt werden können.

10179

10180 ***Regional- und Gemeinschaftsschule***

10181

10182 Nach den massiven Umstrukturierungen unserer Schullandschaft brauchen unsere Schulen Zeit
10183 und Ruhe, um vernünftig arbeiten zu können. Regional- und Gemeinschaftsschulen sollen langfris-
10184 tig zu einer Schulart zusammenwachsen, mit dem Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler die
10185 Chance haben, alle Schulartabschlüsse zu erreichen.

10186 Für die Weiterentwicklung haben wir den Schulen weniger zentrale Vorgaben vorgeschrieben. Die
10187 bestehenden Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen haben größere organisatorische Freiheit
10188 vor Ort und mehr pädagogische Differenzierungsmöglichkeiten. Den unterschiedlichen Leistungs-
10189 fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern kann sowohl durch Unterricht in binnendifferenzierter
10190 Form als auch in Leistungsgruppen sowie in abschlussbezogenen Klassen entsprochen werden.

10191 • An den Regional- und Gemeinschaftsschulen soll die Einrichtung einer Oberstufe geprüft
10192 werden, wenn für diese Oberstufe mindestens eine Zweizügigkeit dauerhaft gewährleistet
10193 ist. Dabei ist Voraussetzung, dass bereits bestehende Oberstufen an Gymnasien und be-
10194 rufsbildenden Schulen keine ausreichenden Kapazitäten haben, um diese Schülerinnen und
10195 Schüler aufzunehmen.

10196 • Der Übergang von einer Regional- und Gemeinschaftsschule in die Oberstufe eines Gym-
10197 nasiums oder einer beruflichen Schule ist reibungsloser zu gestalten.

10198 **7.1.5 BERUFLICHE SCHULEN LAUFEND MODERNISIEREN**
10199 **UND NOCH FLEXIBLER MACHEN**

10200 Die Beruflichen Schulen als Brücke zu höherwertigen Schulabschlüssen, zum Arbeitsmarkt und
10201 direkter Partner der ausbildenden Wirtschaft. Sie müssen deswegen auf dem technisch neuesten
10202 Stand sein und den Schülerinnen und Schülern moderne Lernbedingungen vorhalten und laufend
10203 erneuert werden. Um regionale Besonderheiten besser in die Weiterentwicklung der Beruflichen
10204 Schulen einbeziehen zu können, wird ihre Eigenständigkeit und Selbstverantwortung weiter aus-
10205 gebaut. Als regionale Berufsbildungszentren eröffnen sich ihnen neue Wege, in Abstimmung mit
10206 regionalen Partnern bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungs-
10207 angebote zu gestalten.

10208 Dabei ist die Wirtschaft einer der wichtigsten Kooperationspartner.

10209 **7.1.6 BERUFLICHE GYMNASIEN ALS OBERSTUFE DER SCHULEN**
10210 **DES SEKUNDABEREICHS I**

10211 Die Oberstufen der beruflichen Schulen erweitern mit alternativen Profilen die Möglichkeiten, das
10212 Abitur zu erreichen und sind damit eine Ergänzung der Oberstufen an den Gymnasien. Dieser Weg
10213 zum Abitur ist bei den leistungsstarken Schulabgängern mit mittlerem Bildungsabschluss und de-
10214 ren Eltern sehr beliebt und ist eine willkommene Alternative zu den achtjährigen Gymnasien und
10215 dem Abitur nach 12 Jahren. Er sichert die Durchlässigkeit des gesamten Schulsystems und wird
10216 auch in der Wirtschaft sehr geschätzt. Rund 30% der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-
10217 Holstein legen derzeit ihr Abitur an den beruflichen Gymnasien ab. Zudem bieten sie mit ihren
10218 vielfältigen Bildungsgängen flexible und durchlässige Wege zu allen Bildungsabschlüssen. Über
10219 diese Möglichkeiten sollen die Eltern beim Übergang der Schüler von der Grundschule in die Se-
10220 kundarstufe I rechtzeitig und umfassend informiert werden. Die Zahl der Klassen am Beruflichen
10221 Gymnasium und die angebotenen Fachrichtungen werden deswegen bedarfsgerecht schrittweise
10222 erhöht.

10223

10224 ***Fit machen für Europa***

10225 Auch in den Beruflichen Schulen müssen die Schülerinnen und Schüler letztlich für den europäi-
10226 schen Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Dazu gehören sowohl mehr bilinguale Unterrichtsangebo-
10227 te und mehr Sprachunterricht (z.B. Dänisch) als auch die Ausweitung des Lehrlingsaustausches und

10228 der Zahl der Auslandspraktika. Mittelfristiges Ziel ist es, den Lehrlingsaustausch zu verdoppeln.
10229 Darüber hinaus werden mehr grenzüberschreitende Bildungsgänge (z.B. mit DK) entwickelt. Ein
10230 Auslandsaufenthalt in der Lehrerausbildung soll ermöglicht werden.

10231

10232 **7.1.7 SCHULAUF SICHT NEU STRUKTURIEREN**

10233 Die CDU setzt sich für den Abbau von doppelten Strukturen in der Schulaufsicht ein. Die obere
10234 Schulaufsicht für die schulamtsgebundenen Schulen entfällt, die Kompetenzen werden auf die
10235 Schulämter übertragen, die zukünftig als Verbindungsstellen zwischen Ministerium, den Schulen
10236 und der Elternschaft agieren und so die Aufgaben der Schulaufsicht bürger- und schulnah wahr-
10237 nehmen.

10238 Obere Schulaufsicht beschränkt sich auf die Aufsicht beruflicher Schulen und der Gymnasien sowie
10239 darauf, grundsätzliche Leitlinien zur Schulentwicklung und Qualitätsverbesserung an Schulen zu
10240 entwickeln, umzusetzen und die Schulämter in dienstrechtlichen Fragen zu beraten.

10241

10242 **7.1.8 BILDUNG UND WIRTSCHAFT – EIN MODELL FÜR DIE ZUKUNFT**

10243 Junge Menschen brauchen Lebenschancen und die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Nach-
10244 wuchskräfte. Um die Ausbildungsreife der Schulabgänger sicherzustellen und allen jungen Men-
10245 schen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, muss die Berufsorientierung zugleich Lebensorien-
10246 tierung sein, in das gesamte Unterrichtsgeschehen ab Klasse 7 integriert sein und konzeptionell
10247 verbessert werden. Darüber hinaus müssen die allgemein bildenden und die berufsbildenden Schu-
10248 len systematisch zusammenarbeiten. Von der Möglichkeit der Teilqualifizierung und der gestuften
10249 Ausbildung soll stärker Gebrauch gemacht werden. Mit mehr individueller Betreuung und Förde-
10250 rung soll der Anteil der Berufsausbildungsabbrecher mittelfristig halbiert werden. Hierzu wird die
10251 Schulsozialarbeit an den Beruflichen Schulen ausgebaut und die Sprachförderung für Migranten
10252 durch Sprachkurse an den Beruflichen Schulen erweitert. Die bewährten Ausbildungsgänge an den
10253 Berufsfachschulen werden bedarfsgerecht ausgebaut.

10254

10255 **7.1.9 SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT BEREICHERN UNSER BILDUNGSSYSTEM**

10256 Die CDU Schleswig-Holstein misst den Schulen in freier Trägerschaft eine hohe Bedeutung zu. Wir
10257 verstehen unsere Privatschulen nicht als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen, sondern sehen in
10258 ihnen eine Bereicherung des Bildungsangebotes in unserem Land.

10259 Wir haben erreicht, dass die Wartefrist bis zum Einsetzen der staatlichen Bezuschussung für Schu-
10260 len in freier Trägerschaft auf zwei Jahre verkürzt wird. Ferner haben wir erwirkt, dass es keine Zu-
10261 schusskürzung für die Schuljahre 2011/2012 und 2012/2013 geben wird.

10262 • Wir werden uns auch in Zukunft für die Unterstützung und Förderung der Schulen in freier
10263 Trägerschaft einsetzen.

10264 • Die CDU Schleswig-Holstein tritt für ein überarbeitetes und transparentes Finanzhilfesys-
10265 tem ein.

10266

10267 **7.1.10 GANZTAGSSCHULE: VERLÄSSLICHER RAHMEN FÜR KINDER UND ELTERN**

10268 Eine ganztägige Betreuung eröffnet allen Schülerinnen und Schülern die Chance, sich mithilfe ei-
10269 nes differenzierten Bildungs- und Erziehungsangebots in ihrer Persönlichkeit und in ihren Fähigkei-
10270 ten weiterzuentwickeln. Ganztagschulen geben Eltern und Kindern einen verlässlichen Rahmen,
10271 durch den Schule eine andere pädagogische Qualität erhält. Damit mehr Schülerinnen und Schüler
10272 von diesem Angebot profitieren können, wurden mit der CDU die Betriebskostenzuschüsse für
10273 Offene Ganztagschulen auf 19,8 Millionen Euro erhöht.

10274

10275 Die Bevorzugung einzelner Schularten haben wir beendet. Das Ganztagsschulprogramm ist auch
10276 auf die Gymnasien ausgeweitet worden.

10277 Inzwischen gibt es 15 gebundene Ganztagschulen in Schleswig-Holstein.

10278 • Es soll an allen Schularten in zumutbarer Entfernung ein echtes Ganztagsangebot entwi-
10279 ckelt werden, das über die reine Betreuung der Kinder nach Unterrichtschluss hinausgeht.

10280 • Für die Einführung von weiteren Ganztagschulen fordern wir ein pädagogisches Konzept.

- 10281 • Die Ganztagschulen sollen lokal eng mit vorhandenen Verbandsstrukturen und Einrich-
10282 tungen der Jugendhilfe zusammenarbeiten.

10283 **7.1.11 SCHULSOZIALARBEIT –**
10284 **EINE ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN IN UNSEREN SCHULEN**

10285 Gesellschaftliche Fehlentwicklungen stellen uns vor die Herausforderung, vermehrt Erziehungs-
10286 probleme in den Schulen aufzufangen. Daher hat die CDU-geführte Landesregierung erstmalig
10287 Mittel für die Schulsozialarbeit in den Grundschulen bereitgestellt. Darüber hinaus setzen wir uns
10288 für die Schulsozialarbeit an allen Schulen ein. Dabei unterstützt uns die Bundesregierung mit er-
10289 heblichen Mitteln.

10290

10291 **7.1.12 TEILHABE DURCH BILDUNG UND INKLUSION**

10292 Bei der Förderung von Kindern mit Behinderung leitet uns das Ziel uneingeschränkter Teilhabe
10293 (Inklusion). Dabei steht die Individualität eines jeden Kindes im Mittelpunkt. Daran muss sich die
10294 Förderung orientieren. Die Heilpädagogischen Kindertagesstätten und die Förderzentren über-
10295 nehmen die wichtige Aufgabe, den speziellen Bedürfnissen von Kindern mit Behinderung sowohl
10296 integrativ als auch als eigener Lernort gerecht zu werden.

10297 Wir setzen die Forderungen der UN-Behindertenkonvention im Sinne der Schülerinnen und Schü-
10298 ler mit Behinderung um. Inzwischen werden in Schleswig-Holstein rund 50% der Kinder und Ju-
10299 gendlichen mit Behinderung integrativ in Kindertagesstätten und Regelschulen betreut und be-
10300 schult. Das Prinzip der Inklusion wurde im Schulgesetz verankert.

10301 Die CDU setzt sich dafür ein:

- 10302 • die Arbeit in den heilpädagogischen Kindertagesstätten fortzuführen;
- 10303 • die integrative Betreuung und Beschulung in Kindertagesstätten und Schulen weiter zu un-
10304 terstützen;
- 10305 • dass Förderzentren auch weiterhin Lernorte für Kinder mit Behinderung sind, die die inten-
10306 sive Förderung durch Sonderpädagogen in der Kleingruppe bieten. Darüber hinaus sollen
10307 die Förderzentren in Zusammenarbeit mit den Regelschulen Modelle für Kompetenzen-

10308 tren entwickeln, in denen Kinder mit und ohne Behinderung beschult werden.
10309

10310 **7.1.13 HOCHBEGABTEN EINE CHANCE GEBEN**

10311 Jedes Kind hat ein Recht darauf, seinen Begabungen entsprechend gefördert zu werden; deshalb
10312 umfasst das Prinzip der individuellen Förderung für die CDU Schleswig-Holstein auch die Förde-
10313 rung von hochbegabten Kindern.

10314 In dieser Legislaturperiode wurde die Hochbegabtenförderung in erheblichem Maße ausgebaut. Es
10315 stehen Kompetenzzentren zwischen Kita und Grundschule zur Verfügung und in jeder Region gibt
10316 es ein Gymnasium, das sich der Hochbegabtenförderung annimmt. Auch die Mittel im Haushalt für
10317 diese Maßnahmen wurden deutlich erhöht. Die Hochbegabtenförderung wurde ins Schulgesetz
10318 aufgenommen.

10319 • Die CDU setzt sich dafür ein, dass im gesamten Land „Hochbegabtenklassen“ und „Kompe-
10320 tenzzentren zur Hochbegabtenförderung“ schrittweise eingeführt werden.

10321 • Einhergehen müssen diese Maßnahmen mit der entsprechenden Aus- und Fortbildung un-
10322 seres Lehrpersonals. An jeder Grundschule muss es eine speziell ausgebildete Diagnostik-
10323 Fachkraft für Hochbegabung geben.

10324 In den nächsten Jahren soll außerdem die Zusammenarbeit in der Hochbegabtenförderung zw-
10325 ischen den Schulen und Universitäten in Schleswig-Holstein ausgebaut werden.

10326

10327 **7.1.14 LEBENSLANGES LERNEN IST WICHTIGER DENN JE**

10328 Um das lebenslange Lernen zu fördern, werden an den Schulen die Aus-, Fort- und Weiterbildung
10329 besser verzahnt, die Fachschulangebote erweitert und das Nachholen von Berufsabschlüssen stär-
10330 ker als bisher ermöglicht. Dazu gehört auch, dass die Anschlüsse verbessert und erworbene Vor-
10331 kenntnisse und Kompetenzen systematisch auf ein Hochschulstudium angerechnet werden. Das
10332 erfolgreiche triale Modell (Betrieb-Berufsschule-Hochschule) wird ausgebaut und auf weitere ge-
10333 eignete Ausbildungsberufe übertragen. Auch soll die Doppelqualifizierung Abitur plus Berufsaus-
10334 bildung in dafür geeigneten Berufen eingeführt werden.

10335

10336 **7.1.15 KONFESSIONELLEN RELIGIONSUNTERRICHT STÄRKEN**

10337 Die CDU wird auch weiterhin daran arbeiten, den konfessionellen Religionsunterricht an den Schu-
10338 len zu stärken. Dazu gehört insbesondere, dass für diesen Unterricht ausreichend und qualifizierte
10339 Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Islamische Schülerinnen und Schüler sollen im deutschsprachi-
10340 gen Islamunterricht die Möglichkeit erhalten, ihre Religion näher kennenzulernen.

10341 Die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Landesregierung in Fragen des Religionsunter-
10342 richtes ist zu stärken, um Projekte und Aufgaben gemeinsam umzusetzen.

10343

10344 **7.1.16 LEHRKRÄFTE STÄRKER DUAL AUSBILDEN UND LAUFEND FORTBILDEN**

10345 Guten Unterricht kann es nur mit einer fundierten Lehrerausbildung geben. Wir wollen die anste-
10346 hende Reform der Lehrerausbildung dafür nutzen, verstärkt Praxisinhalte schon in die Anfangspha-
10347 se des Studiums mit aufzunehmen.

10348 Zukünftig gibt es ein Lehramt für Grundschullehrer, ein Lehramt für Regional- und Gemeinschafts-
10349 schullehrer, ein Lehramt Sonderpädagogik und eines für die beruflichen Schulen.. Wir setzen wei-
10350 terhin auf eine eigenständige Ausbildung von Gymnasiallehrern.

10351 Wir wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte sich fachlich und pädagogisch regelmäßig fort- und wei-
10352 terbilden. Dabei ist darauf zu achten, die Fort- und Weiterbildung der Lehrer in der unterrichtsfrei-
10353 en Zeit durchzuführen. Die Fortbildung muss für alle Lehrkräfte verpflichtend gemacht und als Teil
10354 ihres Dienstes anerkannt werden.

10355 Die Qualität der Lehrerausbildung an der Universität wird gesichert, die Schulpraxis während des
10356 Studiums ausgeweitet und der Vorbereitungsdienst durch mehr Ausbildungsberatung verbessert.
10357 Vor der Aufnahme eines Lehramtsstudiums sollte ein Beratungsgespräch oder ein Eignungstest
10358 stattfinden. Je nach Bedarf werden verstärkt Quer- und Seiteneinstiege ermöglicht. Die Angebote
10359 des IQSH an fachlicher, fachdidaktischer und berufspädagogischer Lehrerfort- und -weiterbildung
10360 werden deutlich ausgeweitet und qualitativ verbessert.

10361

10362

10363 **7.1.17 JUNGE MENSCHEN FÜR FORSCHUNG BEGEISTERN**

10364 Um bei jungen Menschen sehr frühzeitig die Begeisterung für Forschung zu wecken, insbesondere
10365 an den sog. MINT-Fächern, wollen wir die Möglichkeiten des Projektes „Haus der kleinen Forscher“
10366 noch stärker nutzen.

10367 Die CDU unterstützt die an schleswig-holsteinischen Schulen fest verankerte Teilnahme am Wett-
10368 bewerb Jugend forscht; MINT-Inhalte werden wir ressortübergreifend in Partnerschaften von Wirt-
10369 schaft und Wissenschaft schon in Kindergärten vermitteln und von der Grundschule an noch ver-
10370 stärkter in die Lehrpläne integrieren. Die vom Land SH geförderten Institute IPN und IQSH werden
10371 ihre Beiträge liefern.

10372

10373 **7.1.18 WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULSTANDORTE STÄRKEN**

10374 Schleswig-Holstein hat trotz großer Sparanstrengungen insbesondere den finanziellen Aufwuchs
10375 der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, den Hochschulpakt I und II, die Kofinanzierung der
10376 zusätzlichen Studienanfänger durch die Aussetzung der Wehrpflicht sowie den Pakt für Forschung
10377 und Innovation vollständig umgesetzt.

10378 Auch im Lichte der Schuldenbremse würde zukünftig ein Verzicht auf Studienanfängerplätze dem
10379 Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt schaden und das bundesweite Signal aus-
10380 senden, dass Schleswig-Holstein seine hohen wissenschaftlichen Zielsetzungen nicht finanzieren
10381 kann. Wirtschaft und Gesellschaft benötigen aber immer mehr Hochqualifizierte. Die im Bundes-
10382 vergleich unterdurchschnittliche Anzahl von Studierenden in Schleswig-Holstein darf daher nicht
10383 verringert werden.

10384 So benötigt beispielsweise eine auch weiterhin erfolgreiche Exzellenzinitiative nicht nur hervor-
10385 ragende Wissenschaftler, sondern auch ebensolche Studierende. Auch unter veränderten Haushalts-
10386 bedingungen wird es daher ein wichtiges Ziel der Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein bleiben,
10387 an der Entwicklung der Spitzenforschung in Deutschland zu partizipieren, Bundesmittel für
10388 Schleswig-Holstein einzuwerben und damit die Exzellenz im Land weiter auszubauen. Um den
10389 Hochschulen optimale Voraussetzungen für die Teilnahme an der Exzellenzinitiative zu ermögli-
10390 chen, hat die CDU-geführte Landesregierung dafür erstmalig Fördermittel bereit gestellt.

10391 Die CDU setzt ihre Politik der Fokussierung auf die Stärken des Landes konsequent fort und kon-
10392 zentriert sich in Wissenschaft und Wirtschaft auf die Weiterentwicklung von Schwerpunktberei-
10393 chen, die für das Land von hoher Relevanz sind und Alleinstellungsmerkmale aufweisen.

10394

10395 Bildung, Forschung und die Entwicklung innovativer Produkte sind hierbei entscheidend für die
10396 Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins. Unsere Hochschulen sind der zentrale Ort zur Gewinnung
10397 wissenschaftlicher Erkenntnisse und zur Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Die CDU
10398 Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Hochschulen des Landes ihre wich-
10399 tige gesamtgesellschaftliche Funktion adäquat wahrnehmen können. Wir stehen zu den drei Uni-
10400 versitätsstandorten Flensburg, Kiel und Lübeck. Die Mediziner Ausbildung an den Standorten Kiel
10401 und Lübeck in Verbindung mit dem UKSH werden wir auch künftig erhalten. Die CDU-geführte
10402 Landesregierung hat die Ausgaben für den Hochschulbereich in den letzten Jahren deutlich gesteigert
10403 und damit zu einer Stärkung des Hochschulstandortes Schleswig-Holstein beigetragen. Weite-
10404 re strukturelle Verbesserungen sollen zu einem effizienteren Mitteleinsatz, zum Abbau von Dop-
10405 pelstrukturen sowie Redundanzen in Lehre und Forschung führen. Die Erhebung von Studienge-
10406 bühren ist dabei aber nicht vorgesehen.

10407

10408 ***SPITZENFORSCHUNG AUSBAUEN***

10409 Die enge Verbindung der Universitäten des Landes mit den außeruniversitären Forschungseinrich-
10410 tungen ist ein herausragendes Merkmal der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein und hat
10411 sich über viele Jahre bewährt. Dadurch werden Synergien erreicht und die Qualität in der For-
10412 schung gesteigert.

10413 Zu den wesentlichen Forschungsschwerpunkten, die die CDU weiter ausbauen wird, zählen die Life
10414 Sciences (Medizintechnik, Biomedizin, Biotechnologie), die erneuerbaren Energien, insbesondere
10415 die Windenergie, und die Meeresforschung.

10416 Mit der Gründung der Fraunhofer Einrichtung für Marine Biotechnologie (EMB) mit dem Ziel der
10417 Gründung eines Fraunhofer Instituts ab dem 1. Januar 2013 beispielsweise ist eine überaus erfolg-
10418 reiche Geschäftsentwicklung in Gang gesetzt worden, so dass mit den zahlreichen Partnern aus
10419 Hochschulen und Industrie ein neues wissenschaftliches und wirtschaftliches Kraftzentrum in der

10420 Region Lübeck entstanden ist. Dadurch wird die Region Lübeck auf nationaler und internationaler
10421 Ebene wettbewerbsfähiger und zugleich attraktiver für Investitionen und Ausgründungen – mit
10422 entsprechenden Effekten für Wachstum und Arbeitsplätze.

10423 Auch die Fraunhofer MEVIS Projektgruppe Bildregistrierung in Lübeck z.B. beschäftigt sich mit
10424 einer innovativen, jungen Forschungsdisziplin an der Schnittstelle zwischen Mathematik, Bildver-
10425 arbeitung, Optimierung, Modellierung und Numerik. Im nationalen Kontext der Bundesrepublik
10426 Deutschland kommt Schleswig-Holstein auf Grund seiner geographischen Lage eine besondere
10427 Position zu. Daher wurde das Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie (ZBSA) ge-
10428 gründet, das als außeruniversitäre Forschungseinrichtung zur Stiftung Schleswig-Holsteinische
10429 Landesmuseen Schloss Gottorf gehört und sich mit der archäologischen Forschung im Nord- und
10430 Ostseeraum sowie in Skandinavien befasst. Als einziges geisteswissenschaftliches Science-center
10431 in Schleswig-Holstein mit bis zu 300.000 Besuchern pro Jahr wird das ZBSA aktuelle Forschungser-
10432 gebnisse durch Ausstellungen auch zukünftig einem breiten Publikum vorstellen.

10433

10434 ***Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft weiter befördern***

10435 Bereits heute leisten unsere staatlichen und privaten Hochschulen sowie außeruniversitären Ein-
10436 richtungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes einen bedeutenden Beitrag, der durch
10437 sorgfältige und gezielte Innovationsförderung des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums in
10438 der jetzigen Legislaturperiode maßgeblich unterstützt wurde. Unternehmen finden im Austausch
10439 mit der Wissenschaft Lösungsmöglichkeiten für betriebliche Herausforderungen und können so
10440 die Entwicklung von ersten Ideen zu tatsächlichen Innovationen betreiben.

10441 Die CDU SH wird die Wertschöpfung, die Beschäftigung und den Wohlstand, der sich gerade für
10442 unsere Vielzahl klein- und mittelständischer Unternehmen aus der Umsetzung innovativer Produk-
10443 te und Ideen ergibt, weiterhin aktiv fördern.

10444

10445 ***Differenzierung des Hochschulsystems weiter vorantreiben***

10446 Die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein ist insgesamt bereits sehr leistungsfähig, vielfältig
10447 und differenziert. Das Land hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von strukturellen und gesetzli-
10448 chen Maßnahmen umgesetzt, die zu einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen ge-

10449 führt haben. Das Hochschulgesetz hat u.a. zu mehr Autonomie und Eigenverantwortung der Hoch-
10450 schulen, zur Einführung professioneller Managementstrukturen und zur Flexibilisierung von Per-
10451 sonalstrukturen geführt. Die Landesregierung hat den Hochschulzugang erleichtert und den aktu-
10452 ellen Bedürfnissen angepasst. Diesen Weg setzt die Landesregierung mit weiteren Novellierungen
10453 des Hochschulgesetzes konsequent fort. So ist ein Schwerpunkt des geplanten Änderungsgesetzes
10454 die Nachsteuerung bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses und der Rahmenvorgaben der Kul-
10455 tusministerkonferenz zugunsten der Studierenden. Ein weiterer Regelungsschwerpunkt ist die
10456 Förderung der Durchlässigkeit der beruflichen Karrieren und die Flexibilisierung des Hochschulzu-
10457 gangs für beruflich Qualifizierte.

10458

10459 Schleswig-Holsteinische Universitäten und Fachhochschulen sind zudem sehr erfolgreich beim
10460 Einwerben von Drittmitteln aus EU-, Bundes- und sonstigen Förderprojekten. In Anlehnung an die
10461 aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats werden wir die Differenzierung unseres
10462 Hochschulsystems weiter vorantreiben. Die Hochschulen können sich intensiver auf ihre Stärken
10463 konzentrieren, statt mit ihren begrenzten Ressourcen sämtliche Aufgaben erfüllen zu müssen. Die
10464 verstärkten Differenzierungsbemühungen der Hochschulen werden in der Summe zu einer
10465 verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit der schleswig-holsteinischen
10466 Hochschullandschaft führen. Den Ausbau der Universität zu Lübeck zu einer Stiftungsuniversität
10467 wollen wir konstruktiv begleiten.

10468 Hochschulen sind ein entscheidender Faktor für die Attraktivität ihrer Region. Die CDU Schleswig-
10469 Holstein wird den Dialog zwischen Hochschulen und den Entscheidungsträgern ihrer Region
10470 fördern.

10471 Die Werbung von Studierenden stellt ein ganz wesentliches Differenzierungskriterium dar, das
10472 über die Suche nach „den besten Köpfen“ hinausgeht. So bedarf es künftig maßgeschneiderter
10473 Angebote für spezifische Zielgruppen, der Ausdifferenzierung der Studienformate für
10474 verschiedene Studierendenprofile wie beispielsweise berufstätige Studierende oder Studierende
10475 mit Kindern.

10476 Die Fachhochschulen wollen wir – auch unter dem Aspekt der Durchgängigkeit des
10477 Bildungssystems – unterstützen, kooperative Promotionen anzubieten. Innerhalb
10478 anwendungsbezogener Forschungsschwerpunkte wird so die Attraktivität unserer
10479 Fachhochschulen gesteigert und an den Universitäten eine Ergänzung zur Grundlagenorientierung
10480 und Erweiterung der Handlungsfelder geschaffen.

10481 Die fortschreitende Differenzierung des Hochschulsystems fordert auch die
10482 Wissenschaftsadministration zu einer intensiven Reflexion über ihre politisch-strategische
10483 Steuerungsfunktion heraus. Daher werden wir das Steuerungsverhältnis zwischen Staat und
10484 Hochschulen entsprechend der Differenzierungserfolge des Hochschulsystems weiterentwickeln.

10485

10486 **7.1.19 BILDUNGSABSCHLÜSSE VERGLEICHBAR MACHEN –**

10487 **KOOPERATIONSVERBOT AUFHEBEN**

10488 Wir treten für vergleichbare bundesweite Standards zwischen den Bundesländern ein. Das gilt vor
10489 allem für die Bildungsabschlüsse. Aber auch Inhalte von Lehrplänen und die Lehrerausbildung
10490 müssen an die bereits bestehenden Bildungsstandards angepasst werden.

10491 Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Kommunen auch in der Finanzplanung für Bildung
10492 zusammenarbeiten können. Damit der Bund seinen Teil der Verantwortung künftig wieder
10493 wahrnehmen kann, spricht sich die CDU Schleswig-Holstein dafür aus, die Zuständigkeiten im
10494 Bildungsföderalismus neu zu regeln. Dazu muss insbesondere das verfassungsrechtliche
10495 Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben werden. Der Bund ist aufgrund des
10496 Kooperationsverbots in vielen Bereichen gehindert, das bei ihm vorhandene Geld zum Wohle der
10497 Hochschulen und Schulen in den Ländern einzusetzen. Deshalb müssen bestehende
10498 verfassungsrechtliche Hindernisse bei einer finanziellen Förderung dieses Ziels durch den Bund
10499 schnellstmöglich beseitigt werden.

10500

10501 **7.1.20 ERWACHSENEN-UND WEITERBILDUNG FÜR LEBENSLANGES LERNEN**

10502 Lebenslanges Lernen und nachhaltige Wissensvermittlung besitzen für die CDU einen hohen Stellenwert. In Schleswig-Holstein finden wir ein vielschichtiges Angebot im Bereich der Erwachsenen-
10503 und Weiterbildung vor. Im Zusammenwirken mit den Kommunen werden wir für die Menschen in
10504 Schleswig-Holstein auch zukünftig eine ortsnahe und flächendeckende Infrastruktur an Weiterbildungseinrichtungen vorhalten.

10507 Hierbei geht es uns insbesondere um folgende Bereiche:

- 10508 • Dem bereits vorhandenen Fachkräftemangel wollen wir begegnen, indem wir u.a. die Teil-
10509 habe an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung erhöhen. Dies gilt insbesondere für
10510 Frauen sowie für über fünfzigjährige Arbeitnehmer. Gut aus- und weitergebildete Arbeit-

10511 nehmer sind der Grundstock für ein gesundes Unternehmen und ein wichtiger Faktor für
10512 die Innovationskraft unseres Landes.

10513 • Eine Schlüsselstellung im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung kommt den Volks-
10514 hochschulen sowie deren Landesverband zu. Die Volkshochschulen leisten einen wichtigen
10515 Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Mit der Durchführung von
10516 Alphabetisierungskursen und nachgeholt Schulabschlüssen erhalten Menschen bessere
10517 Chancen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die Umsetzung dieses öffentlichen Auftrags
10518 wird von uns unterstützt. Der Landesverband der Volkshochschulen als Steuerungseinrich-
10519 tung ist Initiator für das zukunftsweisende Projekt „VHS 2020“, welches wir ausdrücklich
10520 begrüßen und auch weiterhin begleiten werden.

10521 • Die Bildungsstätten in unserem Lande halten nicht nur ein breitgefächertes Bildungsange-
10522 bot vor, sie erbringen auch eine beachtliche volkswirtschaftliche Leistung. Wir werden die
10523 Bildungsstätten in ihrer individuellen Zielsetzung stärken. Den Schwerpunkt werden wir
10524 hierbei auf die kulturelle Bildung, die politische Bildung und die Jugendbildung setzen.
10525 Damit möchten wir insbesondere junge Menschen für kulturelle und politische Themen
10526 begeistern und zur Einmischung in aktuelle Bereiche motivieren. Darüber hinaus wird un-
10527 ser Land aufgrund des kulturellen Angebotes von einem gesunden Bildungs- und Kultur-
10528 tourismus auch wirtschaftlich profitieren.

879

880 **8. Kultur, Minderheiten, Medien und Sport:**

881 **Vielfalt in Schleswig-Holstein**

882

883 **8.1. KULTURELLE VIELFALT**

884 Für unser Land ist eine große kulturelle Vielfalt charakteristisch, sie ermöglicht unseren Bürgerin-
885 nen und Bürgern die Identifikation mit ihrer Heimat.

886 Die Beschäftigung mit Kultur setzt Kreativität und Phantasie frei, fördert die Entwicklung der Lern-
887 fähigkeit und liefert einen Beitrag zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen. Es gilt, die kreati-
888 ven und musischen Anlagen der Menschen frühzeitig zu entdecken, um sie entsprechend fördern
889 und entwickeln zu können.

890 Theater, Museen, Literatur und bildende Kunst gestaltend zu fördern, bleibt eine herausragende
891 Aufgabe des Landes und der Kommunen. Auch Kultur, die gewohnte Bahnen verlässt, braucht un-
892 sere Unterstützung.

893 Die CDU wird in der nächsten Legislaturperiode darauf hinwirken, dass Schleswig-Holstein nicht
894 nur als Land mit Landschaft und Meer, sondern auch als Kulturwirtschafts- und Kulturland wahрге-
895 nommen wird. Dazu gehört, dass in den Fachressorts stets auch dieses Ziel mitgedacht und mitge-
896 staltet wird.

897 Zwei Ziele werden vorrangig ins Auge gefasst:

898 *1. Eine Intensivierung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung vor dem Hintergrund des demo-*
899 *grafischen Wandels und einer Überalterung der Gesellschaft, die noch Kulturträger, Kulturkon-*
900 *summent und Kulturförderer ist.*

901 Die CDU wird darauf hinwirken, dass

902 • die klassischen öffentlich geförderten Institutionen wie Bibliotheken, Theater, Musikschu-
903 len, Museen, Archive, Volkshochschulen, Denkmäler und Stiftungen ihr Bildungsangebot
904 für Kinder und Jugendliche erweitern, an neue Ideen und Formen anpassen, innovativ ar-
905 beiten und untereinander in Wettbewerb treten, – Musik, Kunsterziehung und Werken in

- 906 den Unterrichtsfächern der Schulen verankert werden bzw. bleiben und in den entspre-
907 chenden Zeitfenstern auch unterrichtet werden,
- 908 • Musikschulen in Ergänzung zu den öffentlichen Schulen in ihrer musikalischen Jugendbil-
909 dung unterstützt werden,
 - 910 • Landeswettbewerbe wie „Jugend musiziert“ beibehalten und auf weitere künstlerische Tä-
911 tigkeiten wie z.B. Theaterspiele, Videos, Plakate ausgedehnt werden,
 - 912 • neue Formen von Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen und Schulen erprobt wer-
913 den, wobei sowohl die Institutionen den Raum Schule neu „erobern“ als auch den Kindern
914 und Jugendlichen außerschulische Erlebnisse in ihren Institutionen anbieten sollen (Bei-
915 spiel: Education-Programm des NDR),
 - 916 • für Kinder und Jugendliche aus einfachen Verhältnissen und für Behinderte Möglichkeiten
917 zu integrativer Teilhabe an Bildungsangeboten verstärkt werden, besonders Begabte und
918 besondere Talente bei Kindern und Jugendlichen gefördert werden.

919 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Ihnen muss in allen Teilen unseres Landes Zugang
920 zu kultureller Bildung geboten werden. Dies begründet für sie gute Chancen, im Leben voran-
921 zukommen. Denn die Beschäftigung mit den zum Einzelnen passenden Formen von Kunst und
922 Kultur weckt Kreativität, regt die Phantasie an, hilft, besser zu lernen, erzeugt Neugier und
923 Forscherdrang – Fähigkeiten und Qualifikationen, die Schleswig-Holstein besonders nötig hat,
924 um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern bestehen zu können.

925

926 2. *eine Neubewertung des Wirtschaftsfaktors in der Kultur*
927 *unter dem Gesichtspunkt Kreativwirtschaft.*

928 Ausgangspunkt für die weitere Diskussion ist der Kulturwirtschaftsbericht, der seinerseits auf
929 einem umfangreichen Kapitel im Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutsch-
930 land“ der Bunderegierung von 2007 fußt. Danach umfasst die Kreativ- und Kulturwirtschaft alle
931 Kultur- bzw. Kreativunternehmen, die überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und
932 sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung bzw. medialen Verbreitung von kulturel-
933 len/kreativen Gütern befassen.

934 Wesensmerkmal der Kreativwirtschaft ist der „schöpferische Akt als Kern der Wertschöpfung“.
935 Die Kreativwirtschaft gehört zum Dienstleistungssektor und lässt sich in 11 Teilmärkte unter-
936 teilen. Der „Software/Games“-Markt ist der größte Teilmarkt der Kreativwirtschaft.

937

938 **8.2. MINDERHEITEN FÖRDERN**

939 Allen Minderheiten und Volksgruppen Schleswig-Holsteins gehört unsere Unterstützung in ihrem
940 Bemühen, ihre Identität zu wahren und zu leben. Neben dem Dänischen gehören besonders Frie-
941 sisch und das Niederdeutsche zur kulturellen Vielfalt Schleswig-Holsteins.

942

943 **8.3. KULTURTRADITION DER VERTRIEBENENVERBÄNDE**

944 Die Pflege der Kulturtraditionen der Ost- und Westpreußen, Schlesier, Pommern, Ostbrandenbur-
945 ger, Danziger und Sudetendeutschen sowie der Aussiedler sind für die CDU Schleswig-Holstein
946 wichtige Anliegen, für die wir uns einsetzen. Flucht und Vertreibung gehören als verbindliches
947 Unterrichtsthema in die allgemeinbildenden Schulen.

948

949 **8.4. VIELFÄLTIGE MEDIENLANDSCHAFT ERHALTEN**

950 In der Medienpolitik verfolgt die CDU Schleswig-Holstein seit Jahren eine Politik mit Augenmaß.
951 Wir haben uns stark für den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und die damit einhergehende
952 Erleichterung der Bürgerinnen und Bürger durch die Vereinfachung der Rundfunkgebühr und die
953 Entbürokratisierung bei der GEZ eingesetzt. Es war uns ein wichtiges Anliegen, den Ausbau der
954 barrierefreien Rundfunkangebote im Programm des NDR zu unterstützen.

955 Die CDU Schleswig-Holstein baut auch in der Zukunft auf eine freie und vielfältige Medienland-
956 schaft, in der sich Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner aller Generationen kompe-
957 tent und ohne Barrieren bewegen können. Dem NDR kommt dabei eine führende und durch seine
958 regionale Berichterstattung identitätsstiftende Rolle zu, deren Qualität wir durch einen klar ge-
959 fassten Auftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sicherstellen wollen. Es ist uns wichtig,

960 dass Medienkompetenz als stetiger Lernplaninhalt eingeführt wird und Schulprogramme im Be-
961 reich der IT grundsätzlich werbefrei sind.

962 Daher wollen wir in den kommenden Jahren

963 1. für Medienunternehmen Anreize zur Stärkung der journalistischen Qualität schaffen und
964 die Möglichkeiten einer verstärkten Binnenkontrolle fördern.

965 2. die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch eine engere Zusammenarbeit
966 zwischen Kindertagesstätten, Schulen, Institutionen der politischen Bildung und der
967 Medienanstalt Hamburg und Schleswig-Holstein stärken. Möglichst viele junge Menschen
968 sollen die Chance erhalten, an einem Medienprojekt teilzunehmen. Sie sollen frühzeitig in
969 die Lage versetzt werden, unterschiedliche Medienangebote verantwortungsvoll und nach
970 eigener Einschätzung über deren Werthaftigkeit zu verwenden.

971 3. die Möglichkeiten und Gefahren der Informationsgesellschaft deutlich aufzeigen und im
972 Rahmen von Präventionsarbeit einer möglichen Sucht bei Kindern und Jugendlichen
973 entgegen wirken.

974 4. den barrierefreien Zugang zu den Medien für alle Menschen in unserer Gesellschaft weiter
975 fördern und ausbauen.

976

977 **8.5. SPORT: UNVERZICHTBARER BEITRAG FÜR DIE GESELLSCHAFT**

978 Der Sport leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.
979 Er ist ein wichtiges Mittel, um Gewalt vorzubeugen. Bei der Integration hat der Sport eine Schlüs-
980 selfunktion.

981 Zu dieser herausragenden Bedeutung bekennt sich die CDU uneingeschränkt. Wir unterstützen die
982 Sportvereine und -verbände durch eine angemessene Infrastruktur. Insbesondere das ehrenamtli-
983 che Engagement wollen wir unterstützen und von überflüssigen bürokratischen Regelungen be-
984 freien. Auch die finanzielle Unterstützung hat für uns eine große Bedeutung. Wir wollen die zu-
985 sätzlichen Einnahmen aus dem Glücksspielgesetz zielgerichtet auch in diesem Bereich einsetzen.

986 Die CDU setzt sich für ein ausreichendes Sportangebot an Schulen ein. Schulsport soll möglichst
987 drei Stunden wöchentlich fachlich qualifiziert erteilt werden. Notwendig ist an Schulen mit Ganz-
988 tagsangeboten eine Verzahnung von Schulsport mit Vereinen und Verbänden.

989

990 **9. Unsere Leitlinie: Der aktivierende Sozialstaat**

991 Die CDU Schleswig-Holstein steht für eine Sozialpolitik aus Eigenverantwortung, staatlicher Leis-
992 tung und bürgerschaftlichem Engagement. Ziel bleibt der aktivierende Sozialstaat, der den Einzel-
993 nen verstärkt motiviert und befähigt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigen-
994 verantwortung zu übernehmen, der aber auch Menschen zur Seite steht, die nicht in der Lage sind ,
995 sich selbst zu helfen.

996 Um Teilhabe und Gerechtigkeit zu sichern, brauchen wir eine nachhaltige Politik für alle Generati-
997 onen auf allen Ebenen. Jeder Mensch sollte seine Talente und Fähigkeiten entfalten dürfen.

998 Die CDU Schleswig-Holsteins vertraut auf die Fähigkeit und die Bereitschaft unserer Bürgerinnen
999 und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Aufgabe der Politik muss es sein,
1000 auch im Sinne der Inklusion , d.h. der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe aller Men-
1001 schen in allen gesellschaftlichen Bereichen von Anfang an, die Eigenverantwortung unserer Bürge-
1002 rinnen und Bürger zu fördern.

1003 Unmittelbare Hilfe leisten in unserem Land neben den Kommunen auch vor allem die Wohlfahrts-
1004 verbände mit ihren Einrichtungen, Hilfs- und Beratungsstellen. Ehrenamtlich organisierte Hilfsver-
1005 eine, wie z.B. Hospizbewegungen, Tafeln, Selbsthilfegruppen und viele weitere mehr. Sie leisten
1006 einen unterstützenden Dienst an den Hilfsbedürftigen, den wir anerkennen.

1007

1008 **9.1 KINDER SIND UNSERE ZUKUNFT -**

1009 **FAMILIE DAS FUNDAMENT DER GESELLSCHAFT**

1010 Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale
1011 Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir wollen Familien stärken. Hier wird die wesentliche Erzie-
1012 hungsarbeit geleistet, werden Werte vermittelt und soziale Kompetenz gefördert. In der Familie
1013 erleben Kinder und Erwachsene Solidarität zwischen den Generationen und erfahren Geborgenheit
1014 und Zuwendung. Eltern tragen für Kinder, Kinder für Eltern Verantwortung.

1015 Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt Menschen, die sich für ein Leben mit Kindern entschei-
1016 den. Familien von morgen müssen sich auf eine Gesellschaft verlassen können, die Kinder als Be-

1017 reicherung sieht. Dort, wo Kinder leben, braucht es Unterstützung - für Familien, Alleinerziehende
1018 und Pflegefamilien.

1019 Die Politik der CDU orientiert sich an den Lebenswirklichkeiten vor Ort. Wir unterstützen die Ge-
1020 meinden dabei, flächendeckende Betreuungsangebote bedarfsgerecht auszubauen, insbesondere
1021 fördern wir sie beim Ausbau der U3-Betreuung.

1022 Betrieben helfen wir dabei, familienfreundliche Strukturen aufzubauen, und ermöglichen es ihnen
1023 somit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden.

1024

1025 Die CDU wird daher:

1026 • den Kommunen helfen, die Betreuungsangebote für Kinder stetig und in der Fläche weiter
1027 auszubauen und flexibler zu gestalten. Damit verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie
1028 und Beruf.

1029 • bürokratische Hürden bei der Schaffung von Betriebskindergärten und –spielgruppen ab-
1030 bauen;

1031 • die Kindertagesbetreuung weiterentwickeln;

1032 • die Angebote der Familien- und Erziehungsberatung leistungsfähig erhalten;

1033 • alle Gesetze und Verordnungen auf ihre Familienverträglichkeit überprüfen;

1034 • die zuverlässige ganztägige Unterrichts- und Betreuungsangebote der Schulen ausbauen;

1035 • schülerbezogene Beratungs- und Betreuungsangebote Dritter in den Schulen konzentrie-
1036 ren;

1037 • den Vorrang von Pflegefamilien gegenüber stationären Einrichtungen stärken.

1038

1039 **9.2 JUNGE MENSCHEN: FÖRDERUNG UND EIGENVERANTWORTUNG**

1040 Die Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind unsere Zukunft. Sie brauchen unseren besonde-
1041 ren Schutz und die beste Förderung. Daher setzt sich die CDU Schleswig-Holstein für eine aktiv
1042 kooperierende Jugend-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik aller Akteure von Jugendverbänden,
1043 Wirtschaft, Kommunen und Land ein. Die Jugendpolitik kann aber nicht nur von staatlicher Seite
1044 erfolgen. Wir wollen die Eigenverantwortung und das Engagement der jungen Generationen stär-
1045 ken. Für uns hat die gesellschaftliche Jugendarbeit in Vereinen, Verbänden und Kirchen Vorrang.

1046 Das 2008 eingeführte Kinderschutzgesetz hat sich bewährt: Wir bieten Eltern ein
1047 niedrigschwelliges Beratungsangebot und können Kinder besser vor Missbrauch und Übergriffen
1048 schützen. Gemeinsam mit dem von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Bundeskinder-
1049 schutzgesetz, werden wir künftig alle Akteure beim Kinderschutz stärken und können Kindern ei-
1050 nen bestmöglichen Schutz bieten

1051 Wir haben in der christlich-liberalen Koalition die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut und damit die
1052 Lage der Jugendlichen am Arbeitsmarkt deutlich verbessert.

1053

1054 Die CDU wird:

- 1055 • sich weiterhin für eine Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit einsetzen;
- 1056 • sich für die Unterstützung demokratischer politischer Jugendorganisationen einsetzen;
- 1057 • trotz der schwierigen Haushaltslage einen Kinder- und Jugendaktionsplan aufstellen, um
1058 eine gezielte Förderung in der Jugendpolitik zu gewährleisten und insbesondere benachtei-
1059 ligte Kinder und Jugendliche zu helfen;
- 1060 • die Koordination zwischen Ganztagschulen, Vereinen und Verbänden verbessern;
- 1061 • weiterhin die politische Bildungsarbeit fördern;
- 1062 • Gewalt und Mobbing unter Jugendlichen zusammen mit den Jugendverbänden, der Schul-
1063 sozialarbeit, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, dem Kinderschutzbund, der Polizei
1064 und der Justiz bekämpfen.

1065 **9.3 VERANTWORTUNGSVOLLE POLITIK FÜR SENIOREN**

1066 Durch den demographischen Wandel steigt der Anteil der älteren und pflegebedürftigen Men-
1067 schen in unserer Gesellschaft stetig. Alte Menschen dürfen nicht ausgegrenzt werden und benöti-
1068 gen im Falle der Pflegebedürftigkeit gute fachliche Betreuung.

1069 Das Land Schleswig-Holstein hat unter christlich-liberaler Führung die Förderung von Ausbil-
1070 dungsplätzen in der Pflege im Rahmen seiner Möglichkeit erhöht.

1071 Seniorenpolitik ist im Kern Sozialpolitik. Wir treten entschieden gegen die Altersarmut ein. Dazu
1072 muss die Alterssicherung grundsätzlich reformiert werden. Diese schwierige Aufgabe kann nur im
1073 Konsens zwischen den Generationen gelöst werden. Die CDU Schleswig-Holstein wird dies nach
1074 Kräften unterstützen.

1075 Eine flächendeckende medizinische Versorgung sowie eine individuelle Pflege im Alter muss si-
1076 chergestellt sein. Dazu ist es notwendig, ausreichend Pflegekräfte auszubilden. Junge Menschen
1077 brauchen Anreize, um Pflegeberufe zu ergreifen. Die CDU begrüßt individuelle Seniorenwohnfor-
1078 men.

1079 Die Qualität der Pflege muss dauerhaft gewährleistet sein. Bestehende Gesetze wie das Selbstbes-
1080 timmungsstärkungsgesetz helfen bei der dauerhaften Qualitätssicherung.

1081

1082 ***Mitbestimmung und Engagement von Senioren stärken***

1083 Senioren haben Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer Interessen. Ihr Lebenswerk und ihre Er-
1084 fahrung sind Ausweis genug dafür, dass eine angemessene Beteiligung von Senioren an Entschei-
1085 dungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz im Interesse aller ist.

1086 Bestehende Altersgrenzen – gerade auch für ehrenamtliche Tätigkeiten – sind vorurteilsfrei zu
1087 prüfen und ggf. abzuschaffen. Entscheidend ist die individuelle Kompetenz und Leistungsfähigkeit.
1088 Wir lehnen jede Form der Altersdiskriminierung ab.

1089 Wir versprechen den älteren Menschen in Schleswig-Holstein, dass eine CDU-geführte Landesre-
1090 gierung auch in Zukunft ihre Interessen mit besonderem Verständnis berücksichtigen wird.

1091

1092 ***Pflegeversorgung gewährleisten***

1093 Aufgrund des demografischen Wandels sind der Ausbau und die Qualität der Pflege ein Zukunfts-
1094 thema. Wir wollen erreichen, dass die Menschen so lange wie möglich selbst bestimmt in ihrem
1095 Zuhause leben können. Dafür sind seniorenrechtliche Wohnungen und ein differenziertes und pass-
1096 genaues Hilfenetz vor Ort notwendig.

1097 Unsere Anerkennung gilt insbesondere den Beschäftigten im Pflegebereich. Sie haben unter
1098 schwierigen Bedingungen dazu beigetragen, dass die Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein
1099 durchweg gute Noten erhalten.

1100 Dennoch ist nicht zu übersehen, dass ein Mangel an Pflegefachkräften besteht, der sich in einer
1101 immer älter werdenden Gesellschaft weiter verschärfen wird. Deswegen war es richtig, dass wir die
1102 Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege erhöht haben.

1103 Die CDU setzt sich ein für eine Neuordnung der Ausbildung, mehr Ausbildungsplätze und Attrakti-
1104 vitätssteigerung und Anerkennung der Pflegeberufe.

1105

1106 Die CDU wird:

1107 • sich für einfachere Dokumentationsvorgaben einsetzen. Die Dokumentation der Pflege
1108 muss zielgerichteter und effizienter werden, damit Pflegerinnen und Pfleger mehr Zeit für
1109 die Pflege am Menschen haben;

1110 • eine wohnortnahe Pflegestruktur schaffen, damit die Menschen so lange wie möglich in ih-
1111 rer gewohnten Umgebung bleiben können;

1112 • bei der Ausbildung in der Pflege neue Wege gehen und Anreize dafür schaffen, dass der
1113 Ausbildungsberuf attraktiver wird;

1114 • ausreichend attraktive Ausbildungsplätze in den Pflegeberufen sicherstellen;

1115 • sich für eine Steigerung der kostenfreien Ausbildungsplätze für Pflegefachkräfte einsetzen;

1116 • sich für eine bessere Versorgung bei Demenzerkrankungen einsetzen;

- 1117 • für eine Optimierung der geriatrischen und palliativmedizinischen Versorgung eintreten;
- 1118 • weiterhin entschieden gegen jede Form von Altersdiskriminierung eintreten;
- 1119 • gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft vorhandene Förderinstrumente für altersgerech-
- 1120 tes Wohnen nutzen.

1121

1122 **9.4 POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG:**
 1123 **TEILHABE, SELBSTBESTIMMUNG, GLEICHBERECHTIGUNG**

1124 Grundlegendes Ziel ist es, Menschen mit Behinderung eine selbstbestimmte und gleichberechtigte
 1125 Teilhabe am Leben in unserem Land zu ermöglichen. Handlungsleitend ist für die CDU die Beach-
 1126 tung und Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

1127 Wir stellen uns der politischen und gesellschaftlichen Herausforderung, dem Leitziel der Inklusion,
 1128 d.h. der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in allen gesellschaftli-
 1129 chen Bereichen von Anfang an, durch unsere Politik näher zu kommen und sie zu verwirklichen.
 1130 Wir sagen dadurch deutlich: Alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – sind Teil des Gan-
 1131 zen, sind Teil der Gesellschaft. Niemand wird ausgegrenzt.

1132 Die Verlagerung der Zuständigkeit in der Eingliederungshilfe auf die Kommunen bietet weiterhin
 1133 die Chance, die Unterstützungssysteme besser aufeinander abzustimmen, transparenter zu ma-
 1134 chen sowie die Hilfen schneller und direkter zu gewähren. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit
 1135 Behinderung weiterhin unabhängig vom Grad ihrer Behinderung und ihres Wohnortes die Hilfen
 1136 erhalten, die zu einer selbstbestimmten Lebensführung notwendig sind. Ein besonderer Schwer-
 1137 punkt liegt für uns in der Unterstützung von Kindern mit Behinderung und von Behinderung be-
 1138 drohter Kinder und deren Familien und Angehörigen durch frühe Hilfen.

1139 Wir haben die Selbstbestimmung gesetzlich gestärkt. Das Expertenwissen in eigener Sache wollen
 1140 wir künftig besser nutzen.

1141 Gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, den kommunalen Spit-
 1142 zenverbänden, den Wirtschaftsverbänden, den Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen,
 1143 Vereinen, Verbänden, Organisationen und weiteren Akteuren wird die CDU Schleswig-Holstein
 1144 Bausteine für ein Leitbild und ein Programm „Schleswig-Holstein: Alle inklusive!“ erarbeiten.

1145 Die CDU wird:

- 1146 • verstärkt die Integration von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt
1147 fördern;
- 1148 • gezielt Arbeitgeber motivieren, zusätzliche Ausbildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsmög-
1149 lichkeiten für Menschen mit Behinderung zu schaffen.
- 1150 • die Barrierefreiheit auf allen Ebenen ausbauen und einen Fonds für Barrierefreiheit für
1151 konkrete Maßnahmen einrichten;
- 1152 • fließende Übergänge zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Wohnformen
1153 ermöglichen.

1154

1155 **9.5 ZUWANDERUNG UND INTEGRATION – FÖRDERN UND FORDERN**

1156 Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes und tolerantes Land.

1157 Ca. 360.000 Menschen mit Migrationshintergrund sind seit Jahrzehnten eine Bereicherung für un-
1158 ser Land und sind uns willkommen. Jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung lehnen wir
1159 entschieden ab.

1160 Wir respektieren die jeweiligen kulturellen und religiösen Identitäten, erwarten jedoch, dass alle
1161 Menschen die hier leben unsere Werte ebenso achten und unsere Normen und die demokratische
1162 Grundordnung unseres Staates anerkennen und bereit sind unsere Sprache zu erlernen. Die ausrei-
1163 chende Kenntnis der deutschen Sprache ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration, die
1164 sich in der aktiven Teilhabe am staatlichen und gesellschaftlichen Leben widerspiegelt. Unsere
1165 Aufgabe ist es, dabei Hilfe und Unterstützung zu bieten.

1166 Wir haben die Weichen für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik gestellt. Die Einführung der
1167 verpflichtenden Deutschkurse vor Schulbeginn stärken die Sprachkompetenz und Zukunftschan-
1168 cen der Kinder mit Migrationshintergrund von Anfang an. Eine regelmäßige Überprüfung der
1169 Sprachfähigkeit sichert nachhaltig die Integration im schulischen Bereich. Unsere schon heute
1170 erfolgreich arbeitenden DaZ-Zentren (Deutsch als Zweitsprache) werden wir weiterführen.

1171 Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen unsere Unterstützung beim Übergang zwi-
1172 schen Schule und Beruf. Die Ausbildungsnetzwerke zur Berufsfindung und -vorbereitung werden
1173 wir weiter ausbauen.

1174 Spezielle deutsche Sprachangebote für Frauen und Mütter geben ihnen die Möglichkeit, sich mit
1175 ihrem Umfeld in der deutschen Sprache zu unterhalten. Dadurch haben sie eine größere Chance,
1176 sich sozial besser zu integrieren.

1177 Viele Zuwanderer haben schon in ihrem Herkunftsland schulische und berufliche Qualifikationen
1178 erworben, die in Deutschland häufig nicht anerkannt werden. Durch den sich abzeichnenden Fach-
1179 kräftemangel auf dem Arbeitsmarkt kommt der Anerkennung dieser Qualifikationen eine wichtige
1180 Bedeutung zu. Deshalb begrüßen wir das Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetz der Bundesre-
1181 gierung (BQFG).

1182 Die CDU steht für ein friedvolles Miteinander der Religionen. Wir möchten, dass auch Muslime in
1183 ihrem Glauben an unseren Schulen unterrichtet werden. Im Sinne von erfolgreicher Integration
1184 muss dieser Unterricht in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht stattfinden.

1185 Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Mit der Aufstellung des „Aktionsplans Integration“ ha-
1186 ben wir einen neuen Weg in der Integrationsarbeit beschritten. Erstmals haben wir einen hand-
1187 lungsorientierten Gesamtansatz mit gezielten Schwerpunkten und definierten sowie überprüfba-
1188 ren Zielen geschaffen.

1189

1190 Die CDU steht für Integration fördern - dazu gehört:

- 1191 • das Erlernen der deutschen Sprache;
- 1192 • die Verbesserung der Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen, als unerlässliche
1193 Voraussetzung für das Gelingen der schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integ-
1194 ration;
- 1195 • gezielte Maßnahmen nach dem Grundsatz“ Qualifikation schafft Integration“ in Ausbil-
1196 dung und Beruf;
- 1197 • eine gezielte Ausbildungsplatzakquise in Migrantenbetrieben;

- 1198 • die Unterstützung von Ausbildungsnetzwerken zur Berufsorientierung und – vorbereitung
1199 von Jugendlichen mit Migrationshintergrund;
- 1200 • eine verbesserte Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse;
- 1201 • eine kultursensible Pflege für ältere und pflegebedürftige Menschen mit Migrationshinter-
1202 grund.

1203 und Integrationswillen fordern - dazu gehört:

- 1204 • der Respekt vor unseren Werten und unserer Kultur
- 1205 • die Akzeptanz unserer Normen und unserer demokratischen Grundordnung.

1206

1207 **9.6 CHANCENGLEICHHEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG VON** 1208 **FRAUEN UND MÄNNERN**

1209 Die CDU Schleswig-Holstein steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Gleiche
1210 Rechte und gleiche Chancen sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

1211 Auch wenn Frauen zunehmend bessere und höhere Bildungsabschlüsse erreichen, haben sie nicht
1212 immer die gleichen Chancen mit Blick auf den Arbeitsmarkt, der Beschaffenheit von Arbeitsplätzen
1213 und Arbeitszeitmodellen. Viele Frauen erhalten immer noch für gleiche Arbeit ein geringeres Ent-
1214 gelt als die Männer. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern
1215 aufgehoben wird. Dafür fordern wir eine Selbstverpflichtung aller Beteiligten. Zudem sind Frauen
1216 häufiger bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf belastet. Wir wollen hierzu Anreize für eigene
1217 Maßnahmen der Wirtschaft schaffen, im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
1218 flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie Telearbeit zu fördern.

1219 In allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere der Politik und der Wirtschaft, setzen wir uns
1220 ein für faire Chancen zur gleichberechtigten Teilhabe aller. Unsere Partner bei dieser Entwicklung
1221 sind Unternehmen und Einrichtungen, die sich im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter und
1222 Mitarbeiterinnen auf die gewünschten Arbeitsbedingungen der folgenden Generationen einstellen
1223 und aktiv neue Lebensentwürfe fördern.

1224

1225 Wir wollen:

1226 • den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft er-
1227 höhen. Wir erwarten hierzu verstärkte und wirkungsvolle Aktivitäten.

1228 • an der aktiven Gleichstellungspolitik solange festhalten, bis die gleiche Teilhabe von Frau-
1229 en und Männern in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit ist.

1230 • den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt gewährleisten.

1231 • die Finanzierung der Frauenhäuser umstellen, um einen gerechten Kostenausgleich auch
1232 zwischen den Bundesländern zu erreichen.

1233 Wir lehnen eine Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen aufgrund einer falsch verstandenen
1234 religiösen Toleranz in unseren Schulen ab. Errungenschaften der Aufklärung und der Gleichberech-
1235 tigung dürfen nicht aufgegeben werden.

1236

1237 **9.7 NEUE GRUNDLAGEN FÜR SOLIDE GESUNDHEITSPOLITIK**

1238 Um die Gesundheitspolitik den Realitäten entsprechend zu gestalten, ist die Gesundheitsversor-
1239 gung in Schleswig-Holstein zu analysieren, eine Prognose für den aufgrund der demographischen
1240 Entwicklung zu erwartenden Versorgungs- und Pflegebedarf sowie darauf basierend ein Konzept
1241 zu erstellen, wie bei begrenzten Mitteln die Gesundheitsversorgung auch bei Wahrung der ord-
1242 nungspolitischen Grundsätze sichergestellt werden kann.

1243 Hierzu hat die CDU die Einberufung eines Landesgesundheitsrates gefordert, der die Landesregie-
1244 rung bei der Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung berät. Diese Forderung wurde in der
1245 christlich-liberalen Koalition umgesetzt, so dass der Gesundheitsrat im September 2011 seine Ar-
1246 beit aufgenommen hat.

1247 Die CDU-geführte Landesregierung hat die Krankenhausfinanzierung nachhaltig neu geordnet und
1248 auf eine solide finanzielle Basis gestellt, damit auch in Zukunft Investitionsförderungen für Kran-
1249 kenhäuser möglich sind. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsversorgung unserer Bürge-
1250 rinnen und Bürger, nachdem SPD und Grüne das System der Krankenhausfinanzierung an die
1251 Wand gefahren hatten.

1252 Wir setzen uns nach wie vor für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert ein, damit schleswig-
1253 holsteinische Krankenhäuser nicht schlechter gestellt sind als die anderer Bundesländer. Eine erste
1254 Phase der Angleichung ist bereits erfolgt.

1255 Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) hat für uns als Maximalversorger und Garant
1256 für Forschung und Lehre einen hohen Stellenwert. Es ist unser Ziel, den von der rot-grünen Vor-
1257 gängerregierung hinterlassenen Investitionsstau von rund 700 Millionen Euro aufzulösen und das
1258 UKSH damit noch leistungsfähiger zu machen.

1259 Dafür setzen wir auf ein Modell, bei dem private Investoren in die Sanierung des UKSH einbezogen
1260 werden können, ohne dass die öffentlich-rechtliche Trägerschaft aufgegeben wird. Eine Privatisie-
1261 rung wird von uns nicht weiter verfolgt.

1262 Wir wollen die Vergabeverfahren so auf den Weg bringen, dass Anfang 2014 mit den Sanierungs-
1263 arbeiten begonnen werden kann. Bis dahin wird das Land notwendige und bereits laufende Sanie-
1264 rungen fortsetzen. Damit werden nicht nur die Gebäude der Krankenversorgung saniert, sondern
1265 auch die Gebäude für Forschung und Lehre in Kiel und Lübeck.

1266

1267 ***Patientenorientierte Gesundheitsversorgung***

1268 Die CDU hat bereits 2005 das Problem des drohenden Ärztemangels auf dem Land thematisiert
1269 und durch entsprechende Anträge im Landtag bis heute konstruktiv begleitet.

1270 Wir haben erfolgreich daran mitgewirkt, dass die Bedarfsplanung für die Niederlassung von Haus-
1271 und Fachärzten überarbeitet wird und regionale Kriterien Berücksichtigung finden werden. Um
1272 den Arztberuf für Frauen attraktiver zu machen, müssen bessere Strukturen geschaffen werden zur
1273 Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

1274 Zum Kern unseres Gesundheitswesens gehören freie Arzt- und Behandlungswahl der Versicherten
1275 ebenso wie eine flächendeckende medizinische Versorgung. Dafür werden wir uns weiter einset-
1276 zen.

1277 Es darf keine Verdrängung niedergelassener Haus- und Fachärzte durch Kliniken geben. Gleich-
1278 wohl fordern wir eine Optimierung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit, so dass auch

- 1279 Krankenhäuser in unterversorgten Gebieten dazu beitragen können, Versorgungslücken – vor al-
1280 lem durch Fachärzte – zu schließen.
- 1281 • Wir werden den im Versorgungsgesetz der Bundesregierung vorgesehenen größeren Ge-
1282 staltungsspielraum auf Länderebene ausschöpfen und in enger Zusammenarbeit mit allen
1283 Akteuren im Gesundheitswesen regionale Gegebenheiten und Forderungen berücksichti-
1284 gen.
- 1285 • Wir unterstützen auch zukünftig die Arbeit eines beratenden Expertengremiums, das die
1286 Landesregierung bei der sektorenübergreifenden regionalen Bedarfsplanung und in Fragen
1287 der Gesundheitsversorgung begleitet und Lösungsvorschläge erarbeitet.
- 1288 • Wir brauchen verstärkt Anreize für Ärztinnen und Ärzte sich in unterversorgten Regionen
1289 niederzulassen. Dabei ist die kommunale Kompetenz und Erfahrung vor Ort einzubeziehen.
- 1290 • Wir unterstützen die Werbekampagne für Landärzte und die Bemühungen der Kassenärztli-
1291 chen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) den tatsächlichen Bedarf medizinischer Ver-
1292 sorgung durch kleinräumige Planungsbereiche zu ermitteln.
- 1293 • Vor dem Hintergrund der Zunahme psychischer Erkrankungen sind ausreichende psycho-
1294 therapeutische Behandlungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.
- 1295 • Die Zugangsvoraussetzungen zum Medizinstudium sind zu überprüfen. Der Notendurch-
1296 schnitt allein darf nicht ausschlaggebend sein. Sozialkompetenz und Motivation sollten eine
1297 größere Rolle spielen.
- 1298 • Die Fachhochschule Flensburg hat im Bereich der Telemedizin große Erfolge erzielt. Dieses
1299 Potential wollen wir nutzen, auch für den ländlichen Bereich.
- 1300 Im schleswig-holsteinischen Gesundheitswesen werden medizinische und pflegerische Leistungen
1301 auf hohem Niveau erbracht. Vor dem Hintergrund der immer älter werdenden Gesellschaft benöti-
1302 gen wir in der Kranken- und Altenpflege mehr Fachkräfte.
- 1303 Die CDU setzt sich ein für eine Neuordnung der Ausbildung, mehr kostenfreie Ausbildungsplätze
1304 und Attraktivitätssteigerung und Anerkennung der Pflegeberufe.

1305 Schleswig-Holstein ist ein Gesundheitsland für die Bürgerinnen und Bürger und Besucher unseres
1306 Landes. Als Land zwischen den Meeren profitieren wir von den gesundheitsfördernden klimati-
1307 schen Verhältnissen. Wir setzen auf eine enge Vernetzung von Prävention, Sport, Wellness und
1308 Tourismus, um Anreize für ein gesundheitsbewusstes Verhalten zu schaffen und den Gesundheits-
1309 tourismus zu stärken.

1310

1311 ***Aktiv gegen Suchtgefahren***

1312 Finanzielle Mittel müssen punktuell und zielorientiert dort eingesetzt werden, wo sie am meisten
1313 bewirken. Deshalb hat die CDU-geführte Landesregierung ab diesem Jahr die Mittel für die Sucht-
1314 prävention kommunalisiert. Somit haben die Kreise selbst die Möglichkeit über die genaue Ver-
1315 wendung zu entscheiden. Dadurch ermöglichen wir individuelle Lösungen in den Kreisen und kreis-
1316 freien Städten.

1317 Im Sinne des Jugendschutzes und einer erfolgreichen Gesundheitspolitik ist eine verantwortungs-
1318 volle Drogenpolitik von besonderer Wichtigkeit. Die CDU setzt sich ein für eine Nulltoleranz von
1319 Drogen.

1320 Wer Sucht- und Missbrauchsfolgen verhindern will, muss frühzeitig über die Gefahren im Umgang
1321 mit Drogen, Alkohol, Glücksspiel und Internet-aufklären. Eine flächendeckende Aufklärung muss
1322 frühzeitig und zielgerichtet für Kinder und Jugendliche durch Kindertagesstätten und Schulen er-
1323 folgen.

1324 Wir halten an den Themen Sucht- und Gewaltprävention in dem Ausbildungskatalog von Erziehe-
1325 rinnen und Erziehern, Lehrkräften und Sozialpädagogen fest.

1326

1327 *Aktiv gegen Sucht - die CDU will:*

- 1328 • die Präventionsarbeit gegen Suchtgefahr weiterhin landesweit vernetzen;
- 1329 • eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Drogenberatungsstellen bewirken;
- 1330 • Sucht- und Drogenfrühhilfeangebote für auffällige Jugendliche ausbauen.

1331 Die CDU fordert darüber hinaus eine strikte Einhaltung der Vorgaben durch das Jugendschutzge-
1332 setz in Bezug auf Abgaben und Verzehr alkoholischer Getränke und Tabakwaren. Verstöße sind zu
1333 sanktionieren. Die rechtliche Grundlage für Testkäufe wollen wir prüfen und ermöglichen.

1334

1335 **10. Religion und christlicher Glaube in unserer Gesellschaft**

1336

1337 Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche (NEK) und die Katholische Kirche, die Freikirchen
1338 sowie die Religionsgemeinschaften sind eigenständige und besondere gesellschaftliche Kräfte in
1339 Schleswig-Holstein. Die Selbständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die Frei-
1340 heit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen, sind Eckpfeiler unserer frei-
1341 heitlichen Grundordnung.

1342 Die beiden großen Kirchen, die Freikirchen und die Religionsgemeinschaften sind wichtig für den
1343 Aufbau und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für ein tragendes Wertefundament und Sinn-
1344 stiftung, für Orientierung und Toleranz, für ein friedliches Miteinander der Generationen, der Ge-
1345 schlechter, aller Menschen unabhängig von Herkunft und Glauben. In diesem Sinn sieht die CDU –
1346 trotz der klaren Trennung von Kirche und Staat – eine gemeinsame Verantwortung für die Men-
1347 schen und die Umwelt in unserem Land.

1348 Die Leistungen unserer beiden großen Kirchen mit ihren Diensten und Werken in der diakonischen
1349 und karitativen Arbeit sind vorbildlich und unverzichtbar. Die CDU fühlt sich allen Mitarbeiterin-
1350 nen und Mitarbeitern, insbesondere den Ehrenamtlichen, verpflichtet und weiß um den Wert des
1351 Dienstes an den Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen.

1352 Die CDU steht zu den Staatskirchenverträgen mit der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen
1353 Kirche und mit dem Heiligen Stuhl. Auf der Basis der Staatskirchenverträge steht die CDU auch zu
1354 der finanziellen Förderung durch das Land. Das gilt auch für die Zahlungen an die jüdischen Ge-
1355 meinden und Religionsgemeinschaften im Land. Zu dieser Verantwortung gehört aber auch, dass
1356 beide Kirchen ebenfalls einen finanziellen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes erbrin-
1357 gen müssen. Die CDU setzt dabei auf das Verständnis und die Solidarität der Kirchen und wird da-
1358 zu im partnerschaftlichen Dialog mit den beiden Kirchen verträgliche Lösungen entwickeln.

1359 Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich zum Schutz des Sonntags und der Feiertage. Gemeinsam
1360 mit den Kirchen wird die CDU dafür sorgen, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen nicht
1361 ausgehöhlt und unterlaufen werden.

1361

1362 **11. Unsere Kommunen sichern Identifikation**

1363 Schleswig-Holstein zeichnet sich durch eine besondere Vielfalt bei seinen Kommunen aus. Die
1364 über 1000 Gemeinden und Städte prägen die besondere, lebens- und liebenswerte Struktur unse-
1365 res Landes. Rund 12000 Frauen und Männer engagieren sich ehrenamtlich in den Gremien der
1366 Kommunen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger. Auch hierin liegt eine besondere Qualität
1367 unserer Kreise, Gemeinden und Städte.

1368 Diese kommunale Selbstverwaltung muss eine möglichst große Freiheit von staatlichen Vorgaben
1369 und Eigenverantwortlichkeit für die Aktiven vor Ort haben. Das Engagement und das Wissen dieser
1370 vielen Menschen muss langfristig gesichert werden. Die neue Kommunalverfassung gibt hierzu
1371 eine gute Basis.

1372

1373 ***Keine Gebietsreform von oben***

1374 Die CDU ist sowohl bei den Gemeinden als auch bei den Kreisen gegen eine gesetzlich erzwungene
1375 Gebietsreform! Allerdings verschließt sie sich nicht möglichen freiwilligen Zusammenschlüssen
1376 dieser Körperschaften, wenn dieses vor Ort von einer breiten Basis getragen wird.

1377 Die Ämter als Verwaltungsstruktur für die kleineren Gemeinden und Städte haben sich grundsätz-
1378 lich bewährt. Sie werden mit der CDU Bestand haben. Die neue Amtsordnung sichert dieses im
1379 Rahmen der aktuellen verfassungsgerichtlichen Vorgaben langfristig.

1380 Der neue Landesentwicklungsplan 2010 verbessert die Entwicklungsmöglichkeiten aller Kommu-
1381 nen. Diese neuen Chancen gilt es jetzt vor Ort zu nutzen. Die gewählten Kommunalpolitiker
1382 vor Ort wissen, was für ihre Gemeinde, für ihre Stadt und für ihren Kreis das Beste ist. Deshalb hat
1383 die CDU dafür gesorgt, dass die Regionalplanung vom Land in die Verantwortung der Regionen
1384 verlagert wird.

1385 Das Land ist sich seiner Verantwortung für seine Kommunen und insbesondere deren Lebensfähig-
1386 keit bewusst. Deshalb wird einzelnen Kommunen mit strukturellen Finanzproblemen mit einem
1387 Landeskonsolidierungsprogramm solidarisch geholfen.

1388 Das bewährte System der zentralen Orte wird behutsam weiterentwickelt.

1389 ***Effiziente und moderne Verwaltung***

1390 Die Verwaltung auf allen Ebenen muss stetig modernisiert und auf ihre Effizienz geprüft werden.

1391 Sie muss bürgernah, leistungsstark und sparsam arbeiten. Dazu sind weit möglichst Kooperationen

1392 anzustreben - Kooperationen zwischen den norddeutschen Ländern ebenso, wie zwischen den

1393 Kommunen. Das Land hat mit der Regierungskoalition beschlossen, die eigenen Mitarbeiter um

1394 rund 10 % - also um mehr als 5500 - zu reduzieren und hat die eigenen Verwaltungsstrukturen

1395 gestrafft. Ein Vertrag mit den Kommunen über die Nutzung von Effizienzrenditen bei Verwal-

1396 tungskooperationen gibt einen weiteren Impuls auch für diesen Bereich. Einen zwangsweisen Ein-

1397 griff in die Personalhoheit der Kommunen wird es mit der CDU nicht geben.

1398 Die Möglichkeiten der elektronischen Verwaltung (e-Government) in unserem Land müssen weiter

1399 ausgebaut und genutzt werden.

1400 Die CDU bekennt sich zu einem bürgernahen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst und den

1401 Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

1402

1403 **12. Zukunft der Städte**

1404 Das Land Schleswig-Holstein wird nicht nur durch seinen ländlichen Raum geprägt, sondern in
1405 ganz besonderem Maße auch durch seine Städte. Beides, den ländlichen Raum und die Städte, gilt
1406 es für die Zukunft weiterzuentwickeln.

1407 Die Städte ziehen mit ihrem vielfältigen Angebot zahlreiche Menschen an, um dort zu studieren, zu
1408 leben, zu arbeiten, einzukaufen und ihre Freizeit zu verbringen. Hier finden Familien mit Kindern,
1409 Alleinerziehende, Jugendliche, Singles und Senioren Heimat und attraktives Lebensumfeld. Auch
1410 kulturelle und touristische Angebote in den Städten ziehen die Menschen an.

1411 Die Kommunalpolitik steht heute mehr denn je in der Verantwortung, eine zukunftsweisende Poli-
1412 tik in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern, Unternehmern und Verbänden voranzutreiben.
1413 Dazu gehört unter anderem eine differenzierte und bedürfnisgerechte Stadtplanung, eine aktive
1414 Wirtschaftsförderung und gute Bildungspolitik.

1415 Die Städte sind heute auf eine gut ausgebaute Infrastruktur, Arbeitsplätze schaffende Unterneh-
1416 men, leistungsfähige Bildungs- und Forschungsstätten, eine gute Beratung und Unterstützung
1417 durch die kommunale Verwaltung, eine ausreichende Betreuungsinfrastruktur für junge Familien
1418 und attraktive Sport- und Kulturangebote angewiesen.

1419 Gerade in den Städten müssen wir uns aber auch noch stärker um die Themen Integration und
1420 Demographischer Wandel kümmern. Die sozialen Strukturen in den Städten sind vielfältig und
1421 heterogen. Auf die verschiedenen Lebenswirklichkeiten muss die Politik reagieren und sich der
1422 speziellen Bedürfnisse der Stadtbevölkerung annehmen.

1423 Soziale Unterschiede in der Bevölkerung sind in der Stadt durch die räumliche Nähe und die kultu-
1424 relle und religiöse Vielfalt besonders gut sichtbar. Es muss sich darum auch in besonderem Maße
1425 um soziale Probleme, um Themen wie Migration, Arbeitslosigkeit, Kinderbetreuung, öffentliche
1426 Sicherheit und Wohnungsmarkt gekümmert werden.

1427 Die CDU will die Qualität des Zusammenlebens in den Städten verbessern. Wir wollen Investitio-
1428 nen in die Infrastruktur vornehmen und der Bevölkerung attraktive Lebensbedingungen anbieten.
1429 Hierzu bedarf es differenziertere Konzepte der Städteplanung.

1430

1431 **13. Ländliche Räume**

1432 Der Ländliche Raum ist und bleibt eine wesentliche Stärke des Landes Schleswig-Holstein .Ein gro-
1433 ßer Teil der Bevölkerung lebt und arbeitet hier, Tourismus und Erholung finden hier statt.

1434 Wir wollen den Ländlichen Raum in seinen vielfältigen Funktionen umfassend erhalten, stärken
1435 und weiterentwickeln, damit er auch künftigen Herausforderungen gerecht werden kann.

1436 Wir wollen vergleichbare Lebensbedingungen sowie hochwertige und vielfältige Standards in allen
1437 wichtigen Bereichen des täglichen Lebens erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehört eine ent-
1438 sprechende Infrastruktur u.a. mit leistungsfähigen Bildungsangeboten, einer flächendeckenden
1439 Gesundheitsversorgung, einer Internet-Breitbandversorgung und einem funktionsfähigen Straßen-
1440 und gutem Wegenetz.

1441 Wir haben in der CDU-geführten Landesregierung in den vergangenen Jahren die Gemeinschafts-
1442 initiative LEADER+ mit 6 lokalen Aktionsgruppen erfolgreich umgesetzt. Wir haben das integrierte
1443 „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ (ELER-Förderperiode 2007-2013) aufgestellt und umge-
1444 setzt. Dabei wird durch 21 AktivRegionen ein eigenverantwortlicher Einsatz der Fördermittel er-
1445 reicht.

1446 Mit umfassender Beratung und der Förderung der Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein ha-
1447 ben wir die Weichen für die Versorgung unserer Bevölkerung und der Wirtschaft in den ländlichen
1448 Räumen mit dieser Zukunftstechnologie gestellt.

1449 Für die zukunftsgerichtete Entwicklung der ländlichen Gemeinden wollen wir Strategien entwi-
1450 ckeln, um auf demografische Veränderungen ebenso wie auf geänderte Ansprüche und Lebensge-
1451 wohnheiten reagieren zu können. Dabei wollen wir das erfolgreiche Prinzip der ortsnahen Ent-
1452 scheidungen über die Förderprojekte im Rahmen der AktivRegionen beibehalten. Das ist für die
1453 CDU ein ganz wesentliches Prinzip einer bürgernahen Politik, die darauf setzt, dass Entscheidun-
1454 gen gemeinsam mit den Menschen getroffen werden. ~~–statt in fernen Amtsstuben~~ erdacht und
1455 dekretiert. EU-, Bundes- und Landesfördermittel zur Entwicklung des Ländlichen Raumes werden
1456 wir in diesem Sinne weiterhin so einsetzen, dass sie möglichst viele Funktionen positiv beeinflus-
1457 sen.

1458 Künftig soll die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land enger aufeinander abgestimmt werden,
1459 damit wir Synergien schaffen und Fehlentwicklungen vermeiden können. Es gilt, in den ländlichen

1460 Räumen vorhandene Potentiale zu erkennen und zu erschließen. Dafür brauchen wir den Sachver-
1461 stand der Menschen vor Ort.

1462 Mit einer zügigen Breitbandversorgung wollen wir den ländlichen Raum auch weiterhin an die
1463 elektronische Welt anschließen und die Möglichkeit für die Einrichtung neuer und innovativer Ar-
1464 beitsplätze schaffen.

1465 Bei der Besiedelung und bei Infrastrukturmaßnahmen setzen wir uns dafür ein, den Flächenver-
1466 brauch so gering wie möglich zu halten. Wo immer möglich, sollen Flächen entsiegelt werden, um
1467 einen Ausgleich zu schaffen.

1468

1469 **14. Innere Sicherheit zum Schutz**
1470 **unserer Bürgerinnen und Bürger**

1471 Sicherheit ist ein wichtiges Grundbedürfnis der Menschen. Sie ist wesentlicher Teil der Lebensqua-
1472 lität und somit auch Standortfaktor für Schleswig-Holstein. Für die innere Sicherheit trägt der
1473 Staat die alleinige Verantwortung, nur dort liegt auch das sog. Gewaltmonopol.

1474 Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie. Hierzu gehören insbesondere eine gute Polizei, ein la-
1475 gegerecht ausgestatteter Verfassungsschutz und eine konsequente Rechtsverfolgung. Die schles-
1476 wig-holsteinische Polizei muss weiterhin in die Lage versetzt werden, durch Präsenz, qualifizierte
1477 Intervention und Ermittlungsarbeit die Sicherheit zu gewährleisten und für ein subjektives Sicher-
1478 heitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sorgen.

1479

1480 **14.1 VERLÄSSLICHKEIT FÜR UNSERE POLIZEI**

1481 Die CDU hat dafür gesorgt, dass unsere Polizistinnen und Polizisten weiterhin in ausreichender
1482 Stärke gut ausgebildet werden und dass die notwendige Ausstattung einsatzgerecht bereitgestellt
1483 wird (z.B. erhebliche Verstärkung der DNA - Analysen, Ausstattung mit Winterreifen)

1484 Die Umstellung auf vier moderne Leitstellen ist abgeschlossen und hat sich inzwischen im Tages-
1485 betrieb bewährt. Die Einführung des Digitalfunkes ist weit vorangeschritten. Durch beide Maß-
1486 nahmen wird die Einsatzfähigkeit der Polizei und der Rettungsdienste erheblich verbessert. Die
1487 Konzentration der Polizei auf ihre Kernaufgaben und vereinzelte Strukturanpassungen erbringen
1488 eine Stärkung der Einsatzfähigkeit vor Ort. Wir haben die Beförderungsmöglichkeiten und damit
1489 die persönlichen Perspektiven der Beamten verbessert.

1490

1491 Die CDU will in den nächsten Jahren,

- 1492
- eine einsatzgerechte Stärke und Ausstattung der Polizei auch in der Fläche erhalten,
- 1493
- die Nachwuchsgewinnung für unsere Polizei auf qualifizierte und gut motivierte Frauen
- 1494
- und Männer auch mit Migrationshintergrund richten,

- 1495 • durch eine überdurchschnittlich gute Ausbildung und durch die Fortsetzung eines verlässlichen
1496 Beförderungskonzeptes die Attraktivität des Polizeiberufs weiter verbessern, um
1497 trotz steigenden Wettbewerbes auf dem Arbeitsmarkt ausreichende Kräfte zu gewinnen,
- 1498 • durch klare Aufstiegschancen der Beamten eine sichere Berufsperspektive geben und aus-
1499 reichende Maßnahmen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz gewährleisten,
- 1500 • die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern, um die verstärkte Einbindung
1501 von Frauen in den Polizeiberuf zu gewährleisten.
- 1502 • nach der notwendigen Erhöhung der besonderen Altersgrenze eine altersorientierte Per-
1503 sonalpolitik zu entwickeln.

1504 Polizeibeamte sichern unsere Gesellschaft und repräsentieren unseren Staat. Die CDU hält die
1505 stetig ansteigende körperliche und verbale Gewalt gegen diese für völlig unakzeptabel. Wir wer-
1506 den deshalb alles tun, damit für diese Taten ein höheres Strafmaß durchgesetzt wird. Eine Kenn-
1507 zeichnungspflicht für Polizeibeamte bei geschlossenen Einsätzen lehnt die CDU ab.

1508 Die stark steigenden Großlagen bei Demonstrationen und Großveranstaltungen mit gewaltberei-
1509 ten Teilnehmern sind eine große Belastung für unsere Polizei, die auf Dauer mit den jetzigen Mit-
1510 teln nicht zu leisten sein wird.

1511 Die Politik, aber auch unsere Gesellschaft insgesamt, muss sich noch stärker als bisher solidarisch
1512 vor die Polizeibeamten stellen.

1513

1514 **14.2 JUGENDKRIMINALITÄT NOCH STÄRKER BEKÄMPFEN**

1515 Die Kriminalität und insbesondere die Gewalttaten von jungen Menschen haben in den vergange-
1516 nen Jahren erschreckend zugenommen. Deshalb sieht die CDU hier einen wichtigen Schwerpunkt
1517 in der Kriminalitätsbekämpfung.

1518 Eine frühestmögliche Prävention und Intervention ist ein Garant für die Verhinderung von krimi-
1519 nellen Karrieren.

1520 Ein gesundes Rechtsbewusstsein, starkes Selbstbewusstsein der Jugendlichen und eine positive
1521 Lebensperspektive verhindern in der Regel ein Abgleiten in die Kriminalität. Deshalb will die CDU

1522 eine entsprechende starke Präventionsarbeit in enger Vernetzung aller verantwortlichen Einrich-
1523 tungen insbesondere auch mit den Kommunen.

1524 Jugendliche Täter müssen eine schnelle und differenzierte, aber konsequente Reaktion erfahren.
1525 Schnelle Verfahren (z.B. Warnschussarrest) , erzieherische Begleitung und die Pflicht zur soforti-
1526 gen Wiedergutmachung bei den Opfern sind notwendige Schritte, um Wiederholungstaten zu ver-
1527 hindern.

1528 Bei jugendlichen Intensivtätern, die sich in unser Rechtssystem in keiner Weise einordnen wollen,
1529 muss dem Schutz der Gesellschaft die notwendige Priorität eingeräumt werden. Notwendige
1530 Unterbringungsmaßnahmen müssen zwingend sozialtherapeutisch begleitet werden.

1531 Die Einrichtung einer sog. Jugend-Task-Force soll hier weitere Fortschritte bringen.

1532 Die CDU will, dass die über 18-Jährigen als Volljährige grundsätzlich nach dem Erwachsenenstraf-
1533 recht verfolgt werden.

1534

1535 **14.3 KEINE RECHTSFREIEN RÄUME FÜR TERRORISMUS, EXTREMISMUS UND OR-** 1536 **GANISIERTE KRIMINALITÄT**

1537 Der internationale Terrorismus, aber auch die Gewalttaten von Extremisten und die organisierte
1538 Kriminalität sind eine große Gefahr für unser Land. Für unsere Polizei und - wo zuständig auch für
1539 den Verfassungsschutz – ist dieses deshalb eine besondere Aufgabe, für die diese personell wirk-
1540 sam ausgestattet sein müssen, die notwendigen rechtlichen Instrumente benötigen Vorratsdaten-
1541 speicherung, Anti-Terror-Gesetze) und über die erforderliche Ausstattung verfügen. Die Aufklä-
1542 rungserfolge der jüngsten Vergangenheit wären ohne diese nicht möglich gewesen.

1543 Eine frühzeitige Beobachtung von extremistischen Gruppierungen ist zwingend erforderlich.

1544 Die Rockerkriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität, die nicht toleriert wird. Das Verbot
1545 solcher Gruppen wird deshalb fortgeführt.

1546 Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und die Freiheitsrechte in unserer Demokratie sind
1547 kein Widerspruch, sondern sie bedingen einander.

1548 Die CDU will, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger frei und sicher leben können. Für uns gibt
1549 es null Toleranz gegenüber jeglichem religiösen und politischen Extremismus.

1550 Nur mit der CDU behält die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein die notwendige Priorität.

1551

1552 **14.4 INTERNETKRIMINALITÄT**

1553 Das Internet ist heute Teil unseres gesellschaftlichen Lebens mit großen Chancen aber auch Risi-
1554 ken. Das Internet darf jedoch kein rechtsfreier Raum sein. Die Rechtsregeln, die für unser Zusam-
1555 menleben gelten, die den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein sichern und die vor Straftaten
1556 schützen, müssen auch im Internet gelten.

1557 Schwarzhandel mit Adressen, Diebstahl persönlicher Daten, illegale Kontoabbuchungen und das
1558 betrügerische Verfolgen von Ansprüchen aus vermeintlichen Vertragsschlüssen im Internet darf es
1559 nicht geben. Dazu gilt es auch die Kompetenz der Internetnutzer zu stärken. Unsere Mitbürger
1560 müssen von klein auf im Umgang mit den modernen Medien, sowohl im Internet, als auch als Kon-
1561 sument für alle neue Medien gestärkt werden. Eltern, Kindertagesstätten und Schulen haben die
1562 Aufgabe, die Medienkompetenz der jungen Generation auszubilden und weiter zu verbessern. Für
1563 die älteren Mitbürger sind z.B. über die Erwachsenenbildungseinrichtungen Wege zu suchen, die
1564 Informationen über neue Medien und das Internet stetig zu verbessern.

1565 Die CDU tritt dafür ein, dass Kriminalität, die im Internet stattfindet, entschieden bekämpft
1566 wird. Deshalb werden wir

1567 • die Vorschriften - auch im Strafrecht - den modernen Entwicklungen stetig anpassen, um
1568 den Schutz der Bevölkerung ausreichend zu gewährleisten,

1569 • die Polizei mit der notwendigen Technik ausstatten, um Straftaten im und durch das Inter-
1570 net erfolgreich bekämpfen zu können,

1571 • die beteiligten Unternehmen verpflichten, die Rechtsregeln und den Datenschutz im Inter-
1572 net verlässlich einzuhalten,

1573 • Internetbenutzer in dem Bewusstsein stärken, damit diese auch eigenverantwortlich darü-
1574 ber wachen, wie viele Daten sie über sich dem Internet anvertrauen.

1575 **14.5 DEN WANDEL BEI FEUERWEHR UND KATASTROPHENSCHUTZ**
1576 **GEMEINSAM MEISTERN**

1577 Unsere 1400 Feuerwehren sind für die Sicherheit in den Kommunen aber auch aus gesellschaftli-
1578 chen Gründen unverzichtbar. Die freiwilligen und die vier hauptamtlichen Feuerwehren im Lande
1579 müssen gut ausgebildet und ausgerüstet sein, sowie überall über ausreichende Kräfte verfügen
1580 können. Gleiches gilt für die übrigen Hilfsorganisationen und den Rettungsdienst in Schleswig-
1581 Holstein.

1582 Durch die veränderten Bedingungen in der Arbeitswelt, aber auch durch die Folgen der ausgesetz-
1583 ten Wehrpflicht und durch den einsetzenden demographischen Wandel, stehen diese Einrichtun-
1584 gen vor einem Wandel und großen Herausforderungen. Viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz
1585 nicht mehr am Wohnort. Dadurch ist die Einsatzfähigkeit insbesondere am Tage nicht immer aus-
1586 reichend gewährleistet.

1587 Die CDU hat das Ziel, die Feuerwehr in der flächendeckenden Struktur leistungsfähig zu erhalten.
1588 Die Schaffung von Stützpunktfeuerwehren ist dabei der falsche Weg.

1589 Um den veränderten Bedingungen gerecht zu werden, sind erhebliche gemeinsame Anstrengun-
1590 gen der Kommunen und des Landes erforderlich.

1591 Die hält es für erforderlich, dass

- 1592 • die notwendige Mitgliederwerbung für unsere aktiven Wehren landesweit durchgeführt
1593 wird, um ausreichend Frauen und Männer zu erreichen,
- 1594 • die Landesfeuerweherschule auch 75 Jahre nach der Gründung modern und leistungsstark
1595 aufgestellt bleibt und von den Feuerwehrleuten intensiv genutzt wird,
- 1596 • die Feuerschutzsteuer ein verlässlicher Finanzierungsbeitrag bei der Ausstattung der Weh-
1597 ren ist,
- 1598 • die Arbeitgeber in großer Zahl als "Partner der Feuerwehr" den Dienst ihrer Mitarbeiter un-
1599 terstützen,
- 1600 • die Feuerwehrleute nicht nur an ihrem Wohnort, sondern zusätzlich auch am Arbeitsort tä-
1601 tig sein können,

- 1602 • möglichst viele Jugendwehren in unseren Gemeinden gute Jugendarbeit leisten und viele
1603 neue, junge Feuerwehrleute ausbilden.

1604 Schleswig-Holstein ist durch die Lage zwischen den Meeren besonders gefährdet, in Katastrophen-
1605 lagen zu kommen. Dieses erfordert besondere Anstrengungen im Katastrophenschutz. Starke
1606 Hilfsorganisation im technischen Bereich, wie das THW oder im Rettungsbereich, wie DRK, ASB,
1607 Johanniter, DLRG u.a. sind erforderlich und müssen entsprechend unterstützt werden. Der Bundes-
1608 freiwilligendienst kann und soll dies zusätzlich stärken. Er bietet Menschen aller Altersgruppen
1609 attraktive Einsatzmöglichkeiten im Dienst für die Gemeinschaft. Die örtlichen Feuerwehren bilden
1610 auch für den Katastrophenschutz eine wichtige Basis. Die Kreise und das Land müssen die Einsätze
1611 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich optimal führen können. Deshalb haben wir logischerwei-
1612 se auf Landesebene die Aufgaben der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes wieder unter ei-
1613 nem Dach vereint. Die Verknüpfung der Zuständigkeiten auch mit den Rettungsdiensten ist unser
1614 Ziel.

1615 Der besondere Feuerwehrführerschein ist auf Initiative der CDU inzwischen umgesetzt und er-
1616 leichtert die Einsatzbereitschaft vor Ort.

1617 Die CDU ist dankbar für das große ehrenamtliche Engagement in allen "Blaulichteinheiten".

1618

1619 **14.6 MODERNES GLÜCKSSPIELGESETZ UND BEKÄMPFUNG DER SPIELSUCHT**

1620 Mit dem Glücksspielgesetz Schleswig-Holstein haben wir eine Grundlage für ein dem illegalen
1621 Glücksspiel entgegenwirkendes, europarechtskonformes Glücksspielrecht geschaffen. Wir haben
1622 dabei strenge Kriterien formuliert, unter denen Glücksspielangebote im Internet vom Staat ge-
1623 nehmigt und kontrolliert werden. Die Lizenzentnahmen werden einen Beitrag zur Bekämpfung der
1624 Spielsucht, zur Suchtprävention, zur Insolvenzberatung und zur Sportförderung leisten.

1625 Wir würden es begrüßen, wenn es auch zu einer länderübergreifenden EU-konformen Regelung
1626 des Glücksspieles käme. Das Glücksspiel in Spielhallen wollen wir mit einem Spielhallengesetz mit
1627 strengen Auflagen begegnen, um auch hier die Spielsucht wirksamer zu bekämpfen.

1628

1629

1630

1631 **15. Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft –**
1632 **prägend für unser Land**

1633

1634 **15.1 LEISTUNGSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT MIT MITTELSTÄNDISCHEN BETRIEBEN**

1635 In Schleswig-Holstein werden rund 70 % der Fläche - das entspricht knapp einer Million Hektar -
1636 von über 14.000 Betrieben landwirtschaftlich bewirtschaftet. Mit einem Umsatz von ca. 2,8 Milli-
1637 arden Euro in der Landwirtschaft und ca. 5,5 Milliarden Euro in der Ernährungswirtschaft zeigt sich
1638 die große wirtschaftliche Bedeutung der Branche für unsere ländlichen Räume in Schleswig-
1639 Holstein und für unser Land. Die hier erzielten Naturalerträge und wirtschaftlichen Abschlüsse
1640 können sich im bundesweiten Vergleich sehen lassen. Aufgrund von hervorragend ausgebildeten
1641 Unternehmerinnen und Unternehmern, leistungsstarken Strukturen, guten Böden und klimati-
1642 schen Bedingungen erzielen wir beste Ergebnisse. Das sind grundlegende Voraussetzungen für die
1643 internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe, die wir erhalten und stärken wollen.

1644 Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen für erneuerbare Energien wird steigen. Zu-
1645 gleich stellen Infrastrukturvorhaben wie Straßenbau, Netzausbau sowie die Standortsuche für
1646 Wind, Solar- und Biogasanlagen zunehmende Ansprüche an die Flächenverfügbarkeit. Natur- und
1647 Umweltschutz und Artenvielfalt erfordern Rücksichtnahme und Kooperation seitens der Landwirt-
1648 schaft. In diesem Spannungsfeld muss die zukünftige Landesagrarpolitik die verschiedenen An-
1649 sprüche abwägen und die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

1650

1651 ***Vielseitige Agrarstruktur mit Familienbetrieben***

1652 Ziel einer CDU-geführten Agrarpolitik ist eine Landwirtschaft mit mittelständischen Betrieben, die
1653 sich im europäischen und internationalen Wettbewerb behaupten, ohne auf staatliche Unterstüt-
a 1654 zung dauerhaft angewiesen zu sein. Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen
a 1655 machen dies auf absehbare Zeit nicht möglich.

b 1654 Wir streben eine vielfältige Agrarstruktur an, in deren Mittelpunkt Familienbetriebe mit gut aus-
b 1655 gebildeten Unternehmerinnen und Unternehmern stehen. Sie erzeugen hochwertige, gesunde
1656 Lebens- und Futtermittel und nachwachsende Rohstoffe in einem ausgewogenen Anbauverhältnis;
1657 Sie erhalten unsere schöne Landschaft und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für eine gesunde
1658 Umwelt.

1659 Wir streben eine hohe Wertschöpfung in unserem Land durch Verarbeitung, Veredelung und Ver-
1660 marktung der hiesigen Erzeugnisse an. Hierfür wollen wir eine stärkere Regionalität unserer Pro-
1661 dukte „Made in Schleswig-Holstein“ entwickeln. Auch deshalb gilt es, die Kulturlandschaft, die
1662 Bodenfruchtbarkeit und die Tiergesundheit zu erhalten sowie Umweltschäden und –belastungen
1663 zu vermeiden. Die verantwortungsvolle Nutzung natürlicher Ressourcen ist für uns die Grundlage
1664 für eine nachhaltige Landwirtschaft.

1665 Besondere kostenträchtige Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl sind von der Ge-
1666 sellschaft angemessen zu entlohnen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen für den Natur- und
1667 Artenschutz sowie für Klimaschutz.

1668 In Schleswig-Holstein hat die CDU-geführte Landesregierung in den vergangenen Jahren die Wett-
1669 bewerbsfähigkeit und Eigenverantwortung der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich gestärkt.
1670 Sie hat den Ausstieg aus der Milchquote auf EU-Ebene aktiv begleitet und unterstützt, indem sie
1671 u.a. eine Potentialanalyse Milchwirtschaft für Schleswig-Holstein erstellt und ein Milchkompetenz-
1672 Zentrum an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gegründet hat.

1673 Die erfolgreichen Landesgartenschauen in Schleswig und in Norderstedt haben wir initiiert und
1674 umgesetzt.

1675

1676 ***Effiziente Agrar- und Umweltverwaltung***

1677 Wir haben mit vielen Maßnahmen bereits eine deutliche Verwaltungsvereinfachung erreicht, in-
1678 dem wir z.B. jeden zweiten Erlass aufgehoben haben, darunter auch den Knickerlass. Außerdem
1679 haben wir die gesamte Agrar- und Umweltverwaltung umfassend neu geordnet und damit effizien-
1680 ter und schlanker gemacht. Wir r haben ein IT-gestütztes Antragsverfahren für die Prämienrege-
1681 lung eingeführt und konnten zeitgleich die statistischen Erhebungen durch Nutzung der Daten aus
1682 den Prämianträgen verringern.

1683 Wir wollen in den Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013
1684 erreichen, dass die Kommissionsvorschläge grundlegend im Interessen Schleswig-Holsteins geän-
1685 dert werden. Dabei sollen auch die richtigen Signale in Richtung internationale Wettbewerbsfähig-
1686 keit und Honorierung von Gemeinwohlleistungen gesetzt werden.

1687 Durch konkrete Vorschläge auf EU-Ebene wollen wir den Verwaltungsaufwand reduzieren und die
1688 Eigenkontrollen stärken. Eine Politik der Bevormundung lehnen wir ab.

1689 Wir wollen weiterhin die Gemeinwohlleistungen unserer Landwirtschaft über Vertragsnatur-, Ge-
1690 wässer- und Klimaschutz honorieren. Diese Leistungen sollen eng mit den Maßnahmen der GAP
1691 verzahnt werden. Gleiches gilt für besondere Umweltleistungen des Ökolandbaus.

1692 Wir wollen fachliche Standards weiterentwickeln und an sich verändernde Rahmenbedingungen
1693 anpassen. Die landwirtschaftlichen Tierhaltungsformen werden weiterhin den Bedürfnissen der
1694 Nutztiere angepasst.

1695

1696 ***Marktorientierte Ernährungswirtschaft***

1697 Mit einer CDU-geführten Landesregierung wollen wir die marktorientierte Ernährungswirtschaft
1698 weiterentwickeln, damit die in Schleswig-Holstein erzeugten Qualitätsprodukte mit möglichst
1699 hoher Wertschöpfung veredelt und auf dem Weltmarkt abgesetzt werden können.

1700 Wir wollen eine dritte Landesgartenschau ausschreiben, denn die Beispiel Schleswig und Norders-
1701 tedt haben gezeigt, dass Landesgartenschauen lokal und überregional wertvolle Entwicklungsim-
1702 pulse setzen.

1703

1704 **15.2 FISCHEREI: TRADITIONSREICHES MARKENZEICHEN UNSERES LANDES**

1705 Küsten- und Binnenfischerei sind ein traditionsreiches Markenzeichen Schleswig-Holsteins. Auch
1706 künftig sollen Fischkutter unsere Nord- und Ostseehäfen beleben und Binnenfischer unsere Seen
1707 und Teichanlagen bewirtschaften. Unser Ziel ist, dass fangfrische und verarbeitete Fische, Krabben
1708 und Muscheln aus dem Land zwischen den Meeren in Schleswig-Holstein und darüber hinaus er-
1709 folgreich vermarktet werden. Besonderen Wert legen wir auf eine nachhaltige und umweltgerechte
1710 Nutzung.

1711 Die CDU-geführte Landesregierung hat die EU-Fischereipolitik aktiv begleitet. Wir haben die Kon-
1712 ferenz der norddeutschen Fischereiminister gegründet und gemeinsam ein 9-Punkte-Programm
1713 mit politischen Forderungen an die EU verabschiedet. Zur Unterstützung unserer Fischereibetriebe

1714 haben wir ein zentrales „Zukunftsprogramm Fischerei“ mit 32 Mio. Euro entwickelt und umgesetzt.
1715 Wir haben den Krabben- und Muschelfischern geholfen, zukunftsgerichtete Konzepte und Pro-
1716 gramme zu entwickeln. Dazu gehört z.B. ein neues internetgeführtes Direktvermarktungssystem.
1717 Um die Binnenfischer und Teichwirte vor Existenz gefährdenden Schäden zu bewahren, haben wir
1718 eine Kormoranverordnung erlassen.

1719 Im Rahmen der Verhandlungen der Gemeinsamen Fischereipolitik auf EU-Ebene und der Gesprä-
1720 che mit der Bundesregierung sowie mit Maßnahmen auf Landesebene wollen wir die EU-
1721 Fischereipolitik so gestalten, dass die Fischbestände nicht übernutzt werden und die Kutterfischer
1722 ein angemessenes Einkommen aus ihren Fängen erzielen.

1723

1724 ***Fischereibetriebe entlasten – Einkommen sichern***

1725 Zur Entlastung unserer Fischereibetriebe muss die EU den Verwaltungs- und Kontrollaufwand
1726 deutlich reduzieren. Sie muss zudem den Kutterfishern die Möglichkeit einräumen, ihre Markt-
1727 stellung über nationale und transnationale Erzeugerorganisationen zu verbessern, ohne mit den
1728 Kartellbehörden in Konflikt zu geraten.

1729 Wir wollen die Wertschöpfung durch Steigerung von Direktvermarktung und Verarbeitung zu
1730 Fischprodukten in Schleswig-Holstein verbessern. Hierfür sollen konzentriert Mittel aus dem EU-
1731 Förderprogramm der Fischerei eingesetzt werden.

1732 Wir werden die Modernisierung der Fischkutter und energiesparende Investitionen weiterhin för-
1733 dern. Wir setzen uns darüber hinaus bei der EU weiter für die Neubauförderung ein.

1734 Wir werden uns auch weiterhin für ein EU-weites Management der Brutbestände des Kormorans
1735 einsetzen.

1736

1737 **15.3 FORSTWIRTSCHAFT/JAGD**

1738 Nachhaltig bewirtschaftete, naturnahe Wälder sollen ihren Eigentümern wirtschaftliche Erträge
1739 und der Gesellschaft einen Nutzen für Erholung, Natur- und Klimaschutz bringen.

1740 Langfristig soll der Waldanteil Schleswig-Holsteins, dem waldärmsten Bundesland, von heute 10
1741 auf 12 Prozent der Landesfläche steigen. Die landeseigenen Wälder – etwa ein Drittel des Waldbe-
1742 standes in Schleswig-Holstein – sollen ohne staatliche Zuschüsse bewirtschaftet werden; sie sind
1743 in besonderem Maße dem Gemeinwohl verpflichtet.

1744 Die Jagd muss weiterhin ein wichtiges Element zum Erhalt gesunder, artenreicher
1745 Wildbestände bleiben. Jäger betreiben aktiven Natur- und Artenschutz, indem naturnahe, heimi-
1746 sche Wildtierpopulationen erhalten werden. Wildschäden in Forst und Flur müssen minimiert, die
1747 Gefahren von Verkehrsunfällen und Krankheiten gemindert werden.

1748 In der CDU-geführten Landesregierung haben wir das Landeswaldgesetz und das Landesjagdgesetz
1749 novelliert und dabei Bürokratie abgebaut und die Eigenverantwortung gestärkt. Mit einer Anpas-
1750 sung der Jagdzeitenverordnung haben wir auf starke Wildschäden reagiert.

1751 Wir haben die landeseigenen Forstflächen in die „Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten“
1752 eingebracht und dem Betrieb eine stärkere wirtschaftliche Ausrichtung gegeben, ohne die Ge-
1753 meinwohlleistungen zu schmälern. Wir wollen die Forstwirtschaft auch weiterhin von staatlicher
1754 Reglementierung und Marktregulierung weitgehend freihalten.

1755 Durch Beratung und Förderung sollen mit der CDU stabile und zukunftsfähige Wälder ermöglicht
1756 werden, die auch sich ändernden Klimaverhältnissen gerecht werden. Leistungen der Waldbesitzer,
1757 die über gesetzliche Regelungen hinausgehen, wollen wir finanziell, z.B. über Vertragsnatur- und
1758 Vertragsklimaschutz, entlohnen. Die Finanzierung soll über EU-Programme und Einnahmen aus
1759 dem Emissionshandel erfolgen, die einen Wald-Klima-Fonds speisen. Wir wollen künftig die Poten-
1760 ziale des Holzmarktes stärker nutzen, u.a. durch die gemeinsame Vermarktung von Qualitätsholz,
1761 die Verarbeitung zu innovativen Holzprodukten oder die Nutzung zur Energieerzeugung.

1762 Wir werden die Strukturen der schleswig-holsteinischen Landesforsten weiter verbessern und neue
1763 Geschäftsfelder erschließen, um weiterhin erfolgreich wirtschaftlich tätig zu sein und die staatli-
1764 chen Zuschüsse zu reduzieren.

1765 Wir wollen durch die angepasste Jagdzeitenverordnung und verbesserte Maßnahmenprogramme
1766 problematische Wildbestände besser regulieren und so zum Schutz von Wald und landwirtschaftli-
1767 chen Kulturen beitragen. Die Jägerschaft als anerkannter Naturschutzverband soll von uns noch
1768 stärker in den freiwilligen Arten- und Naturschutz eingebunden werden.

1769

1770 **16. Umwelt- und Naturschutz: Lebensgrundlagen erhalten**

1771 Die Umwelt- und Naturschutzpolitik steht zunehmend in engen Wechselbeziehungen zur Wirt-
1772 schaft-, Agrar- und Energiepolitik. Gerade Schleswig-Holstein, das als Land zwischen den Meeren
1773 wesentlich auf die Nutzung seiner natürlichen Ressourcen angewiesen ist, muss weiterhin große
1774 Anstrengungen unternehmen, seine natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und, wo nötig, zu
1775 stärken. Besiedlung und Verkehr gerade in den Ballungsräumen aber auch die zunehmende Flä-
1776 chenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittelproduktion, Erzeugung erneuerbarer Energie und Flä-
1777 chenansprüchen des Naturschutzes erfordern neue und angepasste Strategien zur Durchsetzung
1778 der umweltpolitischen Ziele. Der Schutz der Natur ist aber nicht nur eine staatliche Aufgabe, son-
1779 dern erfordert zunehmend Eigenverantwortung sowie partnerschaftliches und ehrenamtliches
1780 Engagement der gesamten Gesellschaft. In Anbetracht der zunehmend begrenzten Möglichkeiten
1781 von Staat und Verwaltung kann Natur- und Umweltschutz nur dann dauerhaft erfolgreich sein,
1782 wenn wir alle uns aktiv dafür einsetzen, unsere Lebensgrundlagen und das wertvolle Naturerbe für
1783 die Nachwelt zu erhalten. Deshalb ist es von großer Bedeutung, sowohl bei der Umweltbildung als
1784 auch bei der Ausgestaltung der Natur- und Umweltschutzpolitik die richtigen Anreize zu setzen.

1785

1786 ***Partnerschaft und Eigenverantwortung für Natur und Umwelt***

1787 Die Bewahrung der Schöpfung ist unser zentrales Anliegen. Dazu sind die Ressourcen wie sauberes
1788 Wasser, lebendiger Boden, saubere Luft und eine hohe Artenvielfalt als Lebensgrundlagen für
1789 nachfolgende Generationen zu erhalten.

1790 Der chemische und ökologische Zustand vieler Gewässer muss weiter verbessert werden; das gilt
1791 insbesondere auch im internationalen Verbund für Nord- und Ostsee. Das Grundwasser ist vor
1792 Einträgen zu schützen. Der Artenrückgang in Flora und Fauna muss gestoppt werden.

1793 Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen ist nachhaltig zu reduzieren. Wenn Flä-
1794 chen neu bebaut werden, müssen nicht mehr benötigte wieder „entsiegelt“ werden.

1795 Die Vielfalt und Schönheit der Natur sind zu erhalten, auch als Grundlage für den Tourismus.

1796 Wir fühlen uns dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet. Ökonomie, Ökologie und Sozia-
1797 les stehen für uns im Gleichklang.

1798 Die Abfallwirtschaft ist noch stärker Ressourcen schonend auszurichten. Dazu gehört eine Kreis-
1799 lauwirtschaft mit höchst möglicher Verwertung und Gewinnung wertvoller Sekundärrohstoffe.

1800 Es gilt, Lärmbelastungen und andere Emissionen zu vermeiden und zu vermindern.

1801 Nach der Stagnation der rot-grünen Regierungsjahre hat die CDU dem Umwelt- und Naturschutz
1802 in Schleswig-Holstein wichtige neue Impulse verliehen. Statt Naturschutz nur „von oben“ anzuord-
1803 nen haben wir notwendige neue Möglichkeiten der Mitwirkung und des partnerschaftlichen Enga-
1804 gements geschaffen, die zum Teil bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt haben. Diesem neuen
1805 Ansatz ist es auch zu verdanken, dass ein CDU-geführtes Umwelt- und Landwirtschaftsministerium
1806 die Verfahren zur Umsetzung sowohl der europäischen FFH- als auch der Vogelschutzrichtlinie
1807 endlich erfolgreich abschließen konnte – woran Rot-Grün zuvor über Jahre immer wieder geschei-
1808 tert war.

1809 Als erstes Bundesland haben wir mit der CDU außerdem eine langfristig angelegte Strategie „Na-
1810 turschutz 2020“ entwickelt, die Richtschnur für unser Handeln ist, um die gesetzten Ziele zu errei-
1811 chen.

1812 Im Mittelpunkt unserer Naturschutzpolitik steht die Kooperation: deshalb haben wir den Vertrags-
1813 naturschutz durch neue, auf die jeweiligen Verhältnisse angepasste Vertragsmuster ausgeweitet
1814 und finanziell erheblich aufgestockt; lokale Aktionen, die praktische Naturschutzarbeit „vor Ort“
1815 leisten, haben wir besonders gefördert.

1816 Das europäische Netz NATURA 2000 haben wir praxisgerecht ausgestaltet und zahlreiche Mana-
1817 gementpläne erstellt.

1818 Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs haben wir ein effizientes Management entwickelt, indem
1819 vorrangig Qualitätsverbesserungen auf vorhandenen Naturflächen verwirklicht werden.

1820 Die naturschutzrechtliche Eingriffs- und Ausgleichsregelung haben wir deutlich vereinfacht und
1821 flexibler gestaltet; das Ökokonto-System wurde attraktiver gemacht.

1822 Wenn freiwillige Maßnahmen nicht zum Ziel führten, mussten auch ordnungsrechtliche Maßnah-
1823 men ergriffen werden, wie z.B. zum Schutz des Dauergrünlandes.

1824 Wir haben erreicht, dass unser Nationalpark Wattenmeer von der UNESCO als „Weltnaturerbe“
1825 anerkannt wurde – ein großer internationaler Erfolg.

1826 Das Renaturierungsprogramm für unsere Fließgewässer wurde in enger Zusammenarbeit mit den
1827 Wasser- und Bodenverbänden erfolgreich fortgesetzt.

1828 Trotz verkürzter Legislaturperiode ist es uns gelungen, das Landesnaturschutz-, Landeswasser-,
1829 Landeswald-, Landesjagd- und Landesabfallgesetz zu novellieren. Dabei ging es uns – neben der
1830 notwendigen Anpassung an neues Bundesrecht – vor allem um Vereinfachung und Entrümpelung
1831 überbürokratischer Vorschriften aus der Vergangenheit.

1832 Wir werden das zukunftsweisende Programm „Naturschutz 2020“ konsequent fortführen. Im Mit-
1833 telpunkt stehen dabei vor allem:

- 1834 • die Umsetzung des europäischen Netzes NATURA 2000,
- 1835 • das Artenhilfsprogrammen mit Hilfe der Artenagentur des Landes,
- 1836 • der weiter optimierte Vertragsnaturschutz,
- 1837 • unser neues Moorschutzprogramm zur Renaturierung der Hoch- und Niedermoore,
- 1838 • eine Qualitätsoffensive für Schutzgebiete und
- 1839 • die Förderung lokaler Aktionen.

1840 Bei der Umsetzung gelten für uns die Leitgedanken des Miteinander und der Vernetzung. Dazu
1841 sind die Betroffenen mit ihrer Kompetenz einzubeziehen, um eine hohe Akzeptanz zu erzielen. Das
1842 Prinzip der Freiwilligkeit rangiert vor dem Ordnungsrecht. Wir setzen weiterhin auf das ehrenamt-
1843 liche Engagement von Vereinen, Verbänden, lokalen Aktionen und engagierter Privatpersonen als
1844 Partner bei der Gebietsbetreuung und beim Artenschutz. Wir fördern die erfolgreiche Arbeit der
1845 Stiftung Naturschutz und weiterer privater Organisationen. Den ökologischen Zustand unserer
1846 Gewässer verbessern wir im Rahmen der weiteren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die
1847 EU-Hochwasserrichtlinie und die EU-Meeressstrategierahmenrichtlinie werden wir praxisgerecht
1848 umsetzen. Wir werden eine Ressourcen schonende, effiziente Abfallwirtschaft in enger Kooperati-
1849 on mit den Kommunen und der privaten Wirtschaft fortentwickeln. Wir unterstützen die Kommu-
1850 nen bei der von der EU vorgeschriebenen Aufstellung von Lärmschutzplänen.

1851
1852

1853 **17. Klimaschutz-Strategie**

1854 Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren ist vom Klimawandel besonders betroffen.
1855 Gleichfalls verfügen wir über große Ressourcen erneuerbarer Energien. Klimaschutz- und Energie-
1856 politik müssen daher eng aufeinander abgestimmt werden, um die Energiewende erfolgreich um-
1857 zusetzen und möglichst kurzfristig Erfolge zu erzielen.

1858 Bis 2020 wollen wir erreichen, dass in Schleswig-Holstein mehr erneuerbare Energie erzeugt als
1859 verbraucht wird. Die Treibhausgasemissionen sollen im gleichen Zeitraum um mindestens 40 Pro-
1860 zent gegenüber dem Stand von 1990 sinken.

1861 Durch Effizienzsteigerung, Energieeinsparung – z.B. bessere Wärmedämmung – und Ausbau der
1862 erneuerbaren Energie wollen wir den Ausstieg aus der Kernenergienutzung begleiten. Die Land-
1863 und Forstwirtschaft soll stärker in die Klimaschutzpolitik integriert werden. Durch den Ausbau der
1864 erneuerbaren Energie wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.

1865 Wir müssen uns rechtzeitig auf mögliche negative Folgen der Klimaänderung einstellen, in erster
1866 Linie an unseren Küsten.

1867 In der CDU-geführten Landesregierung haben wir einen „Aktionsplan Klimaschutz“ mit ausgewähl-
1868 ten Schwerpunkten in Bereichen mit großem Treibhausminderungspotential erstellt.

1869 Das „Integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm“ (IEKP) der Landesregierung bindet beide
1870 Politikbereiche zusammen und legt die Strategie der kommenden Jahre fest. Ein „Klimabeirat“ mit
1871 anerkannten Experten berät die Landesregierung. Umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen sind im
1872 Rahmen der Konjunkturprogramme des Bundes und der EU umgesetzt worden. Im Rahmen des
1873 Programms „Biomasse und Energie“ wurden innovative Maßnahmen mit Unterstützung durch das
1874 Kompetenzzentrum Biomassenutzung gefördert. Das „Moorschutzprogramm“ verbindet Natur-,
1875 Gewässer- und Klimaschutz, da Moore eine wichtige CO₂-Senke darstellen.

1876 Wir werden das „Integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm“ (IEKP) und den „Aktionsplan
1877 Klimaschutz“ konsequent umsetzen. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss verstärkt werden,
1878 ohne allerdings Landschaft, Natur und Gewässer zu schädigen. Auf allen Ebenen werden umfang-
1879 reiche Effizienzmaßnahmen umzusetzen und dazu Fördermittel des Bundes und der EU einzuwer-
1880 ben sein.

1881 Wir wollen erreichen, dass die Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der neuen EU-Förderperiode
1882 ab 2014 stärker eingebunden wird, z.B. über den Vertragsklimaschutz und eine gezielte Förderung
1883 der Aufforstung.

1884 Wir werden weiterhin einen vorsorgenden Küstenschutz betreiben, indem wir den drohenden An-
1885 stieg des Meeresspiegels sowohl bei laufenden Maßnahmen als auch bei der Weiterentwicklung
1886 des Generalplans Küstenschutz berücksichtigen.

1887

1888 **18. Verbraucherschutz wirksam verbessern**

1889 Verbraucherschutzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche umfasst. Um den
1890 Verbraucherinnen und Verbrauchern eigenverantwortliche Entscheidungen zu ermöglichen, müs-
1891 sen übersichtliche und verständliche Informationen bereitgestellt werden.

1892 Zudem haben sie einen Anspruch auf sichere Produkte und korrekte Dienstleistungen. Gleichzeitig
1893 muss vor Fehlentwicklungen gewarnt werden.

1894 Wir haben in der CDU-geführten Landesregierung die behördlichen Zuständigkeiten im Ministeri-
1895 um für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume (MLUR) konzentriert und organisatorische
1896 Verbesserungen, u.a. in der Lebensmittelüberwachung, vorgenommen. Es wurde von uns ein inter-
1897 netgestütztes Fachinformationssystem Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eingeführt.
1898 In Schleswig-Holstein erzeugte Lebensmittel haben eine hohe Qualität und werden weltweit ex-
1899 portiert. Bei Lebensmittelskandalen, wie z.B. Dioxin-Belastung in Futtermitteln, haben unsere Be-
1900 hörden und das Landeslabor schnell, angemessen und wirksam reagiert und damit Schlimmeres
1901 verhindert. In Konferenzen, Veranstaltungen – auch zusammen mit der Verbraucherzentrale – und
1902 in der Öffentlichkeitsarbeit haben wir uns für eine wirksame Verbesserung des Verbraucherschutz-
1903 zes eingesetzt.

1904 Wir wollen die Transparenz für die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher, u.a. durch
1905 die Verbesserung der Lebensmittelkennzeichnung und Veröffentlichung der Ergebnisse der amtli-
1906 chen Kontrollen, erhöhen.

1907 Wir werden vor unsachgemäßer und irreführender Beratung und Information sowie einem unge-
1908 wollten Abschluss von Verträgen warnen; dies gilt insbesondere für Senioren und Jugendliche. Die
1909 Verbraucherzentrale soll weiterhin gefördert werden, damit sie ihre wichtige Funktion auch in Zu-
1910 kunft wahrnehmen kann. Verbraucherschutzmaßnahmen durch Beratung, Aufklärung und Schu-
1911 lung sollen zusammen mit der Verbraucherzentrale und den Bildungseinrichtungen umgesetzt
1912 werden. Die Sicherheit der Produkte, z.B. Spielzeug und Textilien, muss erhöht und die Eigenver-
1913 antwortung der produzierenden Betriebe sowie der darauf aufbauenden amtlichen Kontrolle ge-
1914 stärkt werden. Wir werden die Lebensmittelüberwachung weiter optimieren und gezielt Stichpro-
1915 benkontrollen auf allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsebenen vornehmen. Die
1916 Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung soll ab 2015 landeseinheitlich neu geregelt werden.

1917

1918 **19. Recht sichert Freiheit**

1919

1920 **19.1 FÜR EINEN STARKEN RECHTSSTAAT**

1921 Unsere Rechtsordnung bewahrt die Würde des Menschen und ist der Garant für Freiheit, Eigentum
1922 und soziale Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Die CDU steht für den Erhalt und
1923 die Stärkung dieser Rechtsordnung, um das Zusammenleben der Menschen in Freiheit zu ord-
1924 nen. Diese darf nur eingeschränkt werden, soweit dies für das Zusammenleben aller zwin-
1925 gend erforderlich ist. Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird auf Dauer nur erhalten bleiben, wenn
1926 unsere Bürgerinnen und Bürger sich darauf verlassen können, dass Rechtsstreitigkeiten unterei-
1927 nander aber auch mit der staatlichen und kommunalen Verwaltung qualifiziert und in angemesse-
1928 ner Zeit einer Entscheidung zugeführt und diejenigen, die unsere Rechtsordnung verletzen, in ei-
1929 nem zügigen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden. Als wertebewahrende Partei der Mitte
1930 steht die CDU an der Seite der Opfer von Straftaten. Opferschutz ist und bleibt ein wesentliches
1931 Element unserer Rechtspolitik

1932

1933 **19.2 DAS RECHT IST STANDORTFAKTOR**

1934 Rechtsstaatliche Verfahren mit für Jedermann verbindlichen Ergebnissen sind in ei-
1935 nem demokratischen Staat unverzichtbar. Das gilt auch für Verfahren zur Gestaltung und Durch-
1936 führung von großen Infrastrukturprojekten. Die Erfahrung zeigt, dass in diesen Verfahren die be-
1937 troffene Bevölkerung aktiver mitgenommen werden muss. Die CDU will hierzu ergänzende, ver-
1938 pflichtende Verfahren, Verfahrensregelungen schaffen.

1939 In diesen Verfahren muss die betroffene Bevölkerung aktiv mitgenommen werden. Die CDU will
1940 daher ergänzende, verpflichtende Verfahrensregelungen schaffen, die ein Informationsdefizit bei
1941 den Bürgerinnen und Bürgern verhindern.

1942 Eine stabile und verlässliche Rechtsordnung, in der berechnete Forderungen für Lieferungen und
1943 Leistungen in angemessener Zeit durchgesetzt werden können, ist ein entscheidender Standort-
1944 faktor für ein Land. Die CDU Schleswig Holsteins setzt sich dafür ein, dass zukünftig die Wirt-
1945 schafts- und Finanzordnung noch besser diesen sich wandelnden Herausforderungen angepasst

1946 wird. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehungen dürfen in einem geordneten Wirtschafts-
1947 leben keinen Platz haben. Sie schaden auch dem fairen Wettbewerb. Sie sind daher entschieden zu
1948 bekämpfen durch konsequente Verfolgung und wo nötig durch veränderte klare Strafvorschriften
1949 oder Verfahrensregelungen z.B. bei Selbstanzeige bei den Steuerbehörden. Der Staat muss im ver-
1950 fassungsrechtlichen Rahmen in diesem Zusammenhang aus Gründen der Steuergerechtigkeit Zu-
1951 griff auf Steuerdaten nehmen, die von Dritten zur Verfügung gestellt werden.

1952

1953 **19.3 LEISTUNGSFÄHIGE MODERNE GERICHTE UND STAATSANWALTSCHAFTEN**

1954 Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen müssen zügig zu „ihrem Recht“ kommen. Deshalb be-
1955 darf es bedarfsgerechten der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

1956 Eine gute Ausbildung und die ständige Fort- und Weiterbildung aller in der Justiz tätigen Mitarbei-
1957 terinnen und Mitarbeiter sind die unentbehrliche Voraussetzung dafür, dass die Justiz ihre Aufga-
1958 ben erfüllen kann.

1959

1960 Die CDU wird deshalb

1961 • in Anlehnung an § 43 a Abs. 6 BRAO durch Änderung des Landesrichtergesetzes und des
1962 Landesbeamtengesetzes die Fort- und Weiterbildung der Richter, Staatsanwälte und
1963 Rechtspfleger zur Pflicht machen,

1964 • darauf drängen, dass systematisch aufgebaute Fortbildungsprogramme für eine gezielte
1965 Personalentwicklung genutzt werden.

1966

1967 Außerdem wird die CDU

1968 • die Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften entschlossen vorantreiben und
1969 dabei

1970 • den konsequenten Aufbau von e-Justice durchsetzen. Justizportale und der elektronische
1971 Rechtsverkehr erleichtern die Kommunikation zwischen den Gerichten, Rechtsanwälten,

- 1972 Bürgern und Verwaltungsbehörden. Sie ermöglichen Bürgern und Unternehmen einen
 1973 schnellen Zugang zu den Gerichten. Zugleich werden Verwaltungsabläufe gestrafft.
- 1974
- 1975 Die CDU Schleswig-Holstein wird
- 1976 • die Strukturen der Gerichtsbarkeiten auf ihre Effizienz prüfen und sie dort, wo es nötig ist,
 1977 verbessern sowie die Gerichtsorganisation optimieren. Dazu gehört unter anderem die
 1978 Prüfung der fachlichen Zusammenarbeit Schleswig-Holsteinischer Obergerichte mit den
 1979 jeweiligen Gerichten in benachbarten Bundesländern.
- 1980 • sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit zu-
 1981 sammengelegt werden.
- 1982 • zur Fortentwicklung unserer Rechtskultur alternative Streitschlichtungsmodelle weiter
 1983 ausbauen und fördern. Dazu gehört nach den guten Erfahrungen mit der Gerichtsmediati-
 1984 on in der Zivilgerichtsbarkeit auch die Gerichtsmediation in Verwaltungs-, Sozial- und Fi-
 1985 nanzgerichtsprozessen.
- 1986
- 1987 Ziel ist es:
- 1988 • den Bürger und die Verwaltung in der Verantwortung für die eigene Lösung ihrer Konflikte
 1989 zu stärken,
- 1990 • neue Formen der Kommunikation und Kooperation des Staates mit der Bürgergesellschaft
 1991 zu entwickeln
- 1992 • und die Justiz zu entlasten.
- 1993 Zur Sicherung einer leistungsfähigen Justiz in der Juristenausbildung am Berufsbild des Einheitsju-
 1994 risten festzuhalten, um die Durchlässigkeit zwischen Anwaltschaft und Justiz zu sichern. Das duale
 1995 Ausbildungssystem mit zwei Staatsexamen und einem Vorbereitungsdienst als Voraussetzungen
 1996 für den Zugang zu den reglementierten juristischen Berufen hat sich im Kern bewährt und muss
 1997 erhalten bleiben.

1998 Die CDU wird darauf achten, dass die Strafverfolgungsbehörden bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit
1999 alles vermeiden, was zu Vorverurteilungen von Angeschuldigten führt. In unserem Rechtssystem
2000 sind die Staatsanwaltschaften zur Objektivität verpflichtet und haben anders als zum Beispiel in
2001 den USA nicht nur Belastendes sondern auch Entlastendes zu ermitteln. Ein Zusammenspiel zwi-
2002 schen Rundfunk und Presse auf der einen Seite und Strafverfolgungsbehörden auf der anderen
2003 Seite findet ihre Grenzen dort, wo die gesetzlich beschriebenen Aufträge beider Institutionen in
2004 ihrer Zielrichtung auseinander gehen, hier Presse. Und die damit verbundene Meinungsfreiheit,
2005 dort Pflicht zur Objektivität.

2006 Die CDU wird für den Erhalt eines eigenständigen Justizministeriums eintreten, zu dessen politi-
2007 scher Verantwortung es gehört, den Haushalt für die Justiz aufzustellen und die strategi-
2008 schen Entscheidungen für die Justiz vor dem Parlament zu verantworten.

2009

2010 **19.4 MODERNER STRAFVOLLZUG SCHÜTZT AUCH UNSERE GESELLSCHAFT**

2011 Die Sicherheit der Bevölkerung ist durch einen wirkungsvollen und auf Resozialisierung ausgerich-
2012 teten Strafvollzug zu gewährleisten. Unsere Justizvollzugsanstalten sind sicher und nachweisbar
2013 gut ausgestattet. Damit das so bleibt, werden wir sie ständig auf Sicherheitsrisiken überprüfen und
2014 diese konsequent abstellen.

2015 Das Land muss dafür Sorge tragen, dass Freiheitsstrafen zügig vollstreckt werden können. Zur Ent-
2016 lastung der Justizvollzugsanstalten werden wir neue Formen des Strafvollzugs, wie zum Beispiel
2017 die elektronische Fußfessel zur Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen auch in Schleswig-
2018 Holstein einführen.

2019 Aus dem christlichen Menschenbild folgt für die CDU unabdingbar, dass der Justizvollzug eine
2020 menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten hat. Dazu gehört neben den räumlichen Gege-
2021 benheiten insbesondere eine angemessene Ausstattung mit gut ausgebildetem Personal. Die CDU
2022 wird dafür sorgen, dass die Justizvollzugsbediensteten neben einer guten Ausbildung auch ausrei-
2023 chende Fortbildungsmöglichkeiten erhalten, so zum Beispiel ein professionelles Einsatz- und Kon-
2024 flikttraining. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug sichern wir – ebenso wir
2025 den Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten eine nachhaltige Berufsperspektive.

2026 Ziel des staatlichen Strafens ist es auch, die Täter aus der Gesellschaft wieder in die Gesellschaft
2027 einzugliedern.

2028

2029 Für die CDU gehört zu einem zukunftsweisenden Vollzugskonzept,

2030 • den Strafgefangenen qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten und
2031 in angemessener Weise auf die Haftentlassung vorzubereiten. Stationäre und ambulante
2032 Betreuungsmaßnahmen müssen so miteinander verzahnt werden, dass vor allem die
2033 schwierige Zeit nach der Entlassung mit einem Netzwerk unterstützender und kontrollie-
2034 render Aktivitäten vorbereitet und begleitet wird.

2035 • im Rahmen des Übergangsmangements Modelle integrierter Resozialisierung zu überpro-
2036 ben. Es ist ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das die Zusammenarbeit der Justizvollzugs-
2037 anstalten, der sozialen Dienste der Justiz (Gerichtshilfe, Bewährungshilfe und Führungs-
2038 aufsicht) und der Träger der freien Straffälligenhilfe regelt.

2039

2040 **19.5 SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG VOR GEWALT- UND SEXUALVERBRECHERN**

2041 Die CDU hält zum Schutz der Bevölkerung vor Gewalt- und Sexualstraftätern mit fortdauernder
2042 Gefährlichkeitsprognose an dem erfolgreichen Nebeneinander von Freiheitsstrafe und Sicherungs-
2043 verwahrung fest. Die Sicherungsverwahrung muss sich dabei als Maßregel der Besserung und Si-
2044 cherung wesentlich vom Vollzug der Freiheitsstrafe unterscheiden. Auf die Rechtsprechung der
2045 Europäischen Gerichte haben wir unverzüglich reagiert.

2046

2047 Die CDU wird dafür sorgen,

2048 • dass das Land unverzüglich geeignete Plätze zur Durchführung der Sicherungsverwahrung
2049 zur Verfügung stellt. Vereinbarungen mit anderen Bundesländern zur Schaffung einer ge-
2050 meinsamen Einrichtung sind langfristig zu sichern.

2051 • dass Sexualstraftäter, die aus dem Justizvollzug oder der Sicherungsverwahrung entlassen
2052 worden sind und bei denen die Gefahr einschlägiger Rückfalltaten nicht ausgeschlossen

2053 werden kann, unter Ausschöpfung der gesetzlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten
2054 weiterhin überwacht werden. Das zu diesem Zweck entwickelte Kieler Sicherungskonzept
2055 Sexualstraftäter (KSKS) ist zu evaluieren und zu optimieren.

2056 • dass der Informationsaustausch zwischen Bewährungshilfe und Führungsaufsicht einer-
2057 seits und der Polizei andererseits in einer Weise sichergestellt wird, die garantiert, dass
2058 unverzüglich auf sich abzeichnende Risiken reagiert werden kann. Das System der Füh-
2059 rungsaufsicht im Rahmen dieses Übergangsmangements ist zu erweitern. Eine bereits in
2060 Frankreich und England mit Erfolg praktizierte Möglichkeit zur Aufenthaltsüberwachung
2061 von rückfallgefährdeten Sexualstraftätern ist die GPS-gestützte elektronische Fußfessel.

2062

2063 **19.6 OPFERSCHUTZ HAT HOHE PRIORITÄT**

2064 *Der Schutz der Gesellschaft und die Hilfe für die Opfer haben Vorrang.* Jede Straftat, durch die ein
2065 Mensch zum Opfer wird, jede Notlage, die das Opfer überwinden muss, bedeutet einen tiefen
2066 Einschnitt in sein Leben. Dieses gilt insbesondere für Gewalttaten, die mit der zu beobachtenden
2067 steigenden Intensität eine erschreckende Veränderung bei den Tätern offenbart.

2068 Opferschutz bedeutet:

- 2069 • die konsequente und schnelle Verfolgung der Straftäter,
- 2070 • die juristische Beratung der Opfer,
- 2071 • Hilfe bei medizinischen und psychologischen Beeinträchtigungen,
- 2072 • die Wiedergutmachung der materiellen Schäden.

2073

2074 Die CDU will darüber hinaus

- 2075 • die Vertreter der verschiedenen Bereiche des Opferschutzes zusammenbringen,
- 2076 • eine Initiative "pro Opfer "schaffen, durch die Opfer eine schnelle Hilfe, Entschädigungs-
2077 leistungen und Schmerzensgeld erhalten,

2078 • dafür Sorge tragen, dass Polizistinnen und Polizisten bereits bei der Anzeige helfen, dass
2079 auch zivilrechtliche Ansprüche direkt im Strafverfahren geltend gemacht werden.

2080 Die Missbrauchsfälle gegenüber Mädchen und Jungen bedürfen einer konsequenten Einschaltung
2081 der Strafverfolgungsbehörden. Der Schleier des Verschweigens und Leugnens muss zerrissen wer-
2082 den. Die Aufklärung und Verfolgung dieser Delikte ist nicht Sache einzelner gesellschaftlicher
2083 Gruppen, sondern Aufgabe der Gesamtgesellschaft mithilfe der allgemein gültigen staatlichen
2084 Regelungen.

2085

2086

2087 **20. Unsere Bundeswehr als Partner Schleswig-Holsteins**

2088 *(Kapitel bedarf einer Aktualisierung nach Entscheidung über Bundeswehrreform)*

2089 Unsere Bundeswehr befindet sich weiterhin im Wandel. Nach dem Truppenabbau der letzten Jahre
2090 mit den entsprechenden Standortreduzierungen kommt es jetzt auf Grund der durch zahlreiche
2091 Auslandseinsätze bestimmten Auftragslage und der Aussetzung der Wehrpflicht zu weiteren
2092 Strukturveränderungen. Dieses wird realistischerweise auch in unserem Land spürbar sein.

2093 Die CDU hat sich auf allen Ebenen sehr frühzeitig in diese Diskussion und Entwicklung einge-
2094 bracht, um die Interessen von Schleswig-Holstein wirkungsvoll zu vertreten.

2095

2096 Ziele der CDU für die nächsten Jahre sind:

2097 • Erhalt möglichst vieler Bundeswehrstandorte im Land. Die Bundeswehr muss mit ihren mi-
2098 litärischen und zivilen Standorten - auch in der Fläche unseres Landes - weiterhin präsent
2099 bleiben. Die Kommunen, die in der Vergangenheit positiv zu unseren Soldatinnen und Sol-
2100 daten gestanden haben, müssen bei den Standortentscheidungen besondere Berücksichti-
2101 gung finden. Die alleinige Berücksichtigung der Einwohnerzahlen ist der falsche Weg.

2102 • Die Lage unseres Landes mit den hohen Risiken von Katastrophen - insbesondere an den
2103 Küsten von Nord- und Ostsee - macht eine enge zivil-militärische Zusammenarbeit erfor-
2104 derlich. Wir brauchen hierfür eine ausreichende Stärke der Bundeswehr mit Personal und
2105 entsprechendem Gerät.

2106 • Eine Unterstützung durch die Bundeswehr mit ihren besonderen technischen Möglichkei-
2107 ten im Bereich der inneren Sicherheit muss möglich gemacht werden.

2108 • Wir unterstützen in Zukunft die vielfältige Darstellung unserer Bundeswehr in der Öffent-
2109 lichkeit auch zur Werbung für Freiwilligendienste, z.B. durch Schulbesuche, Tage der offe-
2110 nen Tür, öffentliche Vereidigungen u.a.

2111 • Dort, wo Standortschließungen oder -reduzierungen nicht vermieden werden können,
2112 muss durch eine aktive Konversionspolitik des Landes mit Unterstützung durch den
2113 Bund und den entsprechenden Aktivitäten der betroffenen Kommunen eine zeitnahe zivile
2114 Umnutzung, ohne planerische und bürokratische Hindernisse, möglich gemacht werden. Es

2115 gilt Militärbrachen zu vermeiden. Die beste Konversionshilfe ist eine schnelle, unbürokrati-
2116 sche Nachfolgenutzung zu fördern.

2117 • Die Aussetzung der Wehrpflicht hat auch erhebliche Auswirkungen auf den Zivildienst in
2118 den sozialen Einrichtungen, der allerdings wegen der kurzen Dienstzeit von 6 Monaten zu-
2119 nehmend unattraktiv geworden war. Der neue Bundesfreiwilligendienst ist eine attraktive-
2120 re Nachfolgelösung, bedarf aber gemeinsamer Anstrengungen, um für Freiwilligendienste
2121 zu werben. Dies gilt auch für den Katastrophenschutz, der vom Bundesfreiwilligendienst
2122 weniger profitiert, aber Freiwillige benötigt, nachdem der Ersatzdienst entfallen ist.

2123 • Die Soldatinnen und Soldaten, die in Zukunft noch stärker in schweren Auslandseinsätzen
2124 besonders belastet werden, müssen mit ihren Familien in ihren Heimatgemeinden eine
2125 stabile Basis haben. Hier bedarf es einer engen Kooperation der Kommunen mit der Bun-
2126 deswehr.

2127 • Die bewährten Partnerschaften von Kommunen zu Bundeswehreinheiten müssen dort wo
2128 möglich auch in Zukunft Bestand haben.

2129 Die CDU Schleswig-Holstein ist der Bundeswehr mit ihren Soldatinnen und Soldaten wie seit Jahr-
2130 zehnten so auch in Zukunft in enger Partnerschaft verbunden. Die freiwillig Dienstleistenden ver-
2131 dienen die Wertschätzung der Gesellschaft.

2132

2133 **Nachwort**

2134

2135 ***Verantwortung***

2136 Die zurückliegende Finanzkrise und die gegenwärtige Staatsschuldenkrise in Europa machen deut-
2137 lich, welche hohe Bedeutung gesunde Staatsfinanzen haben. Wir wissen: Ein Land kann auf Dauer
2138 nicht mehr ausgeben, als es einnimmt. Darum verknüpfen wir mit der politischen Verantwortung
2139 für unser Land die Beendigung der Verschuldung in Schleswig-Holstein.

2140 Wir wollen den nachfolgenden Generationen nicht nur Schulden hinterlassen, sondern Handlungs-
2141 und Gestaltungsspielraum ermöglichen. Darum haben wir bei den Landesfinanzen einen klaren
2142 Konsolidierungskurs eingeschlagen und begonnen, die Neuverschuldung zu senken.

2143 Unser Ziel ist es, ab 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen. Dazu haben wir eine Schulden-
2144 bremsen in unsere Landesverfassung verankert. Nur so haben unsere Kinder und Enkelkinder wieder
2145 die Chance, Schleswig-Holstein selbstbestimmt und aktiv zu gestalten.

2146

2147 ***Stabilität***

2148 Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein mit unserer Politik gute und stabile
2149 Lebensbedingungen ermöglichen.

2150 Mit unserer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik kümmern wir uns um die Stärkung des Mit-
2151 telstands und die Entstehung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

2152 Gleichzeitig wollen wir die soziale Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter för-
2153 dern. Dazu gehört die Verbesserung der Bildungschancen und Betreuungsmöglichkeiten für unsere
2154 Kinder, die Bekämpfung sozialer Armut, die Integration von zugewanderten Menschen in unsere
2155 Gesellschaft, die Stärkung des Ehrenamtes sowie eine zukunftsfeste Versorgung mit Gesundheits-
2156 und Pflegeleistungen.

2157

2158

2159 ***Verlässlichkeit***

2160 Wir setzen uns aktiv für einen verlässlichen Schulfrieden in Schleswig-Holstein ein. Wir wollen
2161 weniger Strukturänderungen und mehr Qualität in der Bildung in den nächsten Jahren.

2162 Wir haben in Schleswig-Holstein wichtige Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht. Denn wir
2163 wissen: Infrastruktur ist die Lebensader unseres Landes und Voraussetzung für Wohlstand und
2164 Wachstum. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgern unser Land gestalten. Hierfür werden wir zu-
2165 künftig verstärkt auf einen engen Dialog setzen.

2166 Unsere Politik steht für einen vernünftigen Einklang von Ökonomie und Ökologie. Wir wissen um
2167 die Bedeutung und Schönheit der Natur in Schleswig-Holstein. Darum werden wir auch weiterhin
2168 eine vernünftige und verlässliche Natur- und Klimaschutzpolitik machen und uns um den Ausbau
2169 der Erneuerbaren Energien kümmern.

2170

2171 ***Politik für alle Generationen***

2172 Tradition und Moderne, das ist für die CDU Schleswig-Holstein kein Widerspruch, sondern Selbst-
2173 verständnis. Das Gute bewahren und die Chancen der Zukunft vernünftig nutzen, das ist der An-
2174 spruch unserer Politik für alle Generationen, für alle Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins.

2175 Auch über die kommende Wahlperiode hinaus wollen wir mit unserer Politik die Zukunft Schles-
2176 wig-Holsteins gestalten. Mit gesunden Finanzen können wir den Grundstein dafür legen. Wir
2177 möchten diese Verantwortung tragen, um stabile und verlässliche Lebensbedingungen für die
2178 Menschen zu schaffen.

2179

Mitglieder der Programmkommission für die Landtagswahl 2012

Vorsitzender:

Johannes Callsen, MdL

Stellvertretender Vorsitzender:

Jost de Jager

Mitglieder:

Katrin Albrecht

Claus Christian Clausen

Astrid Damerow, MdL

Volker Dornquast

Friederike Driftmann

Heike Franzen, MdL

Helga Kleiner

Tobias Koch, MdL

Ulrich Krause

Ingbert Liebing, MdB

Markus Matthießen, MdL

Petra Nicolaisen, MdL

Michaela Pries

Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Heiner Rickers, MdL

Dr. Juliane Rumpf

Reinhard Sager

Rasmus Vöge

Referenten:

Mareike Watolla

Jörg Hollmann